

# STAATSANZEIGER

HESSEN



FÜR DAS LAND HESSEN

2013

MONTAG, 23. DEZEMBER 2013

Nr. 52

	Seite		Seite		Seite
<b>Hessische Staatskanzlei</b>		die am 1. 7. 2014 beginnende 12. Amtsperiode . . . . .	1594	fentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG. . . . .	1604
Erteilung eines Exequaturs; hier: Herr John Chukwuma Eziaghighala, Generalkonsul der Bundesrepublik Nigeria in Frankfurt am Main . . . . .	1586	Aufruf zur Teilnahme am Bewerbungsverfahren LEADER 2014–2020 in Hessen . . . . .	1594	Vorhaben der Lux Biogas GbR Claus-Wilhelm, Volker und Adolf Lux; hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG. . . . .	1604
<b>Hessisches Ministerium des Innern und für Sport</b>		<b>Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz</b>		Anerkennung der „Nakonzer-Lotz-Stiftung“ mit Sitz in Haunetal-Rhina als rechtsfähige Stiftung . . . . .	1604
Großraum- und Schwertransportmanagement auf Straßen in Hessen. . . . .	1586	Ausweisung und Betreuung von Naturwaldreservaten in Hessen (Naturwaldreservate-Programm Hessen) . . . . .	1599	Anerkennung der „Adolf und Friedelore Lauscher Stiftung Frauen in Not“ mit Sitz in Schwalmstadt als rechtsfähige Stiftung . . . . .	1604
Anmeldung von Studierenden für den Fachbereich Verwaltung der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung . . . . .	1590	Wasserrechtliche Anerkennung nach Abwassereigenkontrollverordnung. . . . .	1601	Anerkennung der „Impulse für Kassel Stiftung“ mit Sitz in Kassel als rechtsfähige Stiftung . . . . .	1604
<b>Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa</b>		<b>Hessisches Sozialministerium</b>		<b>Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation</b>	
Änderung der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa vom 4. 12. 2013 . . . . .	1590	Fach- und Fördergrundsätze zur Sicherung von im Bestand geschützten Plätzen in Kinderhorten und sonstigen Angeboten der Schulkinderbetreuung . . . . .	1602	Flurbereinigungsverfahren VF 2162 Lollar-Staufenberg-Lumda. . . . .	1605
<b>Hessisches Kultusministerium</b>		<b>Die Regierungspräsidien</b>		Flurbereinigungsverfahren VF 2170 Solms-Niederbiel . . . . .	1606
Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten in arbeitsrechtlichen Personalangelegenheiten im Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministeriums vom 9. 12. 2013. . . . .	1591	DARMSTADT		<b>Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement</b>	
<b>Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst</b>		Verordnung zur Aufhebung des Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage „Brunnen Glashütten“ des ZOV in der Gemeinde Hirzenhain, Gemarkung Glashütten, Wetteraukreis, vom 28. 11. 2013 . . . . .	1603	Errichtung von zwei Querungshilfen im Zuge der K 10 in der Ortsdurchfahrt in Lohfelden Ortsteil Ochshausen zwischen NK 4723 006 nach NK 4723 012, Landkreis Kassel . . . . .	1608
Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren Archivdienst in Hessen vom 5. 12. 2013 . . . . .	1591	Gemeinsame Bekanntmachung der Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel betreffend Ausnahmegenehmigung für Werbung an Taxen und Mietwagen. . . . .	1603	L 3195/L 3010 OD Kefenrod; hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG. . . . .	1609
Organisationserlass für die Archivschule Marburg – Hochschule für Archivwissenschaft vom 5. 12. 2013. . . . .	1591	Hassia Mineralquellen GmbH & Co. KG; hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG . . . . .	1603	<b>Buchbesprechungen</b> . . . . .	1609
Beitragsordnung des Studentenwerks Frankfurt vom 3. 12. 2013; hier: Bekanntmachung . . . . .	1593	Vorhaben der Stadtwerke Hanau GmbH; hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG . . . . .	1603	<b>Öffentlicher Anzeiger</b> . . . . .	1610
<b>Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung</b>		Anerkennung der Wilhelm und Ilse Passet-Stiftung, Sitz Frankfurt am Main, als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts . . . . .	1603	<b>Andere Behörden und Körperschaften</b>	
Durchführung des Berufsbildungsgesetzes; hier: Hessischer Landesausschuss für Berufsbildung, Einreichung von Vorschlägen für die Beauftragten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Landesausschuss für Berufsbildung für		Vorhaben der Firma WHS Gesellschaft für Energietechnik mbh, Erzhausen; hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG. . . . .	1604	Hessische Tierseuchenkasse, Wiesbaden; hier: Satzung über die Erhebung von Tierseuchenkassenbeiträgen sowie über die Vorauszahlung für Kostenanteile zur Beseitigung von Falltieren für das Wirtschaftsjahr 2014 sowie Wirtschafts- und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 . . . . .	1612
		KASSEL		<b>Öffentliche Ausschreibungen</b> . . . . .	1615
		Vorhaben Kassel Wasser, Eigenbetrieb der Stadt, im Klärwerk Kassel; hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG. . . . .	1604	<b>Stellenausschreibungen</b> . . . . .	1616

## HESSISCHE STAATSKANZLEI

1128

### Erteilung eines Exequaturs;

**hier:** Herr John Chukwuma Eziaghighala, Generalkonsul der Bundesrepublik Nigeria in Frankfurt am Main

Die Bundesregierung hat dem zum Leiter der berufskonsularischen Vertretung der Bundesrepublik Nigeria in Frankfurt am Main ernannten Herrn John Chukwuma Eziaghighala am 6. November 2013 das Exequatur als Generalkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfasst die Länder Hessen, Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Wiesbaden, den 3. Dezember 2013

**Hessische Staatskanzlei**

*StAnz. 52/2013 S. 1586*

## HESSISCHES MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

1129

### Großraum- und Schwertransportmanagement auf Straßen in Hessen

#### 1. Vorbemerkung

Vor dem Hintergrund der angestrebten bundesweiten Entlastung der Polizei von Maßnahmen im Zusammenhang mit Großraum- und Schwertransporten (GST) sowie der damit einhergehenden Harmonisierung der polizeilichen Maßnahmen, wurde unter Beteiligung der Polizeipräsidien sowie der HPA die vorliegende Konzeption entwickelt. Sie stellt den verbindlichen Standard der polizeilichen Maßnahmen im Zusammenhang mit GST in Hessen dar.

GST, die keine polizeiliche Begleitung erfahren, werden von dieser Konzeption nicht erfasst. Sie können im Rahmen der technischen Unterwegskontrolle oder anderen geeigneten Verkehrskontrollen überprüft werden.

#### 2. Rechtslage

In Deutschland sind Grenzwerte für Maße und Gewichte sowie die Möglichkeiten diesbezüglicher Ausnahmen in der Straßenverkehrsordnung (StVO) und Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) festgeschrieben. Wesentliche Bestimmungen sind die Verwaltungsvorschriften (VwV) zu §§ 29, 46 StVO sowie die Richtlinien zu § 70 StVZO und zum Antrags- und Genehmigungsverfahren für die Durchführung von GST (RGST 1992<sup>1</sup>).

Anordnungsbehörden für die polizeiliche Begleitung von GST sind die Straßenverkehrsbehörden. Sie verfolgen das Ziel, Gefahren, die durch die Transportdurchführung entstehen, von anderen Verkehrsteilnehmern abzuwenden. Die Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde ergibt sich aus § 44 Abs. 1 und Abs. 3a StVO.

Eine Zuständigkeit der Polizei ergibt sich, bei Erforderlichkeit manueller Verkehrsregelungsmaßnahmen, aus § 44 Abs. 2 StVO, wonach sie befugt ist, den Verkehr durch Zeichen und Weisungen zu regeln (§ 36 StVO).

Die polizeilichen Tätigkeiten im Rahmen der Transportdurchführung richten sich nach den Randnummern 95 bis 133 der VwV zu § 29 Abs. 3 StVO (vergleiche zu § 46 Abs. 1 Nr. 5).

Eine polizeiliche Begleitung von GST ist gem. VwV zu § 29 Abs. 3 StVO, Randnummer 131 grundsätzlich nur erforderlich, wenn

- auf Autobahnen und Straßen, die wie eine Autobahn ausgebaut sind
  - bei zwei oder mehr Fahrstreifen plus Seitenstreifen je Richtung die Breite über alles von 5,50 m
  - bei zwei Fahrstreifen ohne Seitenstreifen je Richtung die Breite von 4,50 m oder

- auf anderen Straßen
  - die Breite über alles von 3,50 m überschritten wird.

Darüber hinaus sind polizeiliche Maßnahmen aus Anlass eines Transportes gem. VwV zu § 29 Abs. 3 StVO, Randnummer 132 nur erforderlich, wenn

- der Gegenverkehr gesperrt werden muss,
- bei einer Durchfahrt durch ein Überführungsbauwerk oder sonstige feste Straßenüberbauten der Transport nur in abgesenktem Zustand erfolgen kann,
- bei sonstigen schwierigen Straßen- oder Verkehrsverhältnissen,
- eine besondere Anordnung für das Überfahren von Brücken notwendig ist.

Die Entscheidung über die Notwendigkeit einer polizeilichen Begleitung obliegt der Straßenverkehrsbehörde in enger Absprache mit den zuständigen polizeilichen Anhörungsstellen.

Während die Auflagen 25–27 RGST, Anhang IV, inhaltlich analog zur VwV zu § 29 Abs. 3 StVO, Randnummer 131 die Polizeibegleitung auf Bundesautobahnen und anderen Straßen regeln, hat die Auflage 28 RGST, Anhang IV, weitere polizeilichen Maßnahmen zum Inhalt. Sie regelt inhaltlich über die VwV zu § 29 Abs. 3 StVO, Randnummer 132 hinaus die polizeilichen Maßnahmen in Autobahnbaustellenbereichen. Demnach sind polizeiliche Maßnahmen erforderlich, wenn aufgrund der Abmessungen des Transportes ein Sicherheitsabstand zum gegenüberliegenden Fahrstreifen von mindestens 0,5 m nicht eingehalten werden kann.

#### 3. Allgemeine Zuständigkeiten

Innerhalb der Polizei Hessen sind bei der Durchführung von GST das Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV), die Polizeiakademie Hessen (HPA) und die sieben Polizeipräsidien beteiligt und nehmen dabei unterschiedliche Aufgaben wahr:

- Die Polizeipräsidien sind im Anhörungsverfahren beteiligt und haben die Durchführung der polizeilichen Aufgaben bei GST sicher zu stellen.
- Das PTLV ist zentrale Abrechnungsstelle für das Land Hessen.
- Die HPA gewährleistet im Rahmen von themenbezogenen Lehrgängen die Fortbildung der Polizeibediensteten.

Straßenverkehrsbehörden im Sinne des § 44 Abs. 1 Satz 1 StVO

1. ist für die Autobahnen und für Straßen mit besonderer Verkehrsbedeutung nach § 11 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 10 Abs. 2 der Verordnung zur Bestimmung verkehrsrechtlicher Zuständigkeiten Hessen Mobil, Straßen und Verkehrsmanagement, Wilhelmstr. 10, 65185 Wiesbaden.

<sup>1</sup> In der Fassung vom 20. November 2003

2. sind für sonstige Straßen nach § 11 Abs. 1 Nr. 2 der Verordnung zur Bestimmung verkehrsrechtlicher Zuständigkeiten
  - in kreisfreien Städten die OB oder der OB als Kreisordnungsbehörde,
  - im Übrigen der Landrat als Kreisordnungsbehörde.

Höhere Verwaltungsbehörden sind in Hessen die Regierungspräsidien als Bezirksordnungsbehörden. Örtlich zuständige Straßenverkehrsbehörde nach § 47 Abs. 2 Nr. 4 der StVO ist die Straßenverkehrsbehörde, in deren Bezirk der zu genehmigende Verkehr beginnt oder die Straßenverkehrsbehörde, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnort, seinen Sitz oder eine Zweigniederlassung hat.

Die Zuständigkeit im Rahmen der einzelnen Verfahrensschritte bei der Abwicklung von GST gestaltet sich wie folgt:

- Die örtlich zuständigen Straßenverkehrsbehörden sind Genehmigungs-, Erlaubnis- beziehungsweise Anhörungsbehörde für ihren Zuständigkeitsbereich.
- Die Regierungspräsidien zeichnen für die eventuell erforderliche Genehmigung nach § 70 StVZO verantwortlich.
- Hessen Mobil ist zuständig:
  - Als Anhörungsbehörde für GST.
  - Als Straßenbauasträger
    - o im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung auf Bundesautobahnen.
    - o auf Bundesstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften von Gemeinden mit mehr als 80.000 Einwohnern.
    - o auf Landesstraßen außerhalb geschlossener Ortschaften von Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern.
    - o auf Kreisstraßen (in Abhängigkeit der abgeschlossenen Kreisstraßenverträge).
  - Als Straßenverkehrsbehörde für Autobahnen und Straßen von besonderer Verkehrsbedeutung nach § 10 Abs. 2 der Verordnung zur Bestimmung verkehrsrechtlicher Zuständigkeiten.
- Bei länderübergreifenden GST die entsprechenden Genehmigungs-, Erlaubnis beziehungsweise Anhörungsbehörden anderer Bundesländer.

#### 4. Polizeiliche Anhörung

Die Anhörung der Polizei durch die Erlaubnisbehörde beziehungsweise durch die Straßenverkehrsbehörde, durch deren Bezirk der Transport führen soll, erfolgt in allen Fällen, bei denen nach VwV zu § 29 Abs. 3 StVO, Randnummern 98–103 eine Anhörung nicht ausgeschlossen wird.

Die Polizeipräsidien regeln die Zuständigkeit der Bearbeitung der Anhörungsverfahren eigenverantwortlich und benennen den örtlichen Straßenverkehrsbehörden Ansprechpartner (Anlage).

##### 4.1 Umfang der polizeilichen Anhörung

Die polizeiliche Anhörung richtet sich nach den in den RGST, Anhang IV, genannten möglichen Auflagen der Nummern 25 bis 29. Weitere Auflagen kommen im Rahmen der polizeilichen Anhörung nicht in Betracht.

Auch zur Entlastung der Polizei ist gemeinsam mit den örtlichen Straßenverkehrsbehörden zu prüfen, ob auf zuvor festgelegten Strecken aufgrund günstiger Straßenbedingungen auf Polizeibegleitung verzichtet werden kann. Die Ergebnisse regelmäßiger Streckenprüfungen der Straßenverkehrsbehörden sind dabei zu berücksichtigen.

##### 4.2 Zusätzliche Anhörungsbereiche

In begründeten Einzelfällen (vergleiche VwV zu § 29 Abs. 3 StVO, Randnummer 132) kann ein Hinweis auf die Prüfung von Alternativstrecken erfolgen, die gegebenenfalls auch weiträumig über andere Straßen führen.

Zur Vermeidung von Transporthäufungen ist die Flexibilität in der zeitlichen Ausgestaltung der Transporte sachgerecht und zielführend. Neben der Durchführung zur Nachtzeit sind daher Transportzeiten individuell auch an Wochenenden und zu verkehrsarmen Zeiten zu prüfen und mit den Erlaubnis- und Genehmigungsbehörden abzustimmen. Standardisierte Konvoifahrten sind anzuregen, bedürfen jedoch der Prüfung und Freigabe durch die zuständigen Straßenbaubehörden.

#### 5. Anmeldung des Transports bei der Koordinierungsstelle der Polizei

Mit Erlaubnis beziehungsweise Genehmigung der Straßenverkehrsbehörde zur Durchführung eines oder mehrerer GST nach §§ 29, 46 StVO wird dem Bescheidinhaber als Ergebnis der formellen Anhörung der Polizei die Koordinierungsstelle der Polizeibehörde, die für die Entgegennahme seiner Transportanmeldung zuständig ist, sowie die Anmeldefrist benannt (Auflage 29 RGST, Anhang IV).

Die Transportanmeldung wird von der zentralen Koordinierungsstelle des zuständigen Polizeipräsidiums entgegen genommen. Auf die Übersendung der Anmeldeunterlagen per E-Mail ist hinzuwirken.

Die Koordinierungsstellen sind die Ansprechpartner der Polizei für die Transportunternehmen. Zuständig ist die Koordinierungsstelle, in deren Zuständigkeitsbereich der GST beginnt. Liegt der Abfahrtsort außerhalb von Hessen, ist die Koordinierungsstelle zuständig, in deren Bezirk der Transport in Hessen erstmalig eine Polizeibegleitung erfordert. Diese koordiniert die polizeilichen Maßnahmen im eigenen Zuständigkeitsbereich und stimmt sich mit benachbarten Behörden ab.

Nach VwV zu § 29 Abs. 3 StVO, Randnummer 133, sind GST frühzeitig, in der Regel **spätestens 48 Stunden vor Fahrtantritt**, bei der zuständigen Koordinierungsstelle (Anlage) der Polizei anzumelden. Bei größeren Transportvorhaben kann eine längere Anmeldefrist erforderlich werden. Die Anmeldung erfolgt grundsätzlich während der regelmäßigen Bürozeiten. GST, die nicht auflagengemäß angemeldet werden (zum Beispiel 48 Stunden vorher), können unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit und mit Hinweis auf einen Auflagenverstoß abgewiesen werden.

Die zuständige Polizeibehörde bestimmt einen Transportverantwortlichen, der eine Prüfung der Transportunterlagen (Papier- und elektronische Daten) und des Streckenverlaufs vornimmt. Sind Transportunterlagen und -strecke nicht zu beanstanden, erfolgt die weitere Koordination der Transportbegleitung durch den Transportverantwortlichen.

Um einen reibungslosen Transportverlauf zu gewährleisten, sollte das Transportunternehmen mindestens **zwei Stunden vor Beginn** der Transportbegleitung durch die Polizei das zuständige Polizeipräsidium informieren (ein Ansprechpartner ist gegebenenfalls im Anhörungsverfahren durch die Koordinierungsstelle festzulegen).

#### 6. Aufgaben der Koordinierungsstelle

Die Koordinierung dient der Qualitätssteigerung und Minimierung von Schnittstellen. Die bisher durchgeführte Verfahrensweise der Anmeldung des Unternehmers über Telefon und Fax soll zunächst um ein standardisiertes E-Mail Formular ergänzt und schließlich abgelöst werden.

Im Rahmen der Anmeldung resultiert aus der Auflage 29 RGST, Anhang IV, jedoch keinerlei Verpflichtung zur Vorlage einer Erlaubnis beziehungsweise Genehmigung durch den Antragsteller. Diese sind im VEMAGS einzusehen.

Die Prüfung der Anmeldung des Transportvorhabens bei den Koordinierungsstellen beschränkt sich grundsätzlich auf die Vollständigkeit und Plausibilität der Anmeldedaten. Die inhaltliche Prüfung der Genehmigung erfolgt angesichts des Fahrzeuges bei der Sichtprüfung vor Ort.

Die Koordinierungsstelle unterrichtet die auf dem Transportweg betroffenen Dienststellen für den eigenen Präsidiumsbereich über die Anmeldung.

Sieht die Planung der Transportroute ein Verlassen des eigenen Präsidiumsbereichs mit Übertritt in einen benachbarten hessischen Präsidiumsbereich vor, so sind Maßnahmen mit der zuständigen benachbarten Koordinierungsstelle abzustimmen.

Ist ein Verlassen des Bundeslandes geplant, so hat die Koordinierungsstelle auch die zuständige Leitstelle über diesen Vorgang zu unterrichten.

#### 7. Sichtprüfung

Die Voraussetzung für die polizeiliche Begleitung von GST ist die Verkehrssicherheit des zu begleitenden Transportes und die Geeignetheit des Transportfahrzeugführers. Entsprechende Feststellungen hierzu haben durch die Polizei zu erfolgen.

Werden schwerwiegende Mängel (zum Beispiel Reifenschäden, fehlende Kennlichmachung von Ladung und/oder Fahrzeug, fehlendes oder nicht vorschriftsmäßiges Begleitfahrzeug, Risse an tragenden Karosserieteilen) festgestellt, so kann der Transport so lange angehalten werden, bis der ordnungsgemäße Zustand hergestellt ist.

Auch nach Feststellung eines Mangels ist die Kontrolle fortzuführen. Dem Betroffenen sind hiernach alle festgestellten Mängel darzulegen. Ahndungswürdige Verstöße sind durch die Polizei entsprechend der Rechtslage zu verfolgen. Hierüber sind die Erlaubnis- und Genehmigungsbehörden durch Übersendung eines Kontrollberichtes zu unterrichten (Zuverlässigkeitsprüfung im Rahmen der Erteilung der Genehmigungen nach § 70 StVZO).

Sichtprüfungen werden gestaffelt nach der folgenden Intensität durchgeführt:

- Einfache Sichtprüfung:



- Übernahme GST von polizeilichen Begleitkräften eines anderen Bundeslandes
- GST ist zum Zeitpunkt der Übernahme nicht polizeilich begleitet
- Erweiterte Sichtprüfung
  - GST beginnt in Hessen

Bei der Übernahme eines GST von polizeilichen Begleitkräften innerhalb Hessens findet grundsätzlich keine Sichtprüfung statt.

#### 7.1 Einfache Sichtprüfung

Das Erlaubnis- beziehungsweise Genehmigungsverfahren der Straßenverkehrsbehörde dient bereits der Abwehr von Gefahren für andere Verkehrsteilnehmer. Der standardmäßige Umfang polizeilicher Maßnahmen (einfache Sichtprüfung) beschränkt sich daher auf folgende Inhalte:

- Überprüfung der Gültigkeit der Erlaubnis beziehungsweise Genehmigung zur Feststellung, dass der Transport generell zugelassen ist.
- Kenntnisnahme der Auflagen und Bedingungen zur Durchführung der Begleitung.
- Sichtprüfung hinsichtlich offenkundiger Mängel des Transports zum Beispiel anhand der im Rahmen der Fortbildung durch die HPA zur Verfügung gestellten Kontrollhilfe.

Die einfache Sichtprüfung ist von geeignetem und geschultem Personal durchzuführen. Die Befassung einer Fachdienststelle ist zunächst nicht zwingend erforderlich.

Die gewonnen Erkenntnisse zum Fahrzeug und der Fahrstrecke dienen dazu, notwendige situationsangepasste Verkehrsregelungs- und Sicherungsmaßnahmen durchzuführen. Entsprechende Absprachen mit dem Transportpersonal sind zu treffen.

#### 7.2 Erweiterte Sichtprüfung

Erhält die zuständige Polizeibehörde Kenntnis von einem bevorstehenden GST, der im eigenen Zuständigkeitsbereich beginnt und begleitet werden muss, ist vor Abfahrt eine erweiterte Sichtprüfung durchzuführen.

Diese sollte in Absprache mit den Transportunternehmen grundsätzlich während der allgemeinen Geschäftszeiten von geeigneten Kräften mit Fachkunde vorgenommen werden. Fachkunde in diesem Sinne besitzt, wer seine Kenntnisse über Sonderverkehre durch regelmäßige Teilnahme an Lehrgängen und/oder langjährige Erfahrungen im Verkehrsdienst erworben hat und regelmäßig mit der Überwachung von Sonderverkehren betraut ist.

Die erweiterte Sichtprüfung kann nur dann erfolgen, wenn die Beladung und Sicherung des Transportes beendet ist.

Die Überprüfung des Fahrers sowie eine abschließende Überprüfung auf offensichtliche Mängel an Fahrzeug, Ladung und Ladungssicherung erfolgt unmittelbar vor Abfahrt durch die Begleitkräfte.

Ist das Transportunternehmen mit der Kontrolle im nicht öffentlichen Verkehrsraum nicht einverstanden, ist der GST der nächsten geeigneten Kontrollstelle zuzuführen und einer erweiterten Sichtprüfung zu unterziehen.

Erweiterte Sichtprüfungen von **GST über 100 Tonnen zGM** beschränken sich neben den unter Nr. 7.1 genannten Inhalten grundsätzlich auf das Vorhandensein des in der Transportgenehmigung unter den Auflagen verlangten Sachverständigen-gutachtens.

#### 8. Polizeiliche Begleitung und weitere polizeiliche Maßnahmen

Mit der Erlaubnis beziehungsweise Genehmigung der Straßenverkehrsbehörde zur Durchführung eines GST nach §§ 29, 46 StVO erhält der Bescheideinhaber -in Abhängigkeit von der Beschaffenheit und Streckenführung seines Transportvorhabens die Auflagen nach RGST, Anhang IV, Nummern 25 bis 27 (Polizeibegleitung) und/oder Nr. 28 (Polizeiliche Maßnahmen) jeweils in Verbindung mit Nr. 29 (Anmeldung) erteilt. Die Auflagen sind Ergebnis der formellen Anhörung (siehe Nr. 4.1).

#### 8.1 Vorbereitung

Zur sicheren Durchführung der Begleitung des Transportes sind enge Absprachen zwischen den Fahrzeugführern des zu begleitenden Transportes und dem polizeilichen Transportverantwortlichen vorzunehmen. Im Rahmen dieser Absprachen sollten inhaltlich insbesondere die zu befahrende Strecke und deren Besonderheiten, Besonderheiten im Zusammenhang mit dem zu begleitenden Fahrzeug und die Festlegung von Verhaltensregeln bei auftretenden Störungen der Begleitphase festgelegt werden.

#### 8.2 Festlegung und Ertüchtigung von Übernahme- und Übergabepunkten

Die Präsidien bestimmen geeignete Übergabe- beziehungsweise Übernahmeplätze für ihren Bereich und veranlassen erforderlichenfalls deren Ertüchtigung in Absprache mit dem Straßenbaulastträger. Die Polizeipräsidien melden dem Landespolizeipräsidium Standortveränderungen, Sperrungen oder das Wegfallen eines Übernahmeplatzes.

#### 8.3 Durchführung

Die Koordinierungsstelle veranlasst, dass der Transportverantwortliche im Vorfeld des Transportes die für eine umfängliche Lagebeurteilung erforderlichen Informationen erhält. Ihm obliegt dann die Prüfung des Umfangs der einzusetzenden Kräfte und besonderen Einsatzmittel (zum Beispiel geeichtes Messgerät).

Um einen reibungslosen Ablauf von GST sicherzustellen, kann die zuständige Polizeibehörde im Einzelfall von den im Erlaubnis- beziehungsweise Genehmigungsbescheid festgesetzten zeitlichen Beschränkungen (VwV zu § 29 Abs. 3 StVO, Randnummer 121) und von den Regelungen zu Konvoifahrten abweichen, wenn es die Verkehrslage erfordert oder gestattet (RGST 1992, allgemeine Auflagen). Diese sind nur dann zulässig, wenn sie im Erlaubnis- beziehungsweise Genehmigungsbescheid vorgesehen sind oder deren Durchführung vorher mit der Erlaubnis- oder Genehmigungsbehörde abgestimmt und dokumentiert wurde.

#### 8.4 Kommunikation

Zur Gewährleistung der sicheren Begleitung eines GST ist eine funktionierende Kommunikation zwischen dem GST und der begleitenden Polizei (Auflage 27 RGST, Anhang IV) unerlässlich. Einer Überprüfung der Kommunikationsmittel sowie Vorabsprachen für den Fall einer Kommunikationsunterbrechung kommt daher eine hohe Bedeutung zu. Sofern eine Verständigung zwischen den Beteiligten nicht möglich ist, kommt auch eine Unterbrechung der Fahrt bis zur Wiederherstellung der Kommunikationsfähigkeit in Frage.

#### 8.5 Abrechnung

Für alle Transportbegleitungen werden Kosten erhoben. Das gilt insbesondere für nicht rechtzeitig abgesagte Transportbegleitungen, in deren Folge der Polizei Aufwand entsteht.

Die Kostenerhebung richtet sich nach der Verwaltungskostordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und für Sport (VwKostO – MdI) in der jeweils gültigen Fassung. Sie erfolgt in der computergestützten Vorgangsbearbeitung (ComVor) unter Verwendung des Vordrucks „PV 52“.

Bei nicht unterbrochener Transportbegleitung erstellt die erstbetroffene Organisationseinheit (OE) einen „PV 52“ und leitet diesen elektronisch an die nächste beteiligte OE, an welche der Transport übergeben wurde, weiter. Führt der Transport unbegeleitet weiter schließt die letztbetroffene OE den Vorgang ab. Ist im weiteren Verlauf eine erneute Begleitung vorgeschrieben, ist ein neuer „PV 52“-Vorgang anzulegen. Der jeweilige „PV 52“ (gegebenenfalls PV 525-527 Transportausfall) wird nach Vervollständigung unmittelbar dem PTLV übersandt.

#### 9. Projektierte Streckenabschnitte

Streckenabschnitte, auf denen für GST polizeiliche Begleitung erforderlich ist, sind dahingehend zu überprüfen, ob dort die Begleitung durch private Verwaltungshelfer ermöglicht werden kann. Geeignete Streckenabschnitte sind dem HMdIS zur weiteren Verfahrensabstimmung mitzuteilen.

#### 10. Berichtspflichten

Die Polizeipräsidien berichten gemäß gesonderter Vorgabe des Landespolizeipräsidiums.

#### 11. Fortbildung

Für die qualifizierte Abwicklung von GST ist der Einsatz von geschultem Personal erforderlich. Der Umfang der Ausbildung orientiert sich an den im Einzelnen wahrzunehmenden Funktionen im Verlauf der Abarbeitung eines Schwertransportes. Die erforderlichen Qualifizierungsmaßnahmen werden von der HPA in enger Absprache mit den jeweiligen Präsidien gewährleistet.

#### 12. Inkrafttreten

Die Regelungen dieses Erlasses treten mit der Veröffentlichung im Staatsanzeiger in Kraft.

Wiesbaden, den 9. Dezember 2013

**Hessisches Ministerium  
des Innern und für Sport**  
LPP 13 Wo – 66 k 10 11  
– Gült.-Verz. 31001–

StAnz. 52/2013 S. 1586

## Anlage „Liste der Koordinierungsstellen“

Polizei-präsidium	Direktion	Anschrift	Telefon	Fax	E-Mail
Polizei-präsidium Nordhessen	Direktion Verkehrssicherheit/Sonderdienste	Grüner Weg 33, 34117 Kassel	0561/910-1802	Anfrage nur per E-Mail oder Telefon	HENH-NORDHESSEN-DIRVS-KOST@POLIZEI.HESSEN.DE
	Polizeidirektion Schwalm-Eder	August-Vilmar-Str., 34576 Homberg/Efze	05681/774-153	Anfrage nur per E-Mail oder Telefon	HENH-SCHWALM-EDER-RVD-KOST@POLIZEI.HESSEN.DE
	Polizeidirektion Werra-Meißner	Niederhonerstr. 44, 37269 Eschwege	05651/925-207 05651/925-204 05651/925-206	Anfrage nur per E-Mail oder Telefon	HENH-WERRA-MEISSNER-RVD-KOST@POLIZEI.HESSEN.DE
	Polizeidirektion Waldeck-Frankenberg	Pommernstr. 41, 34497 Korbach	05631/971-402	Anfrage nur per E-Mail oder Telefon	HENH-WALDECK-FRANK-RVD-KOST@POLIZEI.HESSEN.DE
Polizei-präsidium Osthessen	Direktion Verkehrssicherheit/Sonderdienste	Brückenstraße 6, 36100 Petersberg	0661/96956-60	Anfrage nur per E-Mail oder Telefon	rvd-fulda.ppoh@polizei.hessen.de
	Direktion Verkehrssicherheit/Sonderdienste	Kleine Industriestraße 3, 36251 Bad Hersfeld	06621/932-661	Anfrage nur per E-Mail oder Telefon	rvd-hersfeld.ppoh@polizei.hessen.de
	Direktion Verkehrssicherheit/Sonderdienste	Lindenstraße 50, 36341 Lauterbach	06641/971-510	Anfrage nur per E-Mail oder Telefon	rvd-vogelsberg.ppoh@polizei.hessen.de
Polizei-präsidium Mittelhessen	während der Bürozeiten: Abteilung Einsatz, E 1, E 13	Ferniestraße 8, 35394 Gießen	0641/7006-3113	0641/7006-3109	Abt-E1.PPMH@polizei.hessen.de
	außerhalb d. Bürozeiten: Abteilung Einsatz, E 3, E 31 (FuL)	Ferniestraße 8 35394 Gießen	0641/7006-3310	0641/7006-3399	ful.ppmh@polizei.hessen.de
Frankfurt am Main	Verkehrssicherheit	Polizeiautobahnstation, Autobahnmeisterei 4, 63263 Neu-Isenburg	069/755-46400	069/755-46409	past.ppffm@polizei.hessen.de
	Verkehrssicherheit	D 610, Verkehrsüberwachung, Adickesallee 70, 60322 Frankfurt/Main	069/755-46105 oder 069/755-46124	069/755-46109	verkehrsueberwachung.ppffm@polizei.hessen.de
Polizei-präsidium Südosthessen	Direktion Verkehrssicherheit/Sonderdienste	Polizeiautobahnstation, Autobahnmeisterei 10, 63505 Langenselbold	06183/911550	06183/9115517	past-langenselbold.ppsoh@polizei.hessen.de
	Abteilung Einsatz, E 1	E13, Verkehrssicherheit, Geleitsstraße 124, 63065 Offenbach/Main	069/80982013	069/80982007	abt-e-e1.ppsoh@polizei.hessen.de
Polizei-präsidium Südhessen	Polizeidirektion Bergstraße	Weierhausstraße 21 64646 Heppenheim	06252/706-115	06252/706-105	pd-hp.ppsch@polizei.hessen.de
	Polizeidirektion Darmstadt-Dieburg	Klappacher Straße 145, 64285 Darmstadt	06151/969-4202	06151/969-4205	PD-DADI.PPSH@polizei.hessen.de
	Polizeidirektion Groß-Gerau	Eisenstraße 60, 65428 Rüsselsheim	06142/696-130	06142/696-598	PD-GG.PPSH@polizei.hessen.de
	Polizeidirektion Odenwaldkreis	Neue Lustgartenstraße 7, 64711 Erbach	6062/953-300	06062/953-115	PD-ODW.PPSH@polizei.hessen.de
	Direktion Verkehrssicherheit/Sonderdienste	Pupinweg 1 64295 Darmstadt	06151/8756-0	06151/8756-105	past.suedhessen.ppsch@polizei.hessen.de
Polizei-präsidium Westhessen	Polizeidirektion Limburg-Weilburg	Offheimer Weg 44 65549 Limburg	06431/9140-140	06431/9140-149	kvd.limburg.ppwh@polizei.hessen.de
	Polizeidirektion Hochtaunus	Saalsburgstraße 116 61350 Bad Homburg v. d. H.	06172/120-140	06172/120-189	kvd.bad.homburg.ppwh@polizei.hessen.de
	Polizeidirektion Main-Taunus	Zeilsheimer Straße 59 65719 Hofheim	06192/20790	06192/2079159	kvd.hofheim.ppwh@polizei.hessen.de
	Frankfurter Straße Main-Taunus	Frankfurter Straße 100, 65795 Hattersheim	06190/936020	06190/936029	rvd-maintaunus.ppwh@polizei.hessen.de
	Polizeidirektion Rheingau-Taunus	Emser Straße 27, 65307 Bad Schwalbach	06124/7078-0	06124/7078-115	kvd.bad.schwalbach.ppwh@polizei.hessen.de
	Direktion Verkehrssicherheit/Sonderdienste	Wildsachsener Straße 1, 65207 Wiesbaden	0611/345-4140	0611/345-4109	kvd.westhessen.dvs.ppwh@polizei.hessen.de
	Polizeidirektion Wiesbaden	während der Bürozeiten: Calvinstr. 8, 65199 Wiesbaden	0611/345-2840	0611/345-2849	rvd.wiesbaden.PPWH@polizei.hessen.de
	Polizeidirektion Wiesbaden	außerhalb d. Bürozeiten: 1. Polizeirevier Bertramstraße 3 65185 Wiesbaden	0611/345-2142	0611/345-2149	KvD.Wiesbaden.PPWH@polizei.hessen.de

**1130**

### Anmeldung von Studierenden für den Fachbereich Verwaltung der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung (HfPV)

#### Studienbeginn 1. September 2014 (Bachelor-Studiengang)

Die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung benötigt zur Planung des Studienbetriebes rechtzeitig Informationen darüber, mit welcher Anzahl von Studierenden für die einzelnen Abteilungen zu rechnen ist. Ich bitte deshalb alle Behörden, die beabsichtigen, Inspektoranwärterinnen und -anwärter, Aufstiegsbeamtinnen und -beamte oder Angestellte für ein Studium an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung – Fachbereich Verwaltung – anzumelden, folgende Termine zu beachten:

#### Studienbeginn: 1. September 2014

- a) **Voranmeldungen** bitte bis zum 1. April 2014 einreichen
- b) **Anmeldungen** sollten bis zum 1. Juni 2014 vorliegen.

Die Voranmeldungen dienen als Grundlage für die Planung des Lehrbetriebes. Mit der Voranmeldung sind daher möglichst die genaue Zahl der zum Studium vorgesehenen Personen und die aus Sicht der Behörde in Betracht kommende Abteilung (Gießen, Kassel, Mühlheim oder Wiesbaden) anzugeben.

Das Anmeldeformular finden Sie auf unserer Homepage ([www.hfpv-hessen.de](http://www.hfpv-hessen.de)) unter dem Menüpunkt Studium, Fachbereich Verwaltung.

Die verbindlichen Anmeldungen sind zusammen mit den erforderlichen Unterlagen zur abschließenden Prüfung der Hochschulzugangsberechtigung (Zeugnisse, sonstige notwendige Bescheinigungen) einzusenden. Einen Monat vor Studienbeginn werden die Anmeldebestätigungen mit weiteren Informationen für den Beginn des Studiums und eine Übersicht über den dreijährigen Studienverlauf verschickt.

Voranmeldungen und Anmeldungen sind zu richten an:

**Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung,  
Gebäude 13, Schönbergstraße 100, 65199 Wiesbaden.**

Die Hessische Hochschule für Polizei und Verwaltung prüft, ob die Angemeldeten die Voraussetzungen für ein Studium an der HfPV erfüllen, das heißt ob sie die Fachhochschulreife oder einen entsprechenden Bildungsstand besitzen (bei Inspektoranwärterinnen oder -anwärtern und Angestellten) oder ob die Zulassung zum Aufstieg durch die oberste Dienstbehörde erfolgt ist und die Voraussetzungen des § 16 HLVO vorliegen.

Zur Deckung der Kosten für die Ausbildung von Bediensteten anderer Dienstherren (zum Beispiel Kommunalverwaltung) wird von diesen eine Pauschalgebühr in Höhe von 3.000 Euro pro Studierenden für die dreijährige Studiendauer erhoben (§ 4 Abs. 2 Satz 2 und 3 VerwFHG).

Wiesbaden, den 6. Dezember 2014

**Hessische Hochschule  
für Polizei und Verwaltung**  
Z 2.4.5.2

*StAnz. 52/2013 S. 1590*

## HESSISCHES MINISTERIUM DER JUSTIZ, FÜR INTEGRATION UND EUROPA

**1131**

### Änderung der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa

Vom 4. Dezember 2013

Aufgrund des Art. 103 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Hessen und des § 2 in Verbindung mit § 1 der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen vom 5. November 2012 (StAnz. S. 1262) wird bestimmt:

#### Artikel 1

§ 6 Abs. 1 der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa vom 20. März 2012 (StAnz. S. 411) wird wie folgt geändert:

- 1. Nr. 1 wird wie folgt gefasst:

„1. bei Gerichtskosten den Gerichtskassen mit Zustimmung der Behördenleitung, soweit ihnen die Forderung zur Einziehung überwiesen ist, wenn die aufgrund des Vergleichs sich mindernden Einnahmen 10 000 Euro nicht übersteigen,“

- 2. In Nr. 2 werden vor dem Wort „jeweils“ die Wörter „mit Ausnahme von Gerichtskostenforderungen“ eingefügt.

#### Artikel 2

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 4. Dezember 2013

**Der Hessische Minister  
der Justiz, für Integration und Europa**  
gez. H a h n  
– Gült.-Verz. 132 –

*StAnz. 52/2013 S. 1590*

## HESSISCHES KULTUSMINISTERIUM

1132

### Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten in arbeitsrechtlichen Personalangelegenheiten im Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministeriums

Vom 9. Dezember 2013

Aufgrund von Art. 103 Abs. 1 Satz 2 der Verfassung des Landes Hessen und § 2 in Verbindung mit § 1 der Anordnung über die Vertretung des Landes Hessen vom 5. November 2012 (StAnz. S. 1262) wird bestimmt:

#### Artikel 1

Die Anordnung über Zuständigkeiten in arbeitsrechtlichen Personalangelegenheiten im Geschäftsbereich des Hessischen Kultusministeriums vom 17. Dezember 2012 (StAnz. 2013 S. 24) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Abs. 1 wird die Angabe „Abs. 3 bis 6“ durch die Angabe „Abs. 3 bis 7“ ersetzt.
  - b) In Abs. 3 werden nach den Wörtern „gelten nicht“ die Wörter „für die Besetzung von Stellen“ eingefügt.
  - c) Als neuer Abs. 6 wird eingefügt:
 

„(6) Unbeschadet des Abs. 5 wird die Befugnis zur Vertretung des Landes Hessen bei Abschluss von befristeten Arbeitsverträgen zur Vertretung von Lehrkräften den Schulleiterinnen und Schulleitern der selbstständigen allgemein bildenden und beruflichen Schulen nach § 127d HSchG sowie den Schulleiterinnen und Schulleitern der rechtlich selbstständigen beruflichen Schulen nach § 127e HSchG übertragen; für die Schulleiterinnen und Schulleiter der selbstständigen beruflichen Schulen und der rechtlich selbstständigen beruflichen Schulen gilt die Befugnis auch für den Abschluss befristeter Verträge zur Abdeckung des Fachkundeunterrichts.“

- d) Der bisherige Abs. 6 wird Abs. 7 und nach den Wörtern „der selbstständigen allgemein bildenden und beruflichen Schulen“ wird die Angabe „nach § 127d HSchG“ eingefügt und die Angabe „den §§ 127d und 127e HSchG“ wird durch die Angabe „§ 127e HSchG“ ersetzt.
- e) Der bisherige Abs. 7 wird Abs. 8 und die Angabe „Abs. 4 bis 6“ durch die Angabe „Abs. 4 bis 7“ ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) Abs. 3 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Nr. 2 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
    - bb) Als Nr. 3 wird angefügt:
 

„3. nach § 35 Abs. 1 bis 3 TV-H Zeugnisse für Beschäftigte ihrer Schule auszustellen.“
  - b) In Abs. 4 wird in dem Satzteil vor Nr. 1 nach den Wörtern „der selbstständigen allgemein bildenden und beruflichen Schulen“ die Angabe „nach § 127d HSchG“ eingefügt und die Angabe „den §§ 127d und 127e HSchG“ wird durch die Angabe „§ 127e HSchG“ ersetzt.
3. § 4 wird wie folgt geändert:
  - a) In Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „Befugnis nach § 1 Abs. 6“ durch die Angabe „Befugnisse nach § 1 Abs. 6 und 7“ ersetzt.
  - b) In Abs. 3 wird die Angabe „§ 1 Abs. 4 bis 6“ durch die Angabe „§ 1 Abs. 4 bis 7“ ersetzt.

#### Artikel 2

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Wiesbaden, den 9. Dezember 2013

**Die Hessische Kultusministerin**  
gez. Beer  
– Gült.-Verz. 3200 –

StAnz. 52/2013 S. 1591

## HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

1133

### Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren Archivdienst in Hessen

Vom 5. Dezember 2013

Aufgrund des § 21 Abs. 2 Nr. 3 des Hessischen Archivgesetzes (HArchivG) vom 26. November 2012 (GVBl. S. 458) in Verbindung mit § 23 Abs. 3 und 4 des Hessischen Beamtengesetzes (HBG) vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218) verordnet die Ministerin für Wissenschaft und Kunst im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und für Sport, dem Direktor des Landespersonalamts und der Landespersonalkommission:

#### Artikel 1

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren Archivdienst in Hessen vom 14. Dezember 2012 (StAnz. 2013 S. 26) wird wie folgt geändert:

1. In § 17 Abs. 3 S. 3 wird im ersten Halbsatz das Wort „abgerundet“ durch das Wort „aufgerundet“ ersetzt.
2. § 22 wird wie folgt geändert:
  - a) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
 

„(1) Eine nicht bestandene Modulprüfung kann einmal wiederholt werden. Die Wiederholungsprüfung wird zeitnah angeboten. In Fällen besonderer Härte kann der Prüfungsausschuss auf Antrag eine zweite Wiederholung einer Modulprüfung zulassen. Eine bestandene Prüfung kann nicht wiederholt werden.“
  - b) Als neuer Abs. 4 wird angefügt:
 

„(4) Eine Wiederholungsprüfung wird in demselben Umfang und in derselben Form wie die ursprüngliche Prüfung abgenommen.“

#### Artikel 2

Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2013 in Kraft.

Wiesbaden, den 5. Dezember 2013

**Die Hessische Ministerin  
für Wissenschaft und Kunst**  
gez. Eva Kühne-Hörmann  
– Gült.-Verz. 322, 781 –

StAnz. 52/2013 S. 1591

1134

### Organisationserlass für die Archivschule Marburg – Hochschule für Archivwissenschaft vom 5. Dezember 2013

#### § 1

##### Rechtsstellung und Sitz

(1) Rechtsstellung und Sitz der Archivschule Marburg richten sich nach § 5 des Hessischen Archivgesetzes (HArchivG) vom 26. November 2012 (GVBl. S. 548).

(2) Die Archivschule führt zusätzlich die Bezeichnung „Hochschule für Archivwissenschaft“.

#### § 2

##### Aufgaben

(1) Die Archivschule nimmt nach § 5 HArchivG für Bund und Länder zentrale Ausbildungsaufgaben wahr. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt für staatliche Archivträger, kommunale Gebietskörperschaften, Kirchen und andere Archivträger.



(2) Die Archivschule erfüllt die ihr nach § 5 HArchivG übertragenen Aufgaben durch

1. Planung, Koordination und Leitung von Lehrveranstaltungen im Rahmen der Aus- und Fortbildung für Archivarinnen und Archivare,
2. Durchführung von Weiterbildungsstudiengängen,
3. Durchführung archivwissenschaftlicher Forschungsprojekte und Kolloquien.

Sie kooperiert mit dem Hessischen Landesarchiv und kann mit anderen staatlichen und staatlich anerkannten Bildungseinrichtungen des In- und Auslandes zusammenwirken.

(3) Sie berichtet einmal jährlich über ihre Tätigkeit. Sie unterrichtet das für das Archivwesen zuständige Ministerium und den Beirat über die dabei erbrachten Leistungen und über die Wirtschaftlichkeit und Angemessenheit des Mitteleinsatzes. Die wesentlichen Ergebnisse sind der Öffentlichkeit auf der Internetseite der Archivschule zugänglich zu machen.

### § 3 Finanzierung

(1) Die Deckung von 65 Prozent der Kosten der Ausbildung erfolgt durch Entgelte, deren Höhe auf der Basis einer Kostenrechnung und einer Planungsrechnung das zuständige Ministerium im Benehmen mit dem Beirat vor Beginn der Lehrgänge festsetzt und die durch die Nutzer zu tragen sind.

(2) 35 Prozent der Kosten der Ausbildung trägt das Land Hessen als Sitzlandanteil. Die jährlichen Ausgabenansätze für Investitionen werden durch das Land Hessen zur Verfügung gestellt.

(3) Fortbildungsveranstaltungen und Weiterbildungsstudiengänge werden kostendeckend durchgeführt. Die Leiterin oder der Leiter der Archivschule legt die Höhe der Entgelte auf der Basis der Kostenrechnung fest, im Falle der Weiterbildung im Benehmen mit dem Beirat.

(4) Forschungsprojekte sollen aus Drittmitteln finanziert werden.

### § 4 Organisation

Organe der Archivschule sind:

1. die Leiterin oder der Leiter,
2. der Beirat,
3. der Archivschulrat.

### § 5 Leitung

(1) Die Leiterin oder der Leiter der Archivschule ist dem zuständigen Ministerium verantwortlich und führt die Dienstaufsicht. Sie oder er vertritt die Archivschule nach außen.

(2) Sie oder er führt die Beschlüsse der Organe der Archivschule aus. In deren Rahmen ist sie oder er für die Erfüllung der Aufgaben der Archivschule verantwortlich.

(3) Insbesondere entscheidet sie oder er über die Gestaltung des Lehr-, Fort- und Weiterbildungsangebotes, die Zuweisung von Unterrichtsfächern an die Lehrenden und über die Vergabe von Lehraufträgen.

(4) Die Studienleiterin oder der Studienleiter vertritt die Leiterin oder den Leiter der Archivschule.

(5) Die Leiterin oder der Leiter der Archivschule sowie die Studienleiterin oder der Studienleiter müssen zur Laufbahn des höheren Archivdienstes befähigt sein.

### § 6 Aufgaben des Beirats

(1) Der Beirat berät das zuständige Ministerium in den Angelegenheiten der Archivschule.

(2) Er beschließt über die für die Archivschule maßgeblichen Grundsätze und Ziele der Aus-, Fort- und Weiterbildung und der Forschung.

(3) Er wirkt mit bei

1. der Gestaltung der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen,
2. Entscheidungen über die Organisation und die personelle und finanzielle Ausstattung der Archivschule.

### § 7 Zusammensetzung des Beirats

(1) Dem Beirat gehören an:

1. eine Vertreterin oder ein Vertreter des zuständigen Ministeriums als Vorsitzende oder Vorsitzender,
2. je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Länder, des Bundes und der Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die von diesen entsandt werden,

3. zwei Vertreterinnen oder Vertreter der Kommunalarchive, die von den kommunalen Spitzenverbänden entsandt werden,
4. je eine Vertreterin oder ein Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirchenarchive, die durch den Verband kirchlicher Archive in der Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Archive und Bibliotheken und die Bundeskonferenz der kirchlichen Archive in Deutschland entsandt werden,
5. eine Vertreterin oder ein Vertreter des Verbandes deutscher Archivarinnen und Archivare e.V.

(2) Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des Beirates teil:

1. die Leiterin oder der Leiter der Archivschule,
  2. eine Vertreterin oder ein Vertreter der Lehrenden, die oder der in geheimer Wahl für vier Jahre gewählt wird,
  3. je eine Vertreterin oder ein Vertreter der laufenden Lehrgänge.
- Vertrauliche Personalunterlagen werden ihnen nicht zur Verfügung gestellt. Von der Beratung einzelner Tagesordnungspunkte können sie aus wichtigem Grund ausgeschlossen werden.

### § 8 Verfahren des Beirats

(1) Die oder der Vorsitzende beruft den Beirat mindestens einmal im Jahr mit einer Einladungsfrist von einem Monat ein. Auf Antrag von vier Mitgliedern muss sie oder er ihn spätestens sechs Wochen nach Eingang des Antrages einberufen.

(2) Der Beirat fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag.

(3) Zur Vorbereitung der Beschlüsse des Beirats über Fragen der Finanzierung bestellt der Beirat einen ständigen Ausschuss.

(4) Zur Vorbereitung der Beschlüsse des Beirats über Fragen der organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung der Ausbildung besteht eine Ausbildungsleiterkonferenz unter dem Vorsitz der Leiterin oder des Leiters der Archivschule. Die Ausbildungsverwaltungen entsenden jeweils eine Vertreterin oder einen Vertreter in die Ausbildungsleiterkonferenz.

(5) Der Beirat kann für besondere Aufgaben einen weiteren Ausschuss bilden.

### § 9 Archivschulrat

(1) Für die Archivschule wird ein Archivschulrat gebildet. Er hat die Aufgaben des Fachbereichsrats nach § 17 des Verwaltungsfachhochschulgesetzes (VerwFHG) vom 12. Juni 1979 (GVBl. I S. 95), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. S. 218). Der Archivschulrat beschließt die Studienordnung für das Referendariat im höheren Archivdienst. Die Studienordnung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

(2) Mitglieder des Archivschulrats sind:

1. die Leiterin oder der Leiter der Archivschule als vorsitzendes Mitglied,
2. drei Vertreterinnen oder Vertreter der Lehrenden, darunter mindestens eine Vertreterin oder ein Vertreter der hauptamtlich Lehrenden und mindestens eine Lehrbeauftragte oder ein Lehrbeauftragter,
3. insgesamt drei Vertreterinnen oder Vertreter der Lehrgänge des höheren und des gehobenen Archivdienstes sowie der Weiterbildungsstudiengänge.

(3) Die Mitglieder nach Abs. 2 Nr. 2 werden für die Dauer von drei Jahren und nach Abs. 2 Nr. 3 für die Dauer eines Jahres gewählt.

(4) Die Vertreterinnen oder der Vertreter der Mitglieder werden wie diese gewählt.

(5) Die Mentorin oder der Mentor eines Lehrgangs der Archivschule und die Studienleiterin oder der Studienleiter sind zu Sitzungen des Archivschulrats einzuladen und anzuhören.

### § 10 Lehrgangsteilnahme

(1) Die Lehrgänge der Fachstudien stehen allen Archivreferendarinnen und Archivreferendaren und allen Anwärtinnen und Anwärtern für den gehobenen Archivdienst offen, die der Archivschule zugewiesen werden.

(2) Die Zulassung zur Teilnahme an den Lehrgängen der Fachstudien ist gegen Entgelt außerhalb der laufbahngebundenen Ausbildung möglich, wenn gewährleistet ist, dass eine berufspraktische Ausbildung im Umfang der festgelegten berufspraktischen Studien erfolgt ist. Die Leiterin oder der Leiter der Archivschule entscheidet über die Zulassung.

(3) Ausbildung und Prüfung richten sich nach den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen sowie den Studienordnungen für den höheren und gehobenen Archivdienst in Hessen.



(4) Die Archivschule muss von Menschen mit Behinderungen barrierefrei erreicht und ohne fremde Hilfe genutzt werden können, soweit dies nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist; andernfalls muss die Archivschule die Möglichkeit der Wahrnehmung des Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebotes durch den genannten Personenkreis durch organisatorische Maßnahmen sicherstellen.

#### § 11 Übergangsregelung

Verfahren, die bis zum 1. Januar 2014 eingeleitet wurden, werden nach den bisherigen Vorschriften zu Ende geführt. Die Regelungen zur Finanzierung des § 10 der seit dem 1. Januar 2012 geltenden Fassung des Organisationserlasses für die Archivschule Marburg – Hochschule für Archivwissenschaft vom 21. November 2011 (StAnz. S. 1522) bleiben bis zum 31. Dezember 2015 weiterhin wirksam.

#### § 12 Inkrafttreten

Dieser Organisationserlass tritt am 1. Januar 2014 in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt § 3 am 1. Januar 2016 in Kraft.

Wiesbaden, den 5. Dezember 2013

**Hessisches Ministerium  
für Wissenschaft und Kunst**  
273.001 (0010) - II 6  
– Gült.-Verz. 781 –

*StAnz. 52/2013 S. 1591*

**1135**

### **Beitragsordnung des Studentenwerks Frankfurt vom 3. Dezember 2013;**

hier: Bekanntmachung

Nach § 9 Abs. 2 des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen vom 26. Juni 2006, zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2012 (GVBl. S. 227), wird die oben genannte Beitragsordnung des Studentenwerks Frankfurt hiermit bekannt gemacht.

Wiesbaden, den 5. Dezember 2013

**Hessisches Ministerium  
für Wissenschaft und Kunst**  
351.004(0006) – II 4.2

*StAnz. 52/2013 S. 1593*

#### § 1

Für das Studentenwerk Frankfurt am Main wird in jedem Semester von allen Studierenden der

Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Fachhochschule Frankfurt am Main

Hochschule RheinMain

Hochschule Geisenheim

Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, Frankfurt am Main

Hochschule für Gestaltung, Offenbach am Main,  
ein Beitrag nach § 9 Abs. 2 des Studentenwerkgesetzes erhoben.

#### § 2

(1) Der Beitrag der Studierenden nach § 9 Abs. 2 des Studentenwerkgesetzes wird ab dem Sommersemester 2014 für die Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main, für die Fachhochschule Frankfurt am Main, für die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt am Main, für die Hochschule für Gestaltung in Offenbach am Main auf 80 Euro je Studierenden im Semester festgesetzt. Für die Studierenden der Hochschule Geisenheim wird der Beitrag ab dem Sommersemester 2014 auf 70 Euro je Studierenden im Semester festgesetzt. Für die Studierenden der Hochschule RheinMain wird der Beitrag zum Sommersemester 2014 auf 65 Euro festgesetzt und ab dem Wintersemester 2014/2015 auf 75 Euro je Studierenden im Semester festgesetzt.

(2) Der Beitrag der Studierenden nach § 9 Abs. 2 des Studentenwerkgesetzes wird für allgemeine Zwecke des Studentenwerks Frankfurt am Main erhoben.

(3) Studierende der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main, der Fachhochschule Frankfurt am Main, der Hochschule RheinMain, der Hochschule Geisenheim, der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt am Main und der Hochschule für Gestaltung in Offenbach am Main, die gleichzeitig an mehr als einer dieser Hochschulen eingeschrieben sind, haben den Beitrag der Studierenden zum Studentenwerk Frankfurt am Main nach § 9 Abs. 2 des Studentenwerkgesetzes nur einmal je Semester zu zahlen. Bei differierenden Beiträgen zwischen den Hochschulen wird der jeweils höhere Beitrag erhoben.

#### § 3

Der Beitrag wird jeweils mit der Immatrikulation oder der Rückmeldung fällig und wird von der jeweiligen Hochschule unentgeltlich eingezogen. Bei der Einschreibung, Rückmeldung oder Beurteilung ist die Zahlung des Beitrages nachzuweisen.

#### § 4

(1) Der Beitrag kann nicht erlassen, ermäßigt oder gestundet werden.

(2) Bei Exmatrikulation oder Versagung der Einschreibung vor Beginn der Vorlesungszeit des Semesters, für das der Sozialbeitrag bereits geleistet wurde, ist insoweit der Sozialbeitrag zu erstatten; im Übrigen besteht kein Anspruch auf anteilige Rückzahlung.

(3) Der Anspruch auf Erstattung erlischt, wenn er nicht sechs Monate nach Beginn der Vorlesungszeit des Semesters, für das der Sozialbeitrag gezahlt wurde, schriftlich geltend gemacht wird.

#### § 5

Die Beitragsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft. Die Beitragsordnung vom 1. März 2013 wird mit Inkrafttreten der Beitragsordnung vom 14. November 2013 außer Kraft gesetzt.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Verwaltungsrats des Studentenwerks Frankfurt am Main.

Frankfurt am Main, den 3. Dezember 2013

Prof. Dr. Manfred Schubert-Zsilavecz  
Verwaltungsratsvorsitzender

## HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR UND LANDESENTWICKLUNG

1136

### Durchführung des Berufsbildungsgesetzes

**hier:** Hessischer Landesausschuss für Berufsbildung, Einreichung von Vorschlägen für die Beauftragten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Landesausschuss für Berufsbildung für die am 1. Juli 2014 beginnende 12. Amtsperiode

Der nach § 82 des Berufsbildungsgesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), zuletzt geändert durch Art. 22 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749), bei der Landesregierung zu errichtende Landesausschuss für Berufsbildung besteht aus 18 Mitgliedern. Er setzt sich aus einer gleichen Zahl von Beauftragten der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der obersten Landesbehörden zusammen.

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung führt die Geschäfte des Landesausschusses für Berufsbildung.

Die Mitglieder des Landesausschusses und ihre Stellvertreter werden von der Hessischen Landesregierung für die Dauer von vier Jahren berufen.

Vorschlagsberechtigt für die Beauftragten der Arbeitgeber sind die auf Landesebene bestehenden Zusammenschlüsse der Kammern, der Arbeitgeberverbände und der Unternehmerverbände.

Für die Beauftragten der Arbeitnehmer sind die auf Landesebene bestehenden Gewerkschaften und selbstständigen Vereinigungen von Arbeitnehmern mit sozial- und berufspolitischer Zwecksetzung vorschlagsberechtigt.

Vorschläge für die Beauftragten der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer für die am 1. Juli 2014 beginnende 12. Amtsperiode sind bis zum 31. März 2014 bei der Geschäftsstelle des Hessischen Landesausschusses für Berufsbildung, Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden, schriftlich einzureichen. Verspätet eingehende Vorschläge können nicht berücksichtigt werden.

Wiesbaden, den 29. November 2013

**Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft, Verkehr  
und Landesentwicklung**  
IV 4-B-099-a-02-01-02-01

*StAnz. 52/2013 S. 1594*

1137

### Aufruf zur Teilnahme am Bewerbungs- und Auswahlverfahren LEADER 2014–2020 in Hessen

#### 1. Zielsetzung des Bewerbungs- und Auswahlverfahrens

Der Entwicklungsplan für den ländlichen Raum des Landes Hessen 2014–2020 (EPLR Hessen) wird in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der noch ausstehenden EU-Durchführungsrechtsakte zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums voraussichtlich nicht vor dem 2. Quartal 2014 bei der EU-Kommission eingereicht und anschließend im weiteren Verlauf des Jahres 2014 vom EU-Ausschuss für ländliche Entwicklung (RDC) angenommen werden (die genehmigte Fassung wird im Internet unter [www.eler.hessen.de](http://www.eler.hessen.de) verfügbar sein). Unter Priorität 6 ist die LEADER-Strategie wichtiger Bestandteil des Planes und Grundlage für die Förderung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER).

Das Land Hessen beabsichtigt 2014, auf der Grundlage dieser Ausschreibung geeignete Regionale Entwicklungskonzepte (REK) sowie die sie tragenden Regionalforen auszuwählen und als Lokale Aktionsgruppen (LAG) anzuerkennen. Auf diese werden die zur Verfügung stehenden LEADER-Mittel zur Umsetzung ihrer regionalen Entwicklungsstrategie konzentriert.

Das Land Hessen fördert die Umsetzung von gebietsbezogenen nachhaltigen Entwicklungsstrategien nach dem LEADER-Konzept, um die ländlich geprägten Regionen Hessens in ihrer eigenverantwortlichen Entwicklung zu stärken und den demografischen Wandel strukturierend zu begleiten und zu steuern. Dies soll in der Weise erfolgen, dass die vorhandenen gebiets-spezifischen Entwicklungschancen genutzt werden. Es sind die Potenziale zu generieren, die zur Steigerung der wirtschaftli-

chen Kompetenz, zur Mobilisierung regionalen Beschäftigungs- und Wirtschaftswachstums und zur Verbesserung der Lebensqualität für die Bewohner zielführend eingesetzt werden können.

Die Steuerung dieser Prozesse obliegt Regionalforen, die aus einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen dem öffentlichen und dem nicht öffentlichen Bereich zugehörigen Akteuren bestehen. Dabei möchte das Land die Beiträge der Regionen besonders fördern, die auf der Basis einer sozioökonomischen und SWOT-Analyse priorisierte Handlungsfelder und Ziele der ländlichen Entwicklung benennen.

Gleichzeitig soll mit der Umsetzung des LEADER-Ansatzes die Kooperation zwischen Kommunen, Vertretern der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft intensiviert, die Bereitschaft zur regionalen Konsensbildung verbessert und die Entstehung regionaler Netzwerke angestoßen werden.

Daneben wird ein verstärktes Augenmerk auf eine integrierte Strategie der sich bewerbenden Regionen, nach dem Prinzip „eine Region – eine Strategie“, gelegt. Insbesondere zu bereits vorhandenen Konzepten und Strukturen (zum Beispiel Naturparke, Wirtschaftsförderung und Tourismus) sollen Aussagen dazu erfolgen, wie sich die zukünftige Zusammenarbeit gestaltet. Dies geht im Idealfall auch mit einer Harmonisierung und/oder Zusammenarbeit entsprechender Institutionen einher. Darüber hinaus sollten fondsübergreifende Aussagen zur Verknüpfung von ELER-, EFRE- und ESF-Maßnahmen zur Umsetzung der regionalen Strategie innerhalb des REK getroffen werden.

Die Anzahl der LEADER-Regionen für die Förderperiode 2014–2020 in Hessen wird so bestimmt, dass im Rahmen der verfügbaren Mittel durchschnittlich 2 Millionen Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung stehen. Voraussichtlich können in diesem Rahmen circa 20 LEADER-Regionen partizipieren.

Das Land Hessen bietet allen Kommunen des ländlichen Raums gemäß Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der regionalen Entwicklung eine Beteiligung am LEADER-Wettbewerb an. Innerhalb der Gebietsabgrenzung sind die Kernbereiche der Städte Kassel, Fulda, Marburg, Gießen und Wetzlar von einer Teilnahme ausgeschlossen. Die Gebietsabgrenzung muss sich an der Untergrenze von 50.000 und der Obergrenze von 150.000 Einwohnern orientieren und ist auf Gemeindeebene abzugrenzen. Abweichungen sind zu begründen (siehe Auswahlkriterien). Den Regionalforen wird empfohlen, Änderungen der Gebietsabgrenzung untereinander abzustimmen.

#### 2. Regionale Entwicklungskonzepte (REK)

Die Grundlage zur Auswahl von LEADER-Regionen bilden im Bewerbungs- und Auswahlverfahren die Regionalen Entwicklungskonzepte (REK), die neben der jeweiligen Strategie auch Informationen über den partizipativen Entstehungsprozess sowie die Organisationsform, Arbeitsweise, Projektauswahl und Steuerung der Regionalforen enthalten.

Die inhaltlichen und redaktionellen Anforderungen für die Erarbeitung der REK sind im „Leitfaden für die inhaltliche und redaktionelle Ausgestaltung von Regionalen Entwicklungskonzepten“ des HMWVL in der aktuellen Fassung vom Dezember 2013 festgelegt (auf diese Fassung wird sich im Weiteren bezogen).

Im REK ist zu belegen, welcher Beitrag zur Erreichung der im EPLR Hessen 2014–2020 formulierten Ziele geleistet wird (siehe Leitfaden REK).

#### 3. Lokale Aktionsgruppen

Träger der REK und Motor der Umsetzung der Strategien sind Regionalforen (öffentlich-private Partnerschaften), die im Rahmen von LEADER als Lokale Aktionsgruppen (LAG) bezeichnet werden.

Bei erfolgreicher Auswahl ist, soweit noch nicht erfolgt, die Rechtsfähigkeit der LAG innerhalb von drei Monaten nachzuweisen. Als Rechtsformen kommen ausschließlich juristische Personen in Frage. Im Fall bereits bestehender Organisationen sind eindeutige Regelungen in Bezug auf die Zusammenwirkung der verschiedenen Organe (Träger von Rechten und Pflichten) im Sinne der LEADER-Vorgaben zu treffen.

Weiterhin wird auf die diesbezüglichen Aussagen des oben genannten Leitfadens verwiesen.

Voraussetzung für die Anerkennung ist, dass die LAG die Bereitschaft zur Bereitstellung der notwendigen Kofinanzierungsmittel für die Finanzierung der laufenden Ausgaben über den gesamten Zeitraum der Förderperiode zusagt.

#### 4. Regionalmanagement

Zur Steuerung des Umsetzungsprozesses ist die Einrichtung eines Regionalmanagements in einem Umfang von mindestens 1,5 nachweislich qualifizierten AK (siehe Kap. 5) für die gesamte Laufzeit der Förderperiode zwingende Voraussetzung. Die Aufgabensteuerung des Regionalmanagements erfolgt ausschließlich über die LAG.

Die organisatorische Anbindung muss durch Beschäftigungsverhältnisse oder Dienstleistungsaufträge bei der LAG erfolgen. Die laufenden Ausgaben der LAG (einschließlich Regionalmanagement, Dienstleistungen und Sachkosten) können gefördert werden. Das Personal muss entsprechende fachliche Qualifizierungen nachweisen; davon möglichst eine AK mit Hochschulabschluss, Berufserfahrung, die auch die zur Umsetzung der LEADER-Strategie notwendigen Schlüsselqualifikationen (soziale Kompetenzen, Grundlagen des Förderwesens, EDV) einschließt, werden vorausgesetzt.

Die Vergütung hat analog vergleichbarer Landesbediensteter (VV LHO) zu erfolgen. Der Nachweis der entsprechenden fachlichen Qualifikation ist vor Einstellung bzw. vor Auftragsvergabe zu erbringen.

Die Förderung des Regionalmanagements einschließlich der genannten Dienstleistungen und Sachkosten darf 25 Prozent der gesamten öffentlichen LEADER-Ausgaben, die innerhalb der Förderperiode anfallen, nicht überschreiten.

#### 5. Auswahlkriterien

Im Rahmen des Bewerbungs- und Auswahlverfahrens kommt es zur Anwendung nachstehender **Basis-** und **Bewertungskriterien**.

Mit den **Basiskriterien** wird festgestellt, ob die Anträge der Regionalforen, die von der ELER-Verordnung (LEADER-Konzept) und dem EPLR Hessen 2014–2020 definierten Zulassungsbedingungen zur Gebietsabgrenzung (ländlicher Raum im Sinne der Richtlinien des Landes Hessen zur Förderung der regionalen Entwicklung, keine Überschneidungen der LEADER-Gebiete), Einwohnerzahl, Rechtsstatus und Organisation der LAG, der Funktionsfähigkeit des Regionalmanagements und zur Finanzierungsplanung etc. erfüllen.

Die Nichterfüllung der Basiskriterien führt zum Ausschluss aus dem weiteren Auswahlverfahren.

Die **Bewertungskriterien** sollen die optimale Umsetzung der LEADER-Methode gewährleisten und sicherstellen. Es werden nur LAG gefördert, die mit der Umsetzung des REK einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes und zur Erreichung der Ziele des EPLR Hessen 2014–2020 leisten.

Auf Basis der in der nachstehenden Tabelle genannten Bewertungskriterien wird die Erfüllung der LEADER-spezifischen Anforderungen an die Entwicklungsstrategie und ihre zu erwartende Umsetzung bewertet. Die hierbei erreichte Punktzahl wird zur Erstellung eines Rankings der eingereichten Konzepte herangezogen.

Für jedes Kriterium wird auf der Basis einer mehrstufigen Skala eine Bewertung durchgeführt. Die Gewichtung der Bewertungsbereiche erfolgt durch die Bewertungskommission in Absprache mit der LEADER-Verwaltungsbehörde.

##### 1. Vorerfahrungen (bei bereits bestehenden Regionen)

Basiskriterien
Bewerberregionen, die in der vorangegangenen Förderperiode als LEADER- oder HELER-Regionen aktiv waren, stellen die entsprechenden Aktivitäten und Ergebnisse in einem gesonderten Kapitel des REK dar.
Bewertungskriterien
Die Zusammensetzung des (LEADER-)Entscheidungsgremiums war mit Blick auf das Aktionsprogramm schlüssig und sinnvoll und spiegelte die gewählten Schwerpunkte der Strategie wider.
Ein breiter Beteiligungsprozess für die interessierte Öffentlichkeit sowie Interessengruppen wurde durchgeführt.
Ein Selbstevaluierungsprozess wurde durchgeführt und die Ergebnisse flossen in die weitere Arbeit ein.

Die Region hat bis zu einem zu benennenden Grad die Ziele des REK 2007–2013 umgesetzt.
Die Region hat bis zu einem zu benennenden Grad die ursprünglich angestrebten Leitprojekte umgesetzt.
In der Region wurden innovative und übertragbare Ansätze entwickelt und umgesetzt.
Die im REK veranschlagten Finanzmittel konnten adäquat und in vollem Umfang verausgabt werden.
Die LAG konnte über die Nutzung von EPLR-Mitteln hinaus weitere Projekte und Aktivitäten mittels weiterer Förder- und Entwicklungsprogramme akquirieren bzw. vermitteln.
Die Region hatte in der vorangegangenen Förderperiode einen zu benennenden Anteil an den Ausgaben des Regionalmanagements selbst finanziert.
Aus den Erfahrungen werden nachvollziehbare und adäquate Schlussfolgerungen in Bezug auf Organisation, Prozess und Inhalte der (LEADER-)Region für die nachfolgende Förderperiode gezogen.

##### 2. Gebietsabgrenzung

Basiskriterien
Klare Abgrenzung/Definition des Gebiets und der Bevölkerung auf Gemeindeebene (gemeindegrenzenscharf)
Einhaltung der Untergrenze (50.000 EW) sowie der Obergrenze (150.000 EW) bzw. hinreichende Begründung der Notwendigkeit einer Unter- oder Überschreitung <sup>1</sup>
Bewertungskriterien
Die Region wurde in Bezug auf naturräumliche Besonderheiten abgegrenzt.
Die Regionsabgrenzung wurde auch mit Blick auf wirtschaftliche Zusammenhänge und Verbindungen gewählt.
Wichtige sozio-kulturelle Verknüpfungen wurden als Abgrenzungskriterium angelegt.
Die Abgrenzung der Region lässt eine Kohärenz zur gewählten Strategie erkennen.

##### 3. Verfahren zur REK-Erstellung

Basiskriterien
Ein offener Beteiligungsprozess zur Erarbeitung des REK wurde nachweislich durchgeführt (öffentliche Veranstaltungen, thematische Foren oder AK in ausreichender Zahl) <sup>2</sup> .
Bewertungskriterien
Die Öffentlichkeit wurde über unterschiedliche Medien über das Stattfinden des Beteiligungsprozesses informiert und zur Teilnahme eingeladen.
Ein umfassender Beteiligungsprozess mit adäquaten Beteiligungsangeboten und -methoden wurde durchgeführt.
Bisher noch nicht in der LAG vertretene Interessengruppen (bei bereits bestehenden Regionen) wurden explizit für eine Teilnahme gewonnen.
Schon bei der Erarbeitung wurde auf einen diskriminierungsfreien Prozess geachtet und aktiv darauf hingearbeitet.

##### 4. Gebietsanalyse

Basiskriterien
Eine sozio-ökonomische Analyse der Region liegt entsprechend dem hessischen Leitfaden für REK vor.
Bewertungskriterien
Die sozio-ökonomische Analyse beschreibt zielführend die regionale Ausgangssituation.
Strukturdaten werden durch qualitative Aussagen ergänzt und geben so ein schlüssiges Bild der Region wieder.

<sup>1</sup> Die Unter- oder Überschreitung ist mit Blick auf regionale Zusammenhänge oder die gewählte Strategie so zu begründen, dass das Erfordernis deutlich wird.

<sup>2</sup> Es wird davon ausgegangen, dass mindestens eine öffentliche Auftakt- sowie eine öffentliche Abschlussveranstaltung stattfinden muss, in denen über die Möglichkeiten der Beteiligung sowie die Ergebnisse des Erarbeitungsprozesses zu informieren ist.



## 5. SWOT- und Bedarfsanalyse

### Basiskriterien

Eine Ableitung der Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken (SWOT) mit anschließender Priorisierung der regionalen Handlungsbedarfe wurden durchgeführt.

### Bewertungskriterien

Die identifizierten Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken spiegeln die Ergebnisse der sozioökonomischen Analyse wieder und wurden schlüssig hergeleitet.

Die identifizierten und priorisierten regionalen Handlungsbedarfe sind nachvollziehbar aus der SWOT abgeleitet.

## 6. Regionale Strategie

### a) Entwicklungsstrategie und -ziele

#### Basiskriterien

Das REK enthält eine regionale Strategie bestehend aus einem Leitbild, einer Entwicklungsstrategie mit Entwicklungszielen sowie Handlungsfelder mit Teilzielen.

#### Bewertungskriterien

Die Entwicklungsstrategie steht in einem unmittelbaren Bezug zur SWOT- und Bedarfsanalyse.

Mit der Entwicklungsstrategie und den Entwicklungszielen wird ein integrierter Entwicklungsansatz verfolgt.

Die formulierten Entwicklungsziele werden möglichst quantifiziert dargestellt.

Die Entwicklungsstrategie enthält für die Region innovative Elemente.

Die Entwicklungsstrategie weist Anknüpfungspunkte zu anderen in der Region etablierten Kulissen und Entwicklungsstrategien auf und stellt die Kohärenz zu diesen her.

Der Beitrag der Entwicklungsstrategie zu den übergeordneten Zielen der ländlichen Entwicklung in Hessen und den Querschnittsthemen Innovation, Eindämmung des Klimawandels und Anpassung an seine Auswirkungen sowie demografischer Wandel wird dargestellt.

Die Entwicklungsstrategie leistet erkennbare Beiträge zu einer nachhaltigen Entwicklung.

### b) Handlungsfelder

#### Basiskriterien

Im REK werden mindestens drei Handlungsfelder dargestellt.

Im REK sind quantifizierbare Teilziele je Handlungsfeld genannt.

#### Bewertungskriterien

Die Handlungsfelder wurden schlüssig aus der SWOT-Analyse und der Bedarfsanalyse hergeleitet.

Die Handlungsfelder sind mit „SMART-Zielen“<sup>3</sup> hinterlegt.

Im REK sind aussagekräftige Indikatoren zur Messung der Zielerreichung (Output und Ergebnisse) der Entwicklungs- und Teilziele angegeben.

Die Handlungsfelder stehen in einer möglichst engen Verknüpfung zueinander. Es ist erkennbar, dass ein sektorübergreifender<sup>4</sup> und integrierter Ansatz verfolgt wird.

In möglichst allen Handlungsfeldern werden für die Region innovative Ansätze verfolgt und Aktivitäten angestoßen.

### c) Kooperation mit anderen Programmen und Gebieten

#### Basiskriterien

Die Möglichkeiten zur Kooperation mit anderen Programmen und Handlungskulissen (zum Beispiel EFRE-Wirtschaftsregionen, ESF, Naturparke, Tourismus, Städtebau, Dorfentwicklung) wurden identifiziert und im REK dargestellt.

Die Möglichkeiten zur Kooperation mit anderen potenziellen LEADER-Regionen wurden identifiziert und im REK dargestellt.

#### Bewertungskriterien

Die Kooperation mit anderen Handlungskulissen (zum Beispiel Tourismus, Naturparke, Wirtschaftsförderung) zur Umsetzung der Handlungsfeldspezifischen Teilziele wird nachvollziehbar dargestellt und entsprechende Synergien (institutionell und projektbezogen) optimal genutzt.

Das REK benennt in den Handlungsfeldern potenzielle Aktivitäten und Maßnahmen anderer Förderkulissen (zum Beispiel Städtebau, Tourismus, Dorfentwicklung) und Programme (zum Beispiel EFRE, ESF) zur Umsetzung der handlungsspezifischen Ziele.

Im REK werden in den Handlungsfeldern beabsichtigte Kooperations-Aktivitäten mit anderen potenziellen LEADER-Regionen benannt.

Im REK wird ein in Grundzügen bereits ausgearbeitetes Kooperationsprojekt (gebietsüberschreitend, länderübergreifend, mit einem anderen Mitgliedsstaat) beschrieben.

## 7. Aktionsplan

### Basiskriterien

Das REK enthält einen Aktionsplan, der die Aktivitäten (zum Beispiel Projekte, Projektbündel, Leuchtturmprojekte, Meilensteine) in den Handlungsfeldern darstellt.

### Bewertungskriterien

Der Aktionsplan lässt erste zu erwartende Aktivitäten und Maßnahmen sowie Leuchtturmprojekte in den Handlungsfeldern erkennen.

Im Aktionsplan werden erste zentrale Akteure benannt, die die Umsetzung von Projekten angehen werden.

Der Aktionsplan beschreibt erste umsetzungsreife „Start-Projekte“.

## 8. Umsetzung

### a) LEADER-Entscheidungsgrremium

#### Basiskriterien

Bildung einer integrativen Partnerschaft, wobei der öffentliche Sektor nicht mehr als 49 % der Stimmrechte auf der Entscheidungsebene haben darf.

Mindestens 50 % der Stimmen im Projektauswahlverfahren müssen von Partnern der nicht öffentlichen Sektoren<sup>4</sup> kommen.

Die Übernahme von Doppelfunktionen ist ausgeschlossen (zum Beispiel Beteiligung der Bewilligungsstellen)

Die Organisation und Prozessgestaltung des LEADER-Entscheidungsgrremiums wird im REK beschrieben. Es werden Regeln und Strukturen für die Entscheidungsfindung benannt.

#### Bewertungskriterien

Alle drei Sektoren sind möglichst ausgeglichen im LEADER-Entscheidungsgrremium vertreten.

Die Zusammensetzung des LEADER-Entscheidungsgrremiums ist mit Blick auf das REK schlüssig und sinnvoll. Sie spiegelt die gewählten Schwerpunkte der Strategie und des Aktionsbündnisses wider; die betroffenen Zielgruppen sind ausreichend vertreten.

Eine nicht-diskriminierende und transparente Arbeitsweise wird auf der Basis der dargestellten Regelungen sichergestellt. Der Umgang mit möglichen Interessenkonflikten wird schlüssig dargestellt.

### b. Projektauswahl

#### Basiskriterien

Im REK sind Festlegungen zur Verfahrensweise einer transparenten Projektauswahl getroffen.

<sup>4</sup> Erläuterung der Sektoren:

1. Öffentlich = Verwaltung und/oder Politik

2. Privat = Privatwirtschaft/Unternehmen

3. Zivilgesellschaft = öffentlich-rechtliche Organisationen, Initiativen, Vereine, Verbände, Interessengruppen;

<sup>3</sup> SMART ist ein AKRONYM für specific, measurable, accepted, realistic, timely/dt. Spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch, terminiert.

<b>Bewertungskriterien</b>
Die im REK aufgezeigten Regelungen und Strukturen der Entscheidungsabläufe stellen die Konsistenz zwischen den ausgewählten Projekten und der Strategie sicher.
Die im REK niedergelegten Kriterien der Projektauswahl sind als verbindliche Grundlage für eine Beurteilung der Förderwürdigkeit geeignet.
Die Projektauswahlkriterien führen zu einer nachvollziehbaren Priorisierung der Projekte und lassen den jeweiligen Beitrag zur Erreichung der Entwicklungs- und Teilziele erkennen.

## c) Regionale Partnerschaft

<b>Basiskriterien</b>
Die zukünftig geplanten Strukturen zur kontinuierlichen, stets offenen Einbindung von Interessensvertretern und der Öffentlichkeit in dem Umsetzungsprozess wird bezüglich Organisationsstruktur und Prozessgestaltung (Aufbau und Ablauforganisation) nachvollziehbar beschrieben.
Die notwendigen Satzungen und Geschäftsordnungen bzw. deren Entwürfe liegen vor. Notwendige Erläuterungen sind nachvollziehbar.

<b>Bewertungskriterien</b>
Die adäquate kontinuierliche Einbindung von Interessensvertretern und Öffentlichkeit wird mittels Darstellung der geplanten Organisationseinheiten und beabsichtigten Beteiligungsangeboten und -methoden nachvollziehbar dargestellt.
Die drei Sektoren sind möglichst ausgeglichen bzw. der Strategie entsprechend im Umsetzungsprozess und den entsprechenden Organisationseinheiten außerhalb des Entscheidungsgremiums vertreten (zum Beispiel Fachforen, Projektgruppen) vertreten.
Die Akteure im Umsetzungsprozess (zum Beispiel Projektträger, Entscheidungsgremium) werden in wichtigen Themenfeldern qualifiziert. Eine Rückkopplung zur Evaluation ist angelegt.

## d. Regionalmanagement

<b>Basiskriterien</b>
Einrichtung eines Regionalmanagements mit mind. 1,5 Stellen.
Zusicherung für die gesamte Förderperiode.

<b>Bewertungskriterien</b>
Das Aufgabenspektrum und Arbeitsprogramm des Regionalmanagements wird nachvollziehbar dargestellt (Aufgaben-, Stellenbeschreibung). Zentrale Aufgabenschwerpunkte werden vertieft ausgeführt.
Die personellen Ressourcen des Regionalmanagements stehen im angemessenen Verhältnis zum Steuerungsaufwand des Prozesses.
Eine fortlaufende Qualifizierung des Regionalmanagements ist vorgesehen und wird nachvollziehbar dargestellt.
Die Aufrechterhaltung des Regionalmanagements wird zwei Jahre über die Förderperiode hinaus zugesichert. Dies ist auch anteilig zulässig.

## e) Finanzierungsplan nach Handlungsfeldern und Jahren

<b>Basiskriterien</b>
Das REK enthält einen Finanzierungsplan, der das zu erwartenden Mittelvolumen gestaffelt nach Handlungsfeldern und Jahren wiedergibt.
Die Finanzierung des Regionalmanagements sowie die beschriebene Aufbau- und Ablauforganisation des Umsetzungsprozesses der gesamten Förderperiode ist enthalten.
Vorhaben zur Kooperation sind im Finanzierungsplan berücksichtigt.

<b>Bewertungskriterien</b>
Der Finanzierungsplan weist die Finanzierung von Start-Projekten aus.

Er weist darauf hin, dass die Umsetzung machbar ist, d.h. dass die in Aussicht gestellten Mittel ausreichen, um den Aktionsplan umzusetzen.
Die Aufrechterhaltung des Regionalmanagements wird zwei Jahre über die Förderperiode hinaus ausgewiesen (ggf. anteilig).

## f) Prozessmonitoring und Evaluierung

<b>Basiskriterien</b>
Das REK erhält Darstellungen darüber, wie das Prozessmonitoring und die Evaluierung des Umsetzungsstandes erfolgen sollen.
Es sind über die Laufzeit hinweg mind. zwei vorab terminierte Aktivitäten zur Selbstevaluierung des Prozesses und seiner Ergebnisse geplant.

<b>Bewertungskriterien</b>
Die Abläufe des Prozessmonitorings und der Evaluierung werden hinsichtlich der hierzu vorgesehenen Maßnahmen in Bezug auf deren Häufigkeit und Inhalte nachvollziehbar dargestellt.
Im REK ist schlüssig dargestellt, wie die Evaluierungsergebnisse in den laufenden Prozess einfließen (zum Beispiel Fortschreibung REK).
Prozessmonitoring und Evaluierung sind verbindlich geregelt und in der Arbeitsstruktur des Regionalmanagements (Aufgabenbeschreibung, Arbeitsprogramm) und des Entscheidungsgremiums der LAG (zum Beispiel Geschäftsordnung) verankert.

## 6. Auswahlverfahren

Das Auswahlverfahren ist in drei aufeinander folgende Stufen gegliedert:

- **Prüfung der Basiskriterien**

Nur wenn die Basiskriterien erfüllt sind und der Antrag frist- und formgerecht eingegangen ist, wird er zur Auswahl zugelassen.

- **Bewertung der Qualität der zugelassenen Konzepte hinsichtlich des Erfüllungsgrades der Bewertungskriterien**

Die Bewertung wird von einem externen, unabhängigen und interdisziplinär zusammengesetzten Expertenteam auf der Basis der vorgenannten Bewertungskriterien durchgeführt.

- **Ranking zur und Auswahl der Förderregionen**

Ergebnis des Bewertungsverfahrens ist ein Ranking der Förderregionen auf der Grundlage der oben dargestellten Bewertungskriterien. Auf der Grundlage dieses Rankings erkennt das für LEADER zuständige Ministerium im Rahmen der verfügbaren Mittel eine entsprechende Zahl von LEADER-Regionen für die Förderperiode 2014–2020 an. Aufbauend auf das Grundbudget wird je nach Einwohnerzahl und Qualität des REK ein Planungsbudget je Region zur Verfügung gestellt.

## 7. Bewerbungs- und Auswahlverfahren

Das Regionale Entwicklungskonzept stellt die Grundlage der Bewerbungsunterlagen der Region dar.

Der vorläufige Zeitplan sieht wie folgt aus:

29. Oktober 2013	Informationsveranstaltung
bis zum 31.12.2013	Aufruf zur Teilnahme am Bewerbungs- und Auswahlverfahren
bis zum 31.01.2014	Einreichung eines Förderantrags für die REK-Erstellung beim jeweils zuständigen Landkreis
bis zum 28.02.2014	Bescheidung mittels vorzeitigem Maßnahmenbeginn
2. Quartal 2014	Bewilligung der Förderung der REK-Erstellung
März–August 2014	Erstellung der REK und Durchführung regionaler Beteiligungsprozesse
<b>1. September 2014</b>	<b>Frist für die Einreichung der Bewerbungsunterlagen</b>
bis Ende November 2014	Auswahl der Lokalen Aktionsgruppen
bis Ende Dezember 2014	Anerkennung der Lokalen Aktionsgruppen

Die Bewerbungsunterlagen zur Anerkennung als LEADER-Region müssen schriftlich bis zum **1. September 2014** vorliegen.  
Postadresse:

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung  
– Referat I 5 –  
Kaiser-Friedrich-Ring 75  
65158 Wiesbaden

Zur Beschleunigung des Auswahlverfahrens sind zehn Druckexemplare des jeweiligen Regionalen Entwicklungskonzeptes vorzulegen. Zusätzlich ist das REK als pdf-Dokument auf CD einzureichen. Das Antragsschreiben des Regionalforums muss zwei Ansprechpartner mit Adresse, Telefonnummer und E-Mail benennen, die für Rückfragen während der Wettbewerbsdauer (bis zum 1. Dezember 2014) erreichbar sind.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

## 8. Förderangebote zur Unterstützung des LEADER-Auswahl- und Bewerbungsverfahrens

### 8.1 Förderung der regionalen Entwicklungskonzepte (REK)

Ab dem 02.01.2014 können mögliche Träger des Projekts neues REK einen Förderantrag bei der für die ländliche Regionalentwicklung zuständigen Abteilung der Landräte stellen. Die hierzu gestellten Anträge werden im gemeinsamen Interesse eines zügigen Auswahlprozesses und eines angemessenen Zeitkorridors zur Erstellung der REK mittels Genehmigung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns bis Ende Februar 2014 beschieden. Als Träger kommen rechtsfähig organisierte Regionalforen, Gemeinden und Gemeindeverbände in Frage.

Im Zuge der weiteren Antragsbearbeitung sind sodann die notwendigen Antragsunterlagen zu vervollständigen.

Nach positiver Antragsbearbeitung und nach Einreichung des EPLR bei der EU-Kommission können entsprechende Bewilligungen ausgesprochen werden. Anträge zur Auszahlung können erst nach Genehmigung des EPLR 2014–2020 bearbeitet werden. Hiermit kann nicht vor dem 3. Quartal 2014 gerechnet werden.

Ein Rechtsanspruch auf Förderung wird hierdurch nicht impliziert.

Die Erarbeitung der REK einschließlich des partizipativen Erstellungsprozesses kann je Region in Höhe von bis zu 75 % der förderfähigen Gesamtkosten und mit max. 50.000 Euro gefördert werden.

Auf nachfolgende Grundsätze wird im Besonderen hingewiesen: Grundsätzlich ist ein Vergabeverfahren durchzuführen, das den Bestimmungen des Haushalts- und Vergaberechts genügt. Insbesondere sind die Regelungen zu Öffentlichkeit, Diskriminierung und Transparenz gemäß VOF (Fassung vom 18. November 2009) oder VOL/A (Fassung vom 20. November 2009) einzuhalten.

Folgende Verfahrensschritte sind zu beachten (Grundlage gemäß Gesetz zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft und zur Vergabe öffentlicher Aufträge vom 3. April 2013 und Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung der regionalen Entwicklung vom 22.03.2013).

Diese gelten analog für Regionalforen als öffentlich-private Zusammenschlüsse:

1. Ab einem Schwellenwert von 7.500 Euro (netto) sind drei Vergleichsangebote einzuholen.
2. Ab einem Schwellenwert von 80.000 Euro (netto) ist eine öffentliche Bekanntmachung (Interessenbekundungsverfahren) in der Hessischen Ausschreibungsdatenbank (www.had.de) zu veröffentlichen.

Aus dem Kreis der Interessenten sind sodann drei Unternehmen zur Abgabe eines Angebots aufzufordern.

3. Nach entsprechender Wertung ist der wirtschaftlichste Bieter zu ermitteln.
4. Es erfolgt eine freihändige Vergabe.

Als Bestandteil einer Leistungsbeschreibung empfehlen sich die vorstehenden Auswahlkriterien (siehe Kapitel 5).

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Bewerber mit Insiderkenntnissen nicht berücksichtigt werden können und von einer Vergabe auszuschließen sind. Hierzu werden auch Regelungen in den jeweiligen Bewilligungsbescheiden getroffen.

### 8.2 Regionalmanagement

Die laufenden Kosten der LAG (Personalkosten, Dienstleistungen und Sachaufwendungen) können unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit (Kontinuität), Diskriminierung (Gleichbehandlung), Transparenz (Öffentlichkeit) und Wirtschaftlichkeit (Erfahrungen, Akzeptanz, Erfolg) nach Anerkennung in allen LAG anteilig mitfinanziert werden.

Die Förderquote beträgt bis zu 75% der zuschussfähigen Ausgaben. Unter Berücksichtigung des EU-seits festgesetzten Prozents der laufenden Ausgaben der LAG im Verhältnis zu den öffentlichen Gesamtausgaben der Region 25% nicht übersteigen.

Für die Umsetzung des LEADER-Prozesses ist ein Regionalmanagement von mind. 1,5 AK pro LAG vorzusehen. Die LAG muss mit Anerkennung die Verpflichtung zur Kontinuität (vgl. Kapitel 4) bestätigen.

In Frage kommen Beschäftigungsverhältnisse bei der LAG (Fortführung bestehender Arbeitsverhältnisse, Neueinstellungen, Zuweisungen) oder die Beauftragung einer Agentur (Dienstleistungsverhältnis).

Es gelten die unter Kapitel 8.1 ausgeführten haushaltsrechtlichen und vergaberechtlichen Grundsätze. Insbesondere wird auf die folgenden Voraussetzungen hingewiesen:

- Gehaltsregelungen sind in Analogie zu öffentlichen Arbeitgebern (LHO) zu treffen,
- Neueinstellungen sind mittels Stellenausschreibung unter Beachtung von Diskriminierungsgrundsätzen bekannt zu geben,
- Personalzuweisung ist bei entsprechender Qualifikation und bei Vorlage der vertraglichen Bedingungen möglich,
- auf den Abschluss von Bewerbern mit Insiderkenntnissen ist zu achten.

### 8.3 Eckpunkte der zukünftigen Förderung

Im Zuge der Anerkennung wird das Land Hessen unter Einbeziehung der zuständigen Bewilligungsbehörden bei den Landkreisen mit jeder anzuerkennenden LAG eine Rahmenvereinbarung schließen.

Hierin werden die wesentlichen Grundsätze im Sinne der LEADER-Strategie vereinbart:

- Den anerkannten LAG wird ein Planungsbudget zur Umsetzung der regionalen Entwicklungsstrategie zugewiesen.
- Das Planungskontingent je Region beträgt im Durchschnitt 2,0 Mio. Euro an EU-, Bundes- und Landesmitteln. Die Bemessung des Kontingents erfolgt aus einem Grundbetrag, der Berücksichtigung der Einwohnerzahl sowie der Bewertung der qualitativen Anforderungen des REK (Rankingplatz).

Die Hälfte des Kontingents ist bis zu einem noch festzulegenden Stichtag im Jahr 2017 (etwa Mitte des Förderzeitraumes) mit Förderbescheiden zu belegen.

Die Teilnahme am Auswahlwettbewerb schließt das Einverständnis dazu ein, dass zur Gewährleistung der vollständigen Mittelbelegung bei Nichterfüllung dieser Vorgabe eine Umschichtung von Fördermitteln in bewilligungsreife Projekte anderer Regionen vorgenommen werden wird.

- Die Fördermodalitäten werden in einer neu zu fassenden Richtlinie auf der Grundlage des EPLR 2014–2020 geregelt und voraussichtlich ab Ende 2014 zur Verfügung stehen.

Abweichend von der bisherigen Vorgehensweise werden in dieser Regelung ausschließlich Kriterien der Förderfähigkeit (Zuwendungsvoraussetzungen, Umfang und Höhe der Förderung) bestimmt werden und keine den LEADER-Ansatz eingrenzenden fachlichen Vorgaben erfolgen. Für mögliche Projekte, für die ELER, EFRE oder ESF „Mainstream-Programme“ zur Verfügung stehen, sind diese vorrangig einzusetzen. Hierdurch wird der Handlungsspielraum des LEADER-Budgets erweitert.

Über das EFRE-Programm Hessen 2014–2020 können bis zu 5% des Fondsansatzes indikativ für LEADER-Projekte eingesetzt werden.

Biogasanlagen und Projekte aus dem Bereich der kommunalen Pflichtaufgaben sind von einer Förderung ausgeschlossen. Private Neubau-, Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen, die in der Dorfentwicklung nur in abgegrenzten Fördergebieten und in ortstypischer Bauweise gefördert werden, sind ebenfalls von der Förderung ausgeschlossen.

- Da die zukünftige Projektauswahl ausschließlich auf der Ebene zuschussfähiger Projekte erfolgen muss, ist die enge Zusammenarbeit von Bewilligungsstellen und LAG unabdingbar. Hierzu wird klargestellt, dass sich die Mitwirkung der Bewilligungsstellen ausschließlich auf die Bewertung der Förderfähigkeit und nicht auf die Mitwirkung im Auswahlprozess erstreckt.
- Die LAG verpflichtet sich, eine kontinuierliche Projektentwicklung im Sinne des REK voranzutreiben und alle Vorgaben des LEADER-Prinzips einzuhalten. Dies betrifft insbesondere die Arbeitsweise der LAG, die Anforderungen



zur Zusammensetzung der LAG und des Entscheidungsgremiums als öffentlich-private Partnerschaft, den transparenten Projektauswahlprozess und die erforderlichen Dokumentations- und Kommunikationsverpflichtungen (zum Beispiel Jahresbericht, Halbzeitbewertung, Zusammenarbeit mit externen Evaluatoren).

- Im Interesse einer optimalen Mittelsteuerung (zum Beispiel Kenntnis über Anteil der EU-Mittel, GAK-fähige Projekte, Verhältnis öffentlich/privat) sind die bewilligungsreifen Anträge des aktuellen Haushaltsjahres möglichst bis zum 1. März des Jahres bei den Bewilligungsbehörden vorzulegen.

- Die jeweiligen Publizitätsvorschriften von EU, Bund und Land sind einzuhalten.

Änderungen, die sich im Laufe des Genehmigungsverfahrens des EPLR Hessen 2014–2020 ergeben, bleiben vorbehalten.

Wiesbaden, den 9. Dezember 2013

**Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft, Verkehr  
und Landesentwicklung**  
I 5 – 88m-10.01.02.05

*StAnz. 52/2013 S. 1594*

## HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

**1138**

### **Ausweisung und Betreuung von Naturwaldreservaten in Hessen (Naturwaldreservate-Programm Hessen)**

Auf Empfehlung des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten hat der Hessische Landtag am 20. September 1988 die Einrichtung von Naturwaldreservaten beschlossen.

Die Bearbeitung der Naturwaldreservate als langfristiges Untersuchungsprogramm bedarf grundsätzlicher Verwaltungs- und Zuständigkeitsregelungen, die in diesem Erlass zusammengefasst werden:

#### **1. Ziele und Aufgaben**

Naturwaldreservate dienen

- der Erforschung sich selbst entwickelnder Waldlebensgemeinschaften, ihrer Böden, Vegetation, Waldstruktur und Fauna;
- der angewandten Waldbauforschung als lokale und regionale Weiserflächen. Aus den Forschungsergebnissen der waldbaulichen Untersuchungen können für vergleichbare Wirtschaftswaldstandorte gesicherte Erkenntnisse abgeleitet werden zu Fragen
  - o der Waldverjüngung (Baumartenwahl, naturnahe Verjüngungsverfahren, Produktionsdauer, Konkurrenzsteuerung),
  - o der Waldpflege (Bestandesstruktur, Auslese, Differenzierung etc.),
  - o der Bedeutung von Alt- und Totholz für die biologische Vielfalt,
  - o der Folgen von Klimaveränderungen für das Ökosystem Wald;
- als Weiserfläche (Referenzflächen) für Naturnähe und Umweltmonitoring, an denen das Funktionieren des Naturhaushaltes und der Grad seiner Beeinträchtigung der genutzten Landschaft gemessen werden kann. Sie können dabei auch Maßstäbe für Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) oder Biotopbewertung sein. Sie sind Eichflächen für die Standortkartierung und können als Referenzflächen für das Monitoring in FFH-Gebieten dienen;
- der Erhaltung, dem Schutz und der Wiederherstellung natürlicher Waldlebensgemeinschaften in ihrer für den Lebensraum typischen Arten- und Formenvielfalt. Naturwaldreservate sind Bestandteil der Naturschutzleitlinie für den Hessischen Staatswald.
- gleichzeitig der Umsetzung der Hessischen Biodiversitätsstrategie. Sie tragen zum Erhalt und zur Verbesserung der Biodiversität im Hessischen Staatswald bei.
- der Erforschung der biologischen Vielfalt und ihrer Entwicklung in den Totalreservaten (Prozessschutzflächen) sowie in den ihnen zugeordneten bewirtschafteten Vergleichsflächen.

Bei der Erfüllung dieser Ziele und Aufgaben kommt den naturnah zu bewirtschaftenden Vergleichsflächen, die in den meisten Gebieten ausgewiesen wurden, eine besondere Bedeutung zu.

#### **2. Flächenauswahl**

Das Naturwaldreservate-Programm verfolgt einen langfristig orientierten Forschungsansatz.

Die Flächenauswahl für das Naturwaldreservate-Programm ist im Grundsatz weitgehend abgeschlossen, nachdem in den zurückliegenden Jahren

- im Schwerpunkt buchengeprägte Waldgesellschaften auf den in Hessen häufigen Standorten sowie in der Ebene eichengeprägte Reservate ausgewählt wurden (siehe Anlage 1).
- Zusätzlich wurde durch Einbeziehung von Nadelwald-Reservaten die Beobachtung der Rück- und Weiterentwicklung von nicht autochthonen Waldgesellschaften ermöglicht.
- Ferner wurden Sukzessionsflächen zur Beobachtung der Wiederbewaldung eingerichtet.

Sofern es für die Lösung besonderer Fragestellungen oder für die Schließung regionaler Lücken notwendig erscheint, können weitere Flächen als Naturwaldreservate ausgewählt werden. Dabei ist von einer Mindestgröße der Totalreservatsfläche von 40 ha auszugehen. Wie bisher ist es wünschenswert, der Totalreservatsfläche (NWR) eine nach Waldbestand und Standort ähnliche, angemessen große Vergleichsfläche (NWV) zur Seite zu stellen, um einen unmittelbaren Vergleich zwischen naturnah weiter bewirtschafteten Flächen und sich selbst überlassenen Flächen (Prozessschutzflächen) zu ermöglichen.

Die Sicherung der Totalreservate gegen angrenzende Waldflächen wird durch Pufferzonen gewährleistet. Pufferzonen sind die unmittelbar an das Totalreservat anschließenden Wirtschaftseinheiten (in der Regel Unterabteilungen). In den Pufferzonen, die nicht gesondert ausgewiesen werden, sind alle Maßnahmen, die das Totalreservat beeinträchtigen können, untersagt. Insbesondere Kahlschläge, Düngungen, Meliorationsmaßnahmen und sonstiges Einbringen von Stoffen sind mit der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt (NW-FVA) abzustimmen.

#### **3. Rechtliche Flächensicherung**

Die Unterschutzstellung der Flächen des Naturwaldreservate-Programms (Totalreservate, Vergleichsflächen) erfolgt nach § 13 des Hessischen Waldgesetzes mit der Erklärung zu Bannwald durch die Obere Forstbehörde. Die Einbeziehung von Naturschutzgebietsflächen in das Naturwaldreservate-Programm bedarf der vorherigen Abstimmung mit der obersten Naturschutzbehörde.

Bis zur bestandskräftigen Ausweisung als Bannwald sind insbesondere folgende Regelungen zu beachten:

In den Totalreservaten sind in analoger Anwendung von § 13 des Hessischen Waldgesetzes alle Maßnahmen, die den Schutzzweck gemäß Ziffer 1 dieses Erlasses beeinträchtigen können, zu unterlassen. Insbesondere sind dies:

- Rodung und Umwandlung in eine andere Nutzungsart;
- Eingriffe jeglicher Art sowie jegliches Einbringen oder Entnehmen von Biomasse (Tiere, Leseholz, Pilze, Beeren, Saatgut etc.), Bodenmaterial oder anderen Stoffen;
- Betreten außerhalb von Straßen und Wegen (Reiten, Fahren, Parken, Lagern, Zelten, Rauchen, Feuer anzünden etc.);
- Beschädigung des Bodens und des Bodenlebens;
- Anlage und Betrieb von Jagdeinrichtungen wie Hochsitzen, Leitern, Schirmen, Kirsungen, Fütterungen, Pirschwegen und Hütten, ausgenommen temporär aufgestellte Druckjagdböcke;
- Beeinträchtigung oder Störung der Tier- und Pflanzenwelt.

Auszunehmen sind:

- das Betreten der Fläche durch den Eigentümer oder seine Beauftragten;

- die Durchführung der Jagd zur Regulierung des Schalenwildbestandes;
- die Durchführung notwendiger Maßnahmen zur Gefahrenabwehr für Waldbesucher an öffentlichen Straßen und Wegen. Das anfallende Material ist auf der Fläche zu belassen.
- die Entnahme von Pflanzen, Tieren und Bodenproben im Rahmen der von der NW-FVA koordinierten Forschungstätigkeiten.

Auf den Vergleichsflächen ist zu unterlassen:

- Rodung oder Umwandlung in eine andere Nutzungsart;
- ein Kahlhieb oder eine Vorratsabsenkung von mehr als 40 Prozent des Holzvorrates der üblicherweise verwendeten Ertragstafeln.

Die Naturwaldreservate sind mit entsprechender Beschilderung zu kennzeichnen. Gleichzeitig ist auf das Betretungsverbot der Fläche und auf die Wegebenutzung auf eigene Gefahr hinzuweisen sowie ein Haftungsausschluss für Gefahren, die vom Reservat ausgehen, auszusprechen. Hiebsmaßnahmen zur Gefahrenabwehr auf den Reservateflächen sind vorher mit der NW-FVA abzustimmen.

#### 4. Untersuchungsprogramm

Das Standardprogramm für waldökologische Untersuchungen in Naturwaldreservaten ist in Heft 2 „Waldkundliche Untersuchungen“ und in Heft 3 „Zoologische Untersuchungen“ der Reihe „Naturwaldreservate in Hessen“ beschrieben. Diese Methodik wird unter Maßgabe der Datenkontinuität an neue Fragestellungen und den aktuellen Stand der Technik angepasst. Sie ist ggf. auf Sonderfälle abzuwandeln. Wesentlicher Grundsatz des Programms ist die Dauerbeobachtung durch periodisch zu wiederholende Inventuren. Details sind im Anhalt an die Empfehlungen für die Einrichtung und Betreuung von Naturwaldreservaten in Deutschland, erarbeitet von der Länderprojektgruppe Naturwaldreservate (Forstarchiv 64, 1993, S. 122 ff) sowie in der hierzu erlassenen Geschäftsanweisung des Landesbetriebes HESSEN-FORST geregelt.

Grundsätzlich ist anzustreben, auch andere ökologische Forschungsarbeiten in Naturwaldreservaten zu konzentrieren, soweit damit nicht störend in das Ökosystem eingegriffen wird. Alle Forschungsarbeiten in hessischen Naturwaldreservaten werden von der NW-FVA koordiniert.

#### 5. Dokumentation und Veröffentlichung

Alle für die Entwicklung der Naturwaldreservate wichtigen Befunde sind von der NW-FVA möglichst lückenlos zu dokumentieren und in geeigneter Form zu veröffentlichen. Ergebnisse der Forschung in Naturwaldreservaten werden in der Reihe „Naturwaldreservate in Hessen“ oder in geeigneten Fachzeitschriften veröffentlicht. Darüber hinaus wird das hessische Naturwaldreservate-Programm mit seinen Forschungsergebnissen einer breiteren Öffentlichkeit in der populärwissenschaftlichen Broschüre „Hessische Naturwaldreservate im Portrait“ bekannt gemacht.

#### 6. Aufgabenverteilung

Das für Forsten zuständige Ministerium entscheidet unter Einbeziehung des Landesbetriebes HESSEN-FORST über alle

grundsätzlichen, mit dem Naturwaldreservate-Programm zusammenhängenden Fragen. Jährlich wird in einer gemeinsamen Besprechung (Jahresgespräch Naturwaldreservate) mit dem Fachministerium, der Landesbetriebsleitung HESSEN-FORST und der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt das Jahresergebnis erörtert und die Arbeitsplanung für das nächste Jahr abgestimmt. Hierin einbezogen sind die fachlichen Schwerpunkte, die Ressourcenausstattung, die Hinzuziehung Dritter für die Forschungsarbeiten, die Gestaltung der Schriftenreihe und die Abstimmung der Öffentlichkeitsarbeit.

Der Landesbetrieb HESSEN-FORST ist für die Umsetzung des Naturwaldreservate-Programms verantwortlich. Die Projektbearbeitung erfolgt durch die NW-FVA. Diese umfasst die waldkundlichen Inventuren sowie die Erfüllung aller übrigen Aufgaben durch Vergabe an Dritte im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen oder durch Beteiligung weiterer Dienststellen des Landes. HESSEN-FORST FENA sorgt für die zweckmäßige Aufnahme der Naturwaldreservats- und Vergleichsflächen in die vom Landesbetrieb HESSEN-FORST bearbeiteten Kartenwerke.

Die Forstämter sind für die in ihrem Zuständigkeitsbereich liegenden Naturwaldreservate zuständig für

- Beaufsichtigung und Gefahrenabwehr,
- Unverzügliche Unterrichtung der NW-FVA bei außergewöhnlichen Ereignissen,
- Abfassung der Jahresmeldungen zum **15. Januar** eines jeden Jahres,
- Durchführung betrieblicher Maßnahmen auf den Vergleichsflächen und Verkehrssicherungsmaßnahmen in Abstimmung mit der NW-FVA,
- Jagdausübung im Rahmen der jagdrechtlichen Vorschriften.

Das Nähere zu Form und Inhalt der Jahresmeldungen regelt der Landesbetrieb HESSEN-FORST in Abstimmung mit der NW-FVA in einer Geschäftsanweisung.

#### 7. Finanzierung

Die für die Forschung in Naturwaldreservaten notwendigen Mittel sind im Budgetanteil des Landes Hessen enthalten, der der NW-FVA aufgrund Staatsvertrag und nachgeordneter Vollzugsregelungen jährlich zur Erfüllung der Aufgaben des Versuchswesens zugewiesen wird. Die Festlegung der Arbeitsplanung und des Mittelbedarfs erfolgt durch den Steuerungsausschuss der NW-FVA im Anhalt an die im Jahresgespräch NWR für das Folgejahr vorgeschlagenen Maßnahmen. Der Vollzug von Maßnahmen erfolgt durch summenmäßigen Nachweis.

Wiesbaden, den 4. Dezember 2013

**Hessisches Ministerium  
für Umwelt, Energie, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz**  
– Gült.-Verz. 86 –

StAnz. 52/2013 S. 1599

Anlage 1

#### Naturwaldreservate in Hessen – Flächenzusammenstellung – (Stand 04/2013)

Nr.	Name	Forstamt	Hauptbaumart	Totalreservat ha	Vergleichsfläche ha	Beteiligte Waldgesellschaften	Eigentümer	Besonderheiten
1	Niestehänge	Hess. Lichtenau	Buche	68,7	60,4	submontaner und montaner Hainsimsen-Buchenwald	Land Hessen	-
2	Goldbachs- und Ziebachsrück	Rotenburg/Bad Hersfeld	Buche	31,3	36,9	submontaner Hainsimsen-Buchenwald mit Traubeneiche	Land Hessen	-
3	Schönbuche	Fulda	Buche	27,9	26,9	submontaner Hainsimsen-Buchenwald mit Traubeneiche	Land Hessen	-
4	Wattenberg und Hundsberg	Wolfhagen	Buche	42,1	33,7	submontaner und montaner Waldmeister-Buchenwald	Land Hessen	-
5	Meißner	Hess. Lichtenau	Buche	42,8	43,3	montaner Waldmeister-Buchenwald	Land Hessen	-
6	Niddahänge östlich Rudingshain	Schotten	Buche	42,0	31,7	montaner Waldgersten- und Waldmeister-Buchenwald; Schlucht- und Blockwald	Land Hessen	-
7	Ruine Reichenbach	Hess. Lichtenau	Buche	30,8	28,6	submontaner Waldgersten-Buchenwald; Seggen-Buchenwald	Land Hessen	-
8	Hohestein	Wehretal	Buche	26,7	24,4	submontaner Waldgersten-Buchenwald	Land Hessen	-

Nr.	Name	Forstamt	Haupt- baumart	Total- reser- vat ha	Ver- gleichs- fläche ha	Beteiligte Waldgesellschaften	Eigentümer	Beson- derheiten
9	Hasenblick	Frankenberg	Buche	46,0	41,5	submontaner Hainsimsen-Bu- chenwald mit Traubeneiche	Land Hessen	-
10	Waldgebiet östlich Oppershofen	Nidda	Buche	21,3	20,4	kolliner Waldmeister-Buchen- wald	Land Hessen	-
11	Heegbach	Langen	Buche	28,1	14,4	kolliner Flattergras-Buchen- wald	Land Hessen	-
12	Weiherskopf	Schlüchtern	Buche	52,0	34,9	submontaner-Waldmeister- Buchenwald	Land Hessen	-
13	Kreuzberg	Weilburg	Buche	48,3	34,0	submontaner Waldmeister- Buchenwald	Land Hessen	-
14	Kniebrecht	Darmstadt	Buche	30,1	27,1	submontaner Waldmeister- Buchenwald	Land Hessen	-
15	Schloßberg	Rotenburg	Kiefer	13,2	21,9	submontaner Hainsimsen-Bu- chenwald mit Traubeneiche	Land Hessen	-
16	Zellhäuser Düne	Dieburg/Langen	Kiefer	21,7	18,2	Drahtschmielen-Traubenei- chenwald mit Kiefer	Land Hessen	-
17	Zackenbruch	Herborn	Fichte	18,5	-	montaner Hainsimsen-Bu- chenwald	Land Hessen	-
18	Wispertal	Rüdesheim	Fichte	21,1	-	submontaner Hainsimsen-Bu- chenwald mit Traubeneiche	Land Hessen	-
19	Bodenthal	Rüdesheim	Tr.Eiche	10,6	-	Felsenahorn-Traubeneichen- wald	Land Hessen	-
20	Karlswörth	Groß Gerau	St.Eiche, Es, Ul	48,7	-	Erlen-Ulmen-Hartholzauen- wald	Land Hessen	-
21	Bruchköbel	Hanau-Wolfgang	St.Eiche	7,7	6,9	Stieleichen- Hainbuchenwald	Land Hessen	-
22	Locheiche	NP Kellerwald- Edersee	Buche	34,8	-	montaner Hainsimsen- Buchenwald	Land Hessen	National- park
23	Hohehardt und Geiers- höh/Rothebu- che	Burgwald	Buche	140,2	-	submontaner Hainsimsen- Buchenwald mit Traubenei- che	Land Hessen	Schutz- gebiet Burg- wald
24	Eichberg	Bad Hersfeld	Kiefer	25,8	22,3	submontaner Hainsimsen-Bu- chenwald mit Traubeneiche	Land Hessen	-
25	Kinzigaue	Hanau-Wolfgang	St.Eiche	18,1	-	Stieleichen-Hainbuchenwald/ Erlen-Ulmen-Hartholzauen- wald	Land Hessen	-
26	Hundsrück	Kirchhain	Buche	20,7	23,8	submontaner Hainsimsen-Bu- chenwald mit Traubeneiche	Land Hessen	-
27	Weserhänge	Reinhardshagen	Buche	80,0	94,1	submontaner Hainsimsen-Bu- chenwald	Land Hessen	-
28	Stirnberg	Hofbieber	Buche	71,1	-	montaner Waldgersten-Bu- chenwald	Land Hessen	Biosphä- renres. Rhön
29	Alsberger Hang	Schlüchtern	Eiche	117,9	113,3	submontaner Hainsimsen-Bu- chenwald mit Traubeneiche	Land Hessen	-
30	Jossa-Aue bei Mernes	Jossgrund	Weide	9,5	4,6	Sukzessionsfläche (Auenwald)	Land Hessen	-
31	Langenstüttig	Hofbieber	Buche	30,3	-	montaner Waldgersten-Bu- chenwald	Land Hessen	Biosphä- renres. Rhön
				1.228,0	763,3			

1139

### Wasserrechtliche Anerkennung nach Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO)

Die Firma TÜV SÜD ELAB GmbH, Birlenbacher Straße 14 in 57078 Siegen wird nach § 10 der Abwassereigenkontrollverordnung (EKVO) widerruflich weiterhin als EKVO-Überwachungsstelle nach § 10 Abs. 4 Nr. 4 EKVO (als privatrechtliche Einrichtung für Unternehmerinnen oder Unternehmer von Abwasseranlagen) in Hessen anerkannt.

Die Anerkennung ist befristet bis zum 31. Dezember 2018.

Wiesbaden, den 2. Dezember 2013

**Hessisches Landesamt  
für Umwelt und Geologie**  
W2-Ü-068-884-2013

StAnz. 52/2013 S. 1601



## HESSISCHES SOZIALMINISTERIUM

**1140**

### Fach- und Fördergrundsätze zur Sicherung von im Bestand geschützten Plätzen in Kinderhorten und sonstigen Angeboten der Schulkinderbetreuung

#### 1. Zweck der Förderung

- 1.1 Zweck der Förderung ist es, die im Bestand geschützten Plätze in Kinderhorten und sonstigen Angeboten der Schulkinderbetreuung zu sichern.
- 1.2 Die Zuwendungen nach diesen Fach- und Fördergrundsätzen ergänzen die vorrangige Landesförderung nach § 32 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches.

#### 2. Gegenstand und Umfang der Förderung

Gefördert werden können

- 2.1 Kinderhorte, sofern sie bereits im Haushaltsjahr 2005 nach Nr. 2.7, 2.8 oder 2.9 der „Offensive für Kinderbetreuung“ in der Fassung vom 1. August 2001 (StAnz. S. 2891) gefördert worden sind, mit einer Pauschale von jährlich bis zu 300 Euro je aufsichtlich genehmigtem Platz (Festbetragsfinanzierung), höchstens jedoch mit der Fördersumme des Vorjahres,
- 2.2 Teilzeitbetreuungsangebote für Kinder im Schulalter mit mindestens zweistündiger Öffnungszeiten, sofern sie bereits im Haushaltsjahr 2005 nach Nr. 2.7, 2.8 (nur freie Träger) oder 2.9 der „Offensive für Kinderbetreuung“ in der Fassung vom 1. August 2001 gefördert worden sind, mit einer Pauschale von jährlich bis zu 200 Euro je Platz (Festbetragsfinanzierung), höchstens jedoch mit der Fördersumme des Vorjahres.
- 2.3 Träger von Kinderhorten und anderen Angeboten für Schulkinder erhalten Bestandsschutz, wenn sie im Haushaltsjahr 2005 nach Nr. 2.7 der „Offensive für Kinderbetreuung“ in der Fassung vom 1. August 2001 gefördert worden sind.

#### 3. Fördervoraussetzungen und sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 3.1 Für die Förderung ist die Investitions- und Maßnahmenförderungsrichtlinie – IMFR – in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.
- 3.2 Landeszuwendungen können bewilligt werden an Gemeinden für eigene Maßnahmen oder zur Weiterbewilligung an Dritte.
- 3.3 Fördervoraussetzung ist, dass
  - 3.3.1 für Horte die Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII erteilt ist,
  - 3.3.2 Angebote nach Nr. 2.2 an mindestens drei Tagen der Woche regelmäßig vorgehalten werden.
- 3.4 Die gleichzeitige Inanspruchnahme von Zuwendungen aus anderen Landesprogrammen für denselben Zweck ist ausgeschlossen, sofern in diesen Programmen nichts anderes bestimmt ist.

#### 4. Antrags- und Bewilligungsverfahren zur Maßnahmenförderung

- 4.1 Gemeinden ohne eigenes Jugendamt reichen ihren Antrag bis zum 1. März des laufenden Haushaltsjahres bei dem zuständigen Jugendamt ein. Das Jugendamt reicht die gesammelten Anträge der Gemeinden bis zum 1. April an das Regierungspräsidium Kassel weiter.

- 4.2 In der Anlage zum Antrag sind die zur Förderung vorgesehenen Angebote – getrennt nach Nr. 2.1 bis 2.3 – unter Angabe des Trägers, der Bezeichnung des Angebotes, des Standorts, der Platzzahl und der vorgesehenen Fördersumme listenmäßig darzustellen.

- 4.3 Das Regierungspräsidium Kassel zahlt die Landesmittel an die Gemeinde aus. Die Auszahlung durch das Regierungspräsidium Kassel gilt als Bewilligung.

- 4.4 Die Gemeinde bewilligt die Landesmittel, soweit sie zur Weitergabe an Dritte vorgesehen sind, in eigener Zuständigkeit unverzüglich nach Mittelzuweisung unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Bestimmungen sowie insbesondere unter Beifügung der jeweils gültigen ANBest-P (Anlage 2 zu § 44 Landeshaushaltsordnung) weiter und zahlt sie aus.

#### 5. Verwendungsnachweis

- 5.1 Im Falle der Weiterbewilligung ist die Verwendung der Landesmittel zur Maßnahmenförderung – getrennt nach Nr. 2.1 bis 2.3 – von den Leistungsempfängern in einfacher Form unter Verwendung des Formblattes „Einzelverwendungsnachweis für Maßnahmen freier und/oder privat-gewerblicher Träger“ mit entsprechender Anlage zur Wirksamkeitsbeschreibung in zweifacher Ausfertigung innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Förderjahres gegenüber der weiterbewilligenden Stelle nachzuweisen und wird von dieser abschließend verwaltungsseitig geprüft.

- 5.2 Die Gemeinde weist die Verwendung der Landesmittel für eigene Maßnahmen ebenfalls maßnahmenbezogen mit dem Formblatt „Einzelverwendungsnachweis für Maßnahmen in kommunaler Trägerschaft“ nach.

- 5.3 Die Gemeinde reicht die Einzelverwendungsnachweise spätestens sechs Monate nach Ablauf des Förderjahres bei dem Regierungspräsidium Kassel ein. Sind mehrere Einzelverwendungsnachweise zu erstellen, werden sie zu einem Gesamtverwendungsnachweis zusammengefasst, dem die Einzelnachweise mit den entsprechenden Anlagen beizufügen sind.

- 5.4 Das Regierungspräsidium Kassel prüft die Einzelverwendungsnachweise für kommunale Maßnahmen und die Gesamtverwendungsnachweise verwaltungsseitig abschließend.

#### 6. Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofes

Die Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofes gegenüber den Gebietskörperschaften bestimmen sich nach § 91 LHO. Die Gebietskörperschaften sind verpflichtet, in jeden Bewilligungsbescheid die Bestimmung aufzunehmen, dass der Hessische Rechnungshof berechtigt ist, auch bei dem letztbegünstigten Zuwendungsempfänger nach § 91 LHO zu prüfen.

#### 7. Schlussbestimmungen

Die vorliegenden Fach- und Fördergrundsätze treten am 1. Januar 2014 in Kraft.

Wiesbaden, den 10. Dezember 2013

**Hessisches Sozialministerium**

III 1 - 52h0200-0008/2008/007

– Gült.-Verz. 3421 –

*StAnz. 52/2013 S. 1602*

## DIE REGIERUNGSPRÄSIDIEN

**1141****DARMSTADT**

### **Verordnung zur Aufhebung des Wasserschutzgebietes für die Wassergewinnungsanlage „Brunnen Glashütten“ des ZOV in der Gemeinde Hirzenhain, Gemarkung Glashütten, Wetteraukreis**

**Vom 28. November 2013**

Aufgrund der §§ 51 und 52 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Gesetz vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), und des § 33 und § 76 Abs. 2 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622), wird Folgendes verordnet:

**§ 1****Schutzgebietsaufhebung**

Das mit Verordnung vom 5. Dezember 1980 (StAnz. 1981 S. 122) festgesetzte Wasserschutzgebiet für die Wassergewinnungsanlage „Brunnen Glashütten“ des Zweckverbands Oberhessische Versorgungsbetriebe (ZOV) in der Gemeinde Hirzenhain, Gemarkung Glashütten, Wetteraukreis, wird aufgehoben.

**§ 2****Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, den 28. November 2013

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
gez. Johannes Baron  
Regierungspräsident

*StAnz. 52/2013 S. 1603***1142**

### **Gemeinsame Bekanntmachung der Regierungspräsidien Darmstadt, Gießen und Kassel betreffend Ausnahmegenehmigung für Werbung an Taxen und Mietwagen**

Gemäß § 43 Abs. 1 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) vom 21. Juni 1975 (BGBl. I S. 1573) in der zurzeit gültigen Fassung genehmige ich für meinen Zuständigkeitsbereich allen Unternehmern, die im Besitz einer Genehmigung für den Taxen- oder Mietwagenverkehr nach dem Personenbeförderungsgesetz sind, folgende Ausnahme vom Verbot bzw. von der flächenmäßigen Beschränkung der Werbung an ihren Fahrzeugen nach § 26 BOKraft:

1. Werbung ist auf der Motorhaube, den Seitenflächen, dem Dach, dem Heck und den Radkappen (auch Sonderformen) der Fahrzeuge zulässig. Auf dem Dach und dem Heck ist sie nur alternativ – nicht gemeinsam – gestattet. Werbung auf Scheiben ist nur gestattet, wenn sie den Vorgaben der §§ 22a und 40 StVZO entspricht. Ebenso ist nach außen wirkende Werbung auf den Kopfstützen zulässig. Politische und religiöse Werbung ist unzulässig.
2. Für auf dem Dach, am Heck oder auf Radkappen angebrachte Werbeträger ist eine Betriebserlaubnis für Fahrzeugteile nach § 22 der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) oder ein Teilegutachten im Sinne des § 19 Abs. 3 Nr. 4 StVZO erforderlich. Die Betriebserlaubnis oder das Teilegutachten ist in Kopie mitzuführen. Die Montage hat entsprechend den Angaben des Herstellers und den Bedingungen des Gutachtens zu erfolgen.
3. Werbeträger und Werbeflächen dürfen weder direkt noch indirekt beleuchtet und auch nicht retroreflektierend sein.
4. Weitere gesetzliche Vorschriften bleiben unberührt.
5. Der jederzeitige Widerruf bleibt vorbehalten.

Darmstadt, den 5. Dezember 2013

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
III 33.1 – 66 I 28/05 – Nr. 3/01

**Regierungspräsidium Gießen**  
33 – 66 f 02 BOKraft allg.

**Regierungspräsidium Kassel**  
22-66a 02/26.2

*StAnz. 52/2013 S. 1603***1143**

### **Hassia Mineralquellen GmbH & Co. KG;**

hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG

Wasserrechtliche Erlaubnis gemäß § 8 für die Entnahme von Grundwasser (Mineralwasser) aus dem Brunnen 26 in Bad Vilbel, Gemarkung Dortelweil, Flur 2, Flurstück 120/1 und dem Brunnen 53 in Karben, Gemarkung Rendel, Flur 4, Flurstück 102/1.

Die Hassia Mineralquellen GmbH & Co. KG beabsichtigt auch weiterhin Grundwasser zur Gewinnung von Mineralwasser zu entnehmen und beantragt die Verlängerung des befristeten Wasserrechts.

Für dieses Vorhaben war nach § 3c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zu prüfen, ob die möglichen Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung notwendig machen.

Die Prüfung des Einzelfalls hat ergeben, dass von dem Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt und insbesondere auf grundwasserabhängige Ökosysteme zu erwarten sind. Es besteht daher keine Verpflichtung, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Frankfurt am Main, den 6. Dezember 2013

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Frankfurt  
IV/F 41.1 79e 04/01 H

*StAnz. 52/2013 S. 1603***1144**

### **Vorhaben der Stadtwerke Hanau GmbH;**

hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG

Die Firma Stadtwerke Hanau GmbH beabsichtigt, das Heizwerk West durch Erhöhung der Feuerungswärmeleistung von 19,9 MW auf maximal 31,1 MW zu erweitern.

Das Vorhaben soll in 63454 Hanau, Gemarkung Kesselstadt, Flur 15, Flurstück 195/14 realisiert werden.

Für dieses Vorhaben war nach § 1 Abs. 3 der 9. BImSchV zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls ergab, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist nach § 3a UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Frankfurt am Main, den 6. Dezember 2013

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Frankfurt  
IV / F - 43.1 – 0639/12 – Gen 27/13

*StAnz. 52/2013 S. 1603***1145**

### **Anerkennung der Wilhelm und Ilse Passet-Stiftung, Sitz Frankfurt am Main, als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts**

Nach § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes in der derzeit gültigen Fassung habe ich die mit Stiftungsgeschäft und Stiftungssatzung vom 28. November 2013 errichtete Wilhelm und Ilse Passet-Stiftung mit Sitz in Frankfurt am Main mit Stiftungsurkunde vom 6. Dezember 2013 als rechtsfähig anerkannt.

Darmstadt, den 6. Dezember 2013

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
I 13 – 25 d 04/11 – (12) – 761

*StAnz. 52/2013 S. 1603*

**1146****Vorhaben der Firma WHS Gesellschaft für Energietechnik mbh, Erzhäusen;**

hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG

Die Firma WHS GmbH & Co. Windpark Giebelsberg KG beabsichtigt, in Michelstadt/Vielbrunn, Außerhalb „Felgenwald“ drei Windenergieanlagen zu errichten. Per Vorbescheid nach § 9 BImSchG soll über einzelne Genehmigungsvoraussetzungen entschieden werden.

Das Vorhaben soll im Kreis Odenwald, 64720 Michelstadt, Gemarkung: Vielbrunn, Flur: 18 und weitere, Flurstück: 2 und weitere realisiert werden.

Für dieses Vorhaben war nach § 3c UVPG zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die Vorprüfung des Einzelfalls ergab, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Darmstadt, den 10. Dezember 2013

**Regierungspräsidium Darmstadt**  
Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt  
IV/ Da 43.1 - 53e621-whs 7

*StAnz. 52/2013 S. 1604*

**1147****KASSEL****Vorhaben Kassel Wasser, Eigenbetrieb der Stadt, im Klärwerk Kassel;**

hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG

Kassel Wasser beabsichtigt, die Feuerungswärmeleistung des bestehenden Klärgas BHKWs im Klärwerk Kassel auf 4 MW zu erhöhen. Das Vorhaben soll in 34125 Kassel, Gemarkung Wolfsanger, Flur 18 auf dem Flurstück 27/3 realisiert werden.

Für dieses Vorhaben war nach § 3c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls ergab, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Kassel, den 6. Dezember 2013

**Regierungspräsidium Kassel**  
Abteilung Umwelt- und Arbeitsschutz  
33/Ks 53e 621 -1.8- Kassel Wasser/Wz

*StAnz. 52/2013 S. 1604*

**1148****Vorhaben der Lux Biogas GbR Claus-Wilhelm, Volker und Adolf Lux;**

hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG

Die Lux Biogas GbR Claus-Wilhelm, Volker und Adolf Lux beabsichtigt die Erweiterung einer Anlage zur biologischen Behandlung von Gülle, soweit die Behandlung ausschließlich zur Verwertung durch anaerobe Vergärung (Biogaserzeugung) erfolgt, mit einer Durchsatzkapazität von weniger als 100 Tonnen je Tag, soweit die Produktionskapazität von Rohgas 1,2 Millionen Normkubikmeter je Jahr oder mehr beträgt.

Das Vorhaben soll in 34582 Borken, Gemarkung Kerstenhausen, Flur 1, Flurstücke 4/12, 4/14, 4/16 und 4/20 realisiert werden.

Für dieses Vorhaben war nach § 3c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) zu prüfen, ob die Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung eine Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls ergab, dass durch das Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen

zu erwarten sind. Daher wird festgestellt, dass für das Vorhaben keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Kassel, den 10. Dezember 2013

**Regierungspräsidium Kassel**  
Abteilung III – Umwelt- und Arbeitsschutz  
32.1 - 100 h 04.02 - A - Nr. 738  
*StAnz. 52/2013 S. 1604*

**1149****Anerkennung der „Nakonzer-Lotz-Stiftung“ mit Sitz in Haunetal-Rhina als rechtsfähige Stiftung**

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes zur Modernisierung des Stiftungsrechts vom 15. Juli 2002 (BGBl. I S. 2634 ff.) und § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) in der derzeit gültigen Fassung habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 21. August 2013 errichtete

„Nakonzer-Lotz-Stiftung“, Sitz in Haunetal-Rhina, mit Stiftungsurkunde vom 29. November 2013 als rechtsfähig anerkannt.

Kassel, den 6. Dezember 2013

**Regierungspräsidium Kassel**  
15.1 - 25 d 04/11 - (3)-12  
*StAnz. 52/2013 S. 1604*

**1150****Anerkennung der „Adolf und Friedelore Lauscher Stiftung Frauen in Not“ mit Sitz in Schwalmstadt als rechtsfähige Stiftung**

Gemäß § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes zur Modernisierung des Stiftungsrechts vom 15. Juli 2002 (BGBl. I S. 2634 ff.) und § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) in der derzeit gültigen Fassung habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 24. Oktober 2013 errichtete

„Adolf und Friedelore Lauscher Stiftung Frauen in Not“, Sitz in Schwalmstadt, mit Stiftungsurkunde vom 29. November 2013 als rechtsfähig anerkannt.

Kassel, den 6. Dezember 2013

**Regierungspräsidium Kassel**  
15.1 - 25 d 04/11 - (5)-41  
*StAnz. 52/2013 S. 1604*

**1151****Anerkennung der „Impulse für Kassel Stiftung“ mit Sitz in Kassel als rechtsfähige Stiftung**

Nach § 80 des Bürgerlichen Gesetzbuches in der Fassung des Art. 1 des Gesetzes zur Modernisierung des Stiftungsrechts vom 15. Juli 2002 (BGBl. I S. 2634) und § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77) in der derzeit gültigen Fassung habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 31. Oktober 2013 errichtete „Impulse für Kassel Stiftung“, Sitz in Kassel, mit Stiftungsurkunde vom 5. Dezember 2013 als rechtsfähig anerkannt.

Kassel, den 10. Dezember 2013

**Regierungspräsidium Kassel**  
15.1 - 25 d 04/11 - (1)-105  
*StAnz. 52/2013 S. 1604*



# HESSISCHES LANDESAMT FÜR BODENMANAGEMENT UND GEOINFORMATION

1152

## Flurbereinigungsverfahren VF 2162 Lollar-Staufenberg-Lumda

Vom Amt für Bodenmanagement Marburg – Flurbereinigungsbehörde – ist nachstehender Flurbereinigungsbeschluss erlassen worden, dessen entscheidender Teil hiermit nachrichtlich veröffentlicht wird. Die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Flurbereinigungsbeschluss wird durch die nachstehende Veröffentlichung nicht eingeräumt.

Wiesbaden, den 3. Dezember 2013

**Hessisches Landesamt  
für Bodenmanagement  
und Geoinformation**  
– Obere Flurbereinigungsbehörde –  
II 2 –VF 2162

*StAnz. 52/2013 S. 1605*

### Flurbereinigungsbeschluss

#### 1. Anordnung

Auf Antrag des Wasserverbandes Lumdata wird nach § 86 Abs. 1 Nr. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), in der derzeit geltenden Fassung, für die im Flurstücksverzeichnis (Anlage 1) aufgeführten Flurstücke, in Teilen der Gemarkungen Lollar (Stadt Lollar), Staufenberg und Daubringen (Stadt Staufenberg), Landkreis Gießen, ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren angeordnet.

Die Anlage 1 bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.

#### 2. Flurbereinigungsgebiet

Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von circa 45 Hektar. Die Grenze des Flurbereinigungsgebietes ist aus der Gebietskarte (Anlage 2) ersichtlich.

#### 3. Flurbereinigungsbehörde

Für die Flurbereinigung zuständige Behörde ist das Amt für Bodenmanagement Marburg, Robert-Koch-Straße 17, 35037 Marburg.

#### 4. Teilnehmergeinschaft

Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergeinschaft des vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens Lollar-Staufenberg-Lumda“. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat ihren Sitz in Staufenberg.

#### 5. Beteiligte

Am Flurbereinigungsverfahren sind nach § 10 FlurbG beteiligt: als **Teilnehmer** die Eigentümer sowie die den Eigentümern gleichstehenden Erbbauberechtigten der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke;

als **Nebenbeteiligte**

- a) der Träger der Maßnahme (§ 86 Abs. 2, Nr. 3);
- b) Gemeinden und Gemeindeverbände, in deren Bezirk Grundstücke vom Flurbereinigungsverfahren betroffen werden;
- c) andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Land für gemeinschaftliche oder öffentliche Anlagen erhalten (§§ 39 und 40 FlurbG) oder deren Grenzen geändert werden (§ 58 Abs. 2 FlurbG);
- d) Wasser- und Bodenverbände, deren Gebiet mit dem Flurbereinigungsgebiet räumlich zusammenhängt und dieses beeinflusst oder von ihm beeinflusst wird;
- e) Inhaber von Rechten an den zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken oder von Rechten an solchen Rechten oder von persönlichen Rechten, die zum Besitz oder zur Nutzung solcher Grundstücke berechtigen oder die Benutzung solcher Grundstücke beschränken;
- f) Empfänger neuer Grundstücke nach den §§ 54 und 55 FlurbG bis zum Eintritt des neuen Rechtszustandes (§ 61 Satz 2 FlurbG);
- g) Eigentümer von nicht zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken, denen ein Beitrag zu den Unterhaltungs- oder Ausführungskosten auferlegt wird (§ 42 Abs. 3 und § 106 FlurbG) oder die zur Errichtung fester Grenzzeichen an der Grenze des Flurbereinigungsgebietes mitzuwirken haben (§ 56 FlurbG).

#### 6. Zeitweilige Einschränkungen des Eigentums

Nach § 34 FlurbG in Verbindung mit § 85 Nr. 5 und 6 FlurbG gelten ab der Bekanntgabe dieses Beschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes folgende Einschränkungen:

1. In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören.
2. Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden.
3. Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden. Andere gesetzliche Vorschriften über die Beseitigung von Rebstöcken und Hopfenstöcken bleiben unberührt.

Sind entgegen den Vorschriften der Nrn. 1 und 2 Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen der Vorschrift der Nr. 3 vorgenommen worden, so muss die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen anordnen.

Die Genehmigungspflicht für die oben genannten Maßnahmen aufgrund sonstiger Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

#### 7. Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte

Rechte an den im Flurstücksverzeichnis (Anlage 1) aufgeführten Grundstücke, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, sind nach § 14 FlurbG innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieser Aufforderung bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Amt für Bodenmanagement Marburg, – Abteilung Bodenmanagement –, Robert-Koch-Straße 17, 35037 Marburg, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Zeit angemeldet, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines oben angeführten Rechtes muss die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch die Bekanntgabe des Verwaltungsaktes in Lauf gesetzt worden ist.

#### 8. Betretungsrecht

Zur Durchführung der Flurbereinigung, insbesondere bei Wertermittlungs- und Vermessungsarbeiten, ist das Betreten der im Verfahrensgebiet liegenden Grundstücke und die Vornahme von Arbeiten durch Bedienstete der Flurbereinigungsbehörde oder der von ihr Beauftragten erforderlich und von den Eigentümern oder Besitzern zu gestatten (§ 35 FlurbG).

#### 9. Veröffentlichung, Auslegung

Der entscheidende Teil dieses Flurbereinigungsbeschlusses wird in den Städten Gießen, Lollar und Staufenberg sowie in der Nachbargemeinde Buseck öffentlich bekannt gemacht. Gleichzeitig wird der Beschluss mit Begründung und der Gebietsübersichtskarte (Anlage 2) zur Einsichtnahme durch die Beteiligten ausgelegt. Die Auslegung erfolgt für die Dauer von zwei Wochen (§ 6 Abs. 3 FlurbG) nach der öffentlichen Bekanntmachung im Rathaus der Stadt Lollar, Holzmühler Weg 76, 35457 Lollar und im Rathaus der Stadt Staufenberg, Tarjanplatz 1, 35460 Staufenberg, während der allgemeinen Öffnungszeiten der jeweiligen Stadtverwaltung.

Informationen zum Flurbereinigungsverfahren finden Sie auch auf der Internetseite der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation [www.hvbg.hessen.de](http://www.hvbg.hessen.de). Dort navigieren Sie über „Bodenmanagement angeordnete und geplante Flurbereinigungsverfahren\_AFB Marburg“ zu dem gewünschten Verfahren.

## 10. Begründung

Der Wasserverband Lumdatal hat mit Schreiben vom 2. November 2012 beim Amt für Bodenmanagement Marburg die Durchführung eines vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens beantragt.

Zweck des Flurbereinigungsverfahrens ist, durch bodenordnerische Maßnahmen nach dem Flurbereinigungsgesetz, die Umsetzung von Maßnahmen aus dem Unterhaltungsplan des Wasserverbandes für die Lumda im Sinne der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) zu ermöglichen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Ausweisung eines, teilweise beidseitigen, circa 10 m breiten Uferrandstreifens. An baulichen Maßnahmen sind naturnahe Strukturverbesserungen und sohanhebende Maßnahmen, die Anlage von naturnahen Auestrukturen sowie Maßnahmen zur Herstellung der Durchgängigkeit an kleinen Abstrümen, vorgesehen.

Das dafür benötigte Land stellt der Wasserverband durch Landankauf und Landtausch bereit. Der Wasserverband Lumdatal trägt auch die zur Ausführung der Flurbereinigung erforderlichen Aufwendungen (Ausführungskosten). Die Teilnehmer werden zu den Ausführungskosten nicht herangezogen.

Ziel des Verfahrens ist es insbesondere, den hier entstandenen Landnutzungskonflikt zwischen der Notwendigkeit der Umsetzung des Planungsvorhabens und den Ansprüchen der Eigentümer und Pächter zu lösen (§ 86 Abs. 1 Nr. 3 FlurbG). Die Lösung des Landnutzungskonfliktes unter Wahrung der Bestimmungen des § 44 FlurbG liegt damit auch im privaten Interesse der Grundstückseigentümer und Bewirtschafter.

Darüber hinaus sollen landeskulturelle Nachteile beseitigt werden (§ 86 Abs. 2 FlurbG) und Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, zum Beispiel durch Neuordnung landwirtschaftlicher Flächen nach modernen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten (Eigentums- und Pachtflächen sollen zu größeren Bewirtschaftungseinheiten zusammengelegt werden), durchgeführt werden (§ 86 Abs. 1 FlurbG).

Des Weiteren dienen die Maßnahmen dem Naturschutz und der Landschaftspflege im Sinne der Zielsetzung der Natura-2000-Verordnung.

Die Flurbereinigungsbehörde hat das Anhörungsverfahren nach § 5 Abs. 2 und 3 FlurbG vor Anordnung der Flurbereinigung durchgeführt. Mit öffentlicher Bekanntmachung vom 16. September 2013 im Gießener Anzeiger, vom 17. September 2013 in der Gießener Allgemeine und vom 20. September 2013 in den amtlichen Bekanntmachungsorganen der Städte Lollar und Staufenberg sowie der Gemeinde Buseck, wurden die Teilnehmer zu einer Aufklärungsversammlung nach § 5 Abs. 1 FlurbG am 1. Oktober 2013 in die Stadthalle Staufenberg eingeladen. Dabei wurden sie eingehend über das geplante Verfahren einschließlich der entstehenden Kosten unterrichtet und aufgeklärt. Neben den materiellen Voraussetzungen liegen auch die formellen Voraussetzungen vor, ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren anzuordnen.

Marburg, den 29. November 2013

**Amt für Bodenmanagement  
Marburg**  
– Flurbereinigungsbehörde –  
gez. Lips  
Amtsleiter

Anlage 1  
zum Flurbereinigungsbeschluss vom 29.11.2013

### Flurstücksverzeichnis VF 2162 Lollar-Staufenberg-Lumda

Dem Flurbereinigungsverfahren unterliegen die nachfolgend aufgeführten Grundstücke:

#### Stadt Lollar

##### Gemarkung Lollar

Flur	Flurstücke
11	7–29, 30/1, 30/2, 31–38, 39/1, 39/2, 40–48, 49/1, 49/2, 50–53, 54/1, 54/2, 55–64, 224/2, 225–231, 264/1, 267, 268, 347–357, 358/1, 359–371, 373/1, 377/1, 377/2, 411–420

#### Stadt Staufenberg

##### Gemarkung Daubringen

Flur	Flurstücke
1	46–67, 90–111, 112/2, 112/3, 113–127, 128/1, 128/2, 442–445, 578/2, 582/1, 583/1, 584/1, 586–598, 600/1, 600/2, 601–615, 679/1, 681/8, 682/2, 683/1, 683/1, 684/1, 684/2, 719/4, 720, 736/1, 739/25, 740/4, 749

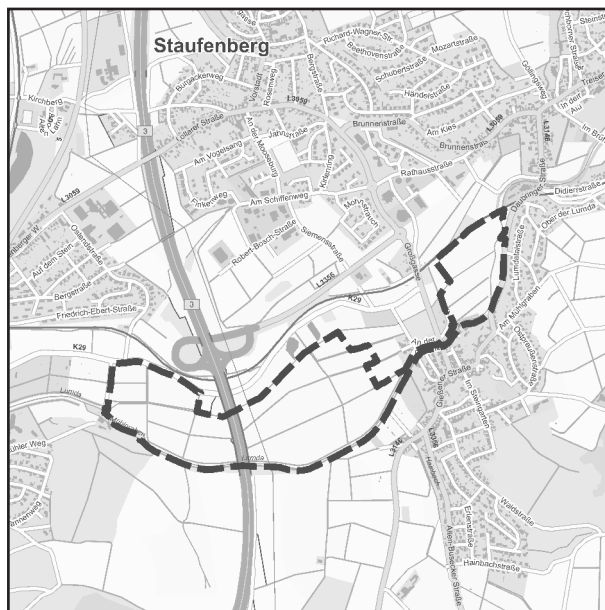
Flur	Flurstücke
3	40/1, 41–49, 50/1, 50/2, 51–94, 114–121, 122/1, 122/2, 123–130, 131/1, 134/1, 135–139, 140/1, 140/2, 140/3, 141–144, 150/4, 153–155, 157, 164–168

#### Gemarkung Mainzlar

Flur	Flurstücke
5	154, 346/1

#### Gemarkung Staufenberg

Flur	Flurstücke
10	45/3, 53/2, 56



1153

### Flurbereinigungsverfahren VF 2170 Solms-Niederbiehl

Vom Amt für Bodenmanagement Marburg – Flurbereinigungsbehörde – ist nachstehender Flurbereinigungsbeschluss erlassen worden, dessen entscheidender Teil hiermit nachrichtlich veröffentlicht wird. Die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Flurbereinigungsbeschluss wird durch die nachstehende Veröffentlichung nicht eingeräumt.

Wiesbaden, den 6. Dezember 2013

**Hessisches Landesamt  
für Bodenmanagement  
und Geoinformation**  
– Obere Flurbereinigungsbehörde –  
StAnz. 52/2013 S. 1606

### Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Solms-Niederbiehl – VF 2170

#### Flurbereinigungsbeschluss

##### 1. Anordnung

Auf Antrag der Stadt Solms wird gemäß des § 86 Abs. 1 Nr. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 16. März 1976 (BGBl I S. 546), in der jeweils geltenden Fassung, für die unter Nr. 2 dieses Beschlusses aufgeführten Flurstücke in Teilen der Stadt Solms, Gemarkung Niederbiehl, und Stadt Leun, Gemarkung Leun, (Lahn-Dill-Kreis) ein vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren angeordnet.

##### 2. Flurbereinigungsgebiet

Dem Flurbereinigungsverfahren unterliegen folgende Flurstücke:

**Stadt Solms,  
Gemarkung Niederbiel**

- Flur 1, Flurstück 90/37  
 Flur 17, Flurstücke 1-6, 77-81, 87-90, 94, 95-99, 101  
 Flur 18, Flurstücke 1-8, 10-24, 26-49, 51-64, 66, 68-79, 82, 109-118, 120-130, 132/65, 133/65, 134/25, 135/25, 136/25, 137/9, 138/9, 139/81, 140/81, 141/80, 142/80, 143/119, 144/119, 145/119, 146/67, 147/67, 148/50, 149/50, 150/50, 151/83, 152/85, 153/88, 154/90, 155/92, 156/98, 157/99, 158/102, 159/104, 160/107, 161/91, 162/131  
 Flur 19, Flurstücke 1-5, 6/1, 7/2, 11-21, 22/1, 24/1, 25/1, 26-31, 32/1, 35/1, 36-46, 47/1, 48/9, 50/1, 50/2, 51-53, 55/1, 56/1, 58-65, 68, 69/1, 70/1, 71, 72/1, 72/5, 73, 74, 75/4, 76/3, 77/1, 78/1, 80/6

**Stadt Leun,  
Gemarkung Leun,**

Flur 10, Flurstück 74/3  
 Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von ca. 46 ha.  
 Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind aus der Gebietskarte ersichtlich.

**3. Flurbereinigungsbehörde**

Die für das Flurbereinigungsverfahren zuständige Behörde ist das Amt für Bodenmanagement Marburg, Robert-Koch-Straße 17, 35037 Marburg.

**4. Teilnehmergeinschaft**

Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergeinschaft des Vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens Solms-Niederbiel“

und hat ihren Sitz in Solms-Niederbiel. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

**5. Beteiligte**

Am Flurbereinigungsverfahren sind nach § 10 FlurbG beteiligt (Beteiligte):

als **Teilnehmer** die Eigentümer und Erbbauberechtigten der zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücke;

als **Nebenbeteiligte**

- Gemeinden und Gemeindeverbände, in deren Bezirk Grundstücke vom Flurbereinigungsverfahren betroffen werden;
- andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Land für gemeinschaftliche oder öffentliche Anlagen erhalten (§§ 39 und 40 FlurbG) oder deren Grenzen geändert werden (§ 58 Abs. 2 FlurbG);
- Wasser- und Bodenverbände, deren Gebiet mit dem Flurbereinigungsgebiet räumlich zusammenhängt und dieses beeinflusst oder von ihm beeinflusst wird;
- Inhaber von Rechten an den zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken oder von Rechten an solchen Rechten oder von persönlichen Rechten, die zum Besitz oder zur Nutzung solcher Grundstücke berechtigen oder die Benutzung solcher Grundstücke beschränken;
- Empfänger neuer Grundstücke nach den §§ 54 und 55 FlurbG bis zum Eintritt des neuen Rechtszustandes (§ 61 Satz 2 FlurbG);
- Eigentümer von nicht zum Flurbereinigungsgebiet gehörenden Grundstücken, denen ein Beitrag zu den Unterhaltungskosten auferlegt wird (§ 42 Abs. 3 und § 106 FlurbG) oder die zur Errichtung fester Grenzzeichen an der Grenze des Flurbereinigungsgebietes mitzuwirken haben (§ 56 FlurbG).

**6. Zeitweilige Einschränkungen des Eigentums**

Nach § 34 FlurbG gelten ab der Bekanntgabe dieses Beschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes folgende Einschränkungen:

- In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören.
- Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden.

- Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden. Andere gesetzliche Vorschriften über die Beseitigung von Rebstöcken und Hopfenstöcken bleiben unberührt.

Sind entgegen den Vorschriften der Nrn. 1 und 2 Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand gemäß § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen der Vorschrift der Nr. 3 vorgenommen worden, so muss die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen anordnen.

Die Genehmigungspflicht für die o.g. Maßnahmen aufgrund sonstiger Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

**7. Betreten der Grundstücke durch Beauftragte der Flurbereinigungsbehörde**

Nach § 35 FlurbG sind die Beauftragten der Flurbereinigungsbehörde berechtigt, zur Vorbereitung und zur Durchführung der Flurbereinigung, besonders bei Wertermittlungs- und Vermessungsarbeiten, Grundstücke zu betreten und die nach ihrem Ermessen erforderlichen Arbeiten auf ihnen vorzunehmen.

**8. Aufforderung zur Anmeldung unbekannter Rechte**

Die Beteiligten der unter Nummer 2 aufgeführten Grundstücke werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von **drei Monaten** nach Bekanntgabe dieser Aufforderung bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Amt für Bodenmanagement Marburg – Abteilung Bodenmanagement –, Robert-Koch-Straße 17, 35037 Marburg, anzumelden.

Werden Rechte nach Ablauf dieser Zeit angemeldet, so kann die Flurbereinigungsbehörde die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o.a. Rechtes muss die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch die Bekanntgabe des Verwaltungsaktes in Lauf gesetzt worden ist.

**9. Veröffentlichung, Auslegung**

Der entscheidende Teil dieses Flurbereinigungsbeschlusses wird in den Städten Solms, Aßlar, Leun, Wetzlar, Braunfels und in den Gemeinden Ehringshausen und Schöffengrund öffentlich bekannt gemacht und im Staatsanzeiger für das Land Hessen nachrichtlich veröffentlicht.

Der Beschluss mit Begründung und die Gebietskarte werden zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Gemeinde- und Stadtverwaltungen ausgelegt und sind unter der Internetadresse [www.hvbg.hessen.de](http://www.hvbg.hessen.de) abrufbar. Die Auslegung erfolgt für die Dauer von zwei Wochen (§ 6 Abs. 3 FlurbG) nach der öffentlichen Bekanntmachung bei der

**Stadtverwaltung Solms**, Oberndorferstraße 13 (Räume der Bauverwaltung), 35606 Solms,

**Stadtverwaltung Leun**, Bahnhofstraße 25 (Bauabteilung), 35638 Leun,

**Gemeindeverwaltung Schöffengrund**, Neukirchener Straße 5 (Bauamt), 35641 Schöffengrund,

**Stadtverwaltung Wetzlar**, Ernst-Leitz-Straße 30 (Bürgerbüro), 35578 Wetzlar,

**Stadtverwaltung Aßlar**, Mühlgrabenstraße 1 (Bürgerbüro), 35614 Aßlar

**Gemeindeverwaltung Ehringshausen**, Rathausstraße 1 (Bauamt, Zi. 5), 35630 Ehringshausen, sowie

**Stadtverwaltung Braunfels**, Hüttenweg 3 (Bauamt, II. OG, Zi. 35), 35619 Braunfels,

während der allgemeinen Öffnungszeiten der jeweiligen Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung.

**10. Begründung**

Im Rahmen eines von der Stadt Solms in Auftrag gegebenen **SILEK** (auf **thematische Schwerpunkte bezogenes integriertes ländliches Entwicklungskonzept**) wurden Ziele und Strategien für die Entwicklung der Stadt Solms erarbeitet, konkrete Projekte und Maßnahmen zur Umsetzung der Entwicklungsziele konzipiert und wesentliche Hinweise auf vorhandene strukturelle und ökologische Mängel auch in der Gemarkung Niederbiel und Empfehlungen für Handlungsschwerpunkte gegeben.



Hierbei wurden von verschiedenen Arbeitsgruppen insbesondere von Eigentümern und Bewirtschaftern, aber auch von einzelnen Trägern öffentlicher Belange, Verbänden und Behörden, Vorschläge für Projekte und Maßnahmen, zum Beispiel zur Verbesserung der Agrarstruktur, zur Biotop-Vernetzung, Landschaftsentwicklung und Hochwasserschutz erarbeitet.

Das Flurbereinigungsverfahren dient damit der Realisierung von Projekten, die im SILEK-Prozess entwickelt wurden und verfolgt insbesondere folgende Ziele:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur, zum Beispiel Neuordnung und Arrondierung landwirtschaftlicher Flächen nach modernen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten; hierbei sollen Eigentums- und Pachtflächen zu größeren Bewirtschaftungseinheiten durch Bodenordnung zusammengelegt werden, damit eine langjährige Bewirtschaftung sichergestellt werden kann
- Regelung und Neuordnung der Eigentums-, Pacht- und Rechtsverhältnisse
- Neugestaltung und Anpassung des landwirtschaftlichen Wegenetzes an neuzeitliche Bewirtschaftungsstrukturen zum Beispiel durch Erneuerung und gegebenenfalls Neuanlage von Wegen
- Maßnahmen zum Erhalt und gegebenenfalls Neuanlage von Biotopverbundflächen zum Beispiel Entbuschung
- Verbesserung des Erosionsschutzes
- Wasserrückhaltung im Wald im Bereich „Hasselbach“.

Zur Umsetzung dieser Projektvorschläge hat die Stadt Solms mit Beschluss vom 5. Februar 2013 einen Antrag auf Durchführung eines vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens in Teilen der Gemarkung Niederbiel gestellt.

Die am vereinfachten Flurbereinigungsverfahren voraussichtlich beteiligten Grundstückseigentümer wurden nach § 5 Abs. 1 FlurbG in einer Informationsveranstaltung am 22. August 2013 durch die Flurbereinigungsbehörde eingehend über das geplante Verfahren einschließlich der voraussichtlich entstehenden Kosten aufgeklärt.

Von den gemäß § 5 Abs. 2 und 3 FlurbG angehörten bzw. unterrichteten Stellen und Trägern öffentlicher Belange vorgebrachten Einwendungen bezüglich Abgrenzung des Verfahrensgebietes wurden berücksichtigt. Des Weiteren wurden keine grundlegenden Bedenken oder Einwendungen vorgetragen.

Die Flurbereinigungsbehörde hält eine Flurbereinigung für erforderlich und das Interesse der Beteiligten für gegeben.

Damit liegen neben den materiellen Voraussetzungen auch die formellen Voraussetzungen zur Durchführung eines vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens nach § 86 FlurbG vor.

### Rechtsbehelfsbelehrung

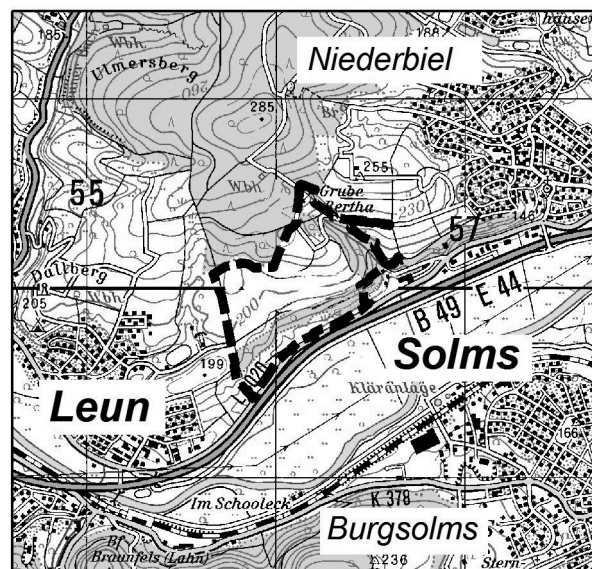
Gegen diesen Beschluss kann innerhalb einer Frist von einem Monat Widerspruch bei der Flurbereinigungsbehörde, dem Amt für Bodenmanagement Marburg, Robert-Koch-Straße 17, 35037 Marburg, erhoben werden.

Die Frist wird auch gewährt, wenn der Widerspruch bei der Oberen Flurbereinigungsbehörde, dem Hessischen Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation, Schaperstraße 16, 65195 Wiesbaden erhoben wird.

Der Lauf der Frist beginnt mit dem ersten Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift zu erheben.

Marburg, den 27. November 2013

**Amt für Bodenmanagement Marburg**  
– Flurbereinigungsbehörde –  
gez. Lips  
Amtsleiter



## HESSEN MOBIL – STRASSEN- UND VERKEHRSMANAGEMENT

1154

### Errichtung von zwei Querungshilfen im Zuge der K 10 in der Ortsdurchfahrt in Lohfelden Ortsteil Ochshausen zwischen NK 4723 006 nach NK 4723 012, Landkreis Kassel

Die Gemeinde Lohfelden beabsichtigt die Verlegung einer Bushaltestelle und die Errichtung von Querungshilfen in der Ortsdurchfahrt Ochshausen im Zuge der Kreisstraße 10. Für diese Baumaßnahme soll eine Entscheidung von Hessen Mobil Standort Kassel über das Entfallen der Planfeststellung und der Plangenehmigung nach § 33 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) in der Fassung vom 8. Juni 2003 (GVBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 817), in Verbindung mit § 74 Abs. 7 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HVwVfG) in der Fassung vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622) herbeigeführt werden.

Gegenstand der Baumaßnahme ist der Einbau von zwei Querungshilfen in Verbindung mit der Verlegung einer Bushaltestelle innerhalb der Ortsdurchfahrt im Zuge der Eschweiger Straße. Der betroffene Streckenabschnitt der K 10 hat eine Länge von circa 210 m. Für das Vorhaben war nach § 33 Abs. 3 Satz 3 HStrG in Verbindung mit dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPg)

in der Fassung vom 26. Februar 2010 (BGBl. I S. 95), geändert durch Gesetz vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749), zu prüfen, ob die möglichen Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles nach § 33 Abs. 3 Satz 3 HStrG hat ergeben, dass durch das oben genannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, so dass keine Verpflichtung besteht, für dieses Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPg durchzuführen.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar ist.

Kassel, den 28. November 2013

**Hessen Mobil –**  
**Straßen- und Verkehrsmanagement**  
Kassel  
20 g- PL 5.6 – K 10 KS

StAnz. 52/2013 S. 1608

1155

**L 3195/L 3010 OD Kefenrod;**

hier: Öffentliche Bekanntmachung nach § 3a UVPG

Das Land Hessen, vertreten durch Hessen Mobil Gelnhausen, beabsichtigt den Aus- und Umbau der Ortsdurchfahrt Kefenrod.

Für diese Maßnahme soll eine Entscheidung von Hessen Mobil über das Entfallen der Planfeststellung nach § 33 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) in der Fassung vom 8. Juni 2003 (GVBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 2011 (GVBl. I S. 817), in Verbindung mit § 74 Abs. 7 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (HVwVfG) in der Fassung vom 15. Januar 2010 (GVBl. I S. 18) herbeigeführt werden.

Gegenstand der Baumaßnahme ist der Aus- und Umbau der Ortsdurchfahrt Kefenrod bei Netzknoten 5621 056/5621 034 bis Netzknoten 5621 034/5621 035 von Bau-km 0+000 bis 0+894,063.

Für das Vorhaben war nach § 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 734), zu prüfen, ob die möglichen Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Umgebung die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erfordern.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles nach § 33 Abs. 3 Satz 3 HStrG hat ergeben, dass durch das oben genannte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, so dass keine Verpflichtung besteht, für dieses Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem UVPG durchzuführen.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese Feststellung nach § 3a UVPG nicht selbständig anfechtbar ist.

Gelnhausen, den 6. Dezember 2013

**Hessen Mobil Gelnhausen**

20 g – PL 8.12 – L3195/L3010

*StAnz. 52/2013 S. 1609*

## BUCHBESPRECHUNGEN

**Datenschutzrecht in Bund und Ländern.** Hrsg. von Heinrich Wolff und Stefan Brink. 2013, XXI, 1336 S. (Ln.), 149 Euro. Verlag C. H. Beck, München; ISBN 978-3-406-64797-0.

Ein weiterer Kommentar zum Datenschutzgesetz oder ist das hier zu besprechende Werk mehr? Um es vorweg zu nehmen, es ist mehr und zwar viel mehr. Es ist ein Paukenschlag! Was die Herausgeber Wolff und Brink unter Mitwirkung von 34 renommierten Datenschutzfachleuten der gesamten Republik hier geschaffen haben sucht seinesgleichen.

Nach einem obligatorischen Vorwort und verschiedenen Verzeichnissen gelangt der Nutzer zum ersten Teil des Buches, den „Grundlagen und dem bereichsspezifischen Datenschutz“. Gegenstand dieser handbuchartigen Zusammenschau auf 374 Seiten sind wichtige Themenbereiche wie, Prinzipien des Datenschutzrechts, Europäische Datenschutzrichtlinie, Verfassungsrechtliche Grundlagen, Datenschutz in den Ländern, – bei Gerichten und Staatsanwaltschaften, – bei den freien Berufen, – in der Werbung, Datenschutzbestimmungen der Informationsfreiheitsgesetze, Datenschutz in Medien und Telekommunikation, – im Finanzwesen, – im Versicherungswesen, Datenschutzbestimmungen der Polizei- und Nachrichtendienstgesetze des Bundes und schließlich Sozialdatenschutz. Sodann folgt im zweiten Teil auf über 900 Seiten eine Kommentierung des Bundesdatenschutzgesetzes. Ein sehr ausführliches Stichwortverzeichnis auf über 20 Seiten komplettiert die Publikation.

Innerhalb der „Grundlagen und dem bereichsspezifischen Datenschutz“ werden die Themen vorab im Überblick beschrieben samt Randnummernverweisen auf das, was folgt; so dass ein schneller Zugriff gewährleistet ist. In den Bereichen werden die Inhalte dank vieler Zwischenüberschriften übersichtlich behandelt. Bei den Ausführungen zum Bundesdatenschutzgesetz wird der Gesamtcharakter des Buches, die als Basis gewählte „Edition 3 des Beck’schen Online-Kommentars“, noch deutlicher; Überblicks-Ebene mit knapper Kurzerläuterung, Standard-Ebene mit ausführlicher Kommentierung und Detail-Ebene mit Praxisbeispielen, Checklisten und weiterführenden Hinweisen. Konkret heißt dies, dass zu Beginn eines jeden Paragraphen der Geset-

zestext vorangestellt ist. Diesem folgt ein Überblick, der die wesentlichen Inhalte kurz zusammenfasst samt „Hyperlinks“ (Verweis auf folgende Randziffern), die ein schnelles Auffinden ermöglichen. Im Anschluss daran folgt eine detaillierte Übersicht, nachstehend erstreckt sich der „eigentliche Kommentar“ (Standard- und Detail-Ebene). Insgesamt wird unter Zuhilfenahme unzähliger Randnummernverweise eine thematische Vernetzung erreicht, die enorm hilfreich ist, das untrennbare und teilweise undurchsichtige Datenschutzdickicht erfolgreich zu meistern. Erfreulicherweise sind Signalworte „fett“ gedruckt, was das Auffinden zusätzlich erleichtert. Alles in allem wird so eine leichte Nutzung und schnelle Orientierung innerhalb des Gesamtwerkes gewährleistet. Das Buch, Rechtsstand 1. Februar 2013, kommt gänzlich ohne Fußnoten aus. Die sich dort üblicherweise befindlichen Anmerkungen sind in den Text eingebaut, was den Lesefluss erheblich erleichtert, gar beschleunigt.

Bei so viel Begeisterung des Rezensenten über dieses neuartige Werk ist es fast schon überflüssig zu erwähnen, dass natürlich Themen wie Online-Durchsuchung, Bundestrojaner, Vorratsdatenspeicherung, Videoüberwachung, Webcams, Mitarbeiterscreening, automatische Kennzeichenerfassung, SWIFT oder ethnic profiling neben vielen vielen weiteren Themen Gegenstand dieses Kommentars sind.

Die Materie Datenschutz hat in den letzten Jahren sowohl in rechtlicher als auch in praktischer Hinsicht derart an Dynamik gewonnen. Die richtige Reaktion ist der vorliegende Großkommentar. Er ist praxisorientiert und bietet auch für solche Fragen Antworten an, die gerichtlich noch nicht geklärt sind.

Es kann konstatiert werden, dass dieser neue Großkommentar zum Datenschutzrecht in Bund und Ländern aus dem Hause C. H. Beck allen Personen dient, welche sich mit dem Thema „Datenschutz“, zu beschäftigen haben. Ein großartiges Werk, welches den Hilfesuchenden vertrauensvoll an der Hand nimmt und durch den steinigen Gebirgsweg namens „Datenschutzrecht“ führt.

PHK und Ass. jur. Dirk Weingarten

# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

2013

MONTAG, 23. DEZEMBER 2013

Nr. 52

## Vereinsregister

Die in Klammern gesetzten Angaben der Geschäftsadresse und des Geschäftszweiges erfolgen ohne Gewähr.

### 549

VR 70715 – **Veränderung** – 6. 12. 2013: Jugendförderverein Günterfürst, Erbach-Günterfürst (Erbach-Günterfürst). Der Verein ist aufgelöst.

Darmstadt, 10. 12. 2013

Amtsgericht

## Liquidationen

### 550

Der **Verein Barock in Marburg e.V.** ist aufgelöst. Eventuelle Gläubiger werden gebeten, ihre Forderungen bei den Liquidatorinnen Dr. Margret Lemberg, Pappelweg 24, 35041 Marburg, und Grete Melsheimer, Geschwister-Scholl-Straße 26, 35039 Marburg, anzumelden.

Marburg, 11. 12. 2013 Die Liquidatorinnen

## Konkurse

### 551

61 N 126/97: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **DB Soft AG Software, Rößlerstraße 88, 64293 Darmstadt**, vertreten durch Burkhard Stiller (Vorstand), wird der Vornahme der Schlussverteilung zugestimmt und Schlusstermin zur Abnahme der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters, Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis sowie zur Anhörung der Gläubigerversammlung zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Gläubigerausschusses bestimmt auf Dienstag, 25. 2. 2014, 10.00 Uhr, Zimmer 4.307, 4. Obergeschoss, Gebäude D, Mathildenplatz 15, 64283 Darmstadt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist durch Beschluss des Insolvenzgerichts auf 208 662,90 Euro (inklusive des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 7%) nebst Umsatzsteuerausgleich in Höhe von 23 401,45 Euro festgesetzt worden. Der vollständige Beschluss kann von den Beteiligten in der Geschäftsstelle des Insolvenzgerichts eingesehen werden.

Darmstadt, 15. 4. 2013

Amtsgericht

### 552

61 N 190/98: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Darmstädter Süßwaren GmbH, ehemals Götz Gebäck GmbH, Wittichstraße 7, 64295 Darmstadt**, vertreten

durch Alexander Track, Wittichstraße 7, 64295 Darmstadt (Geschäftsführer), wird der Vornahme der Schlussverteilung zugestimmt und Schlusstermin zur Abnahme der Schlussrechnung des Insolvenzverwalters sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis bestimmt auf Dienstag, 25. 2. 2014, 10.30 Uhr, Zimmer 4.307, 4. Obergeschoss, Gebäude D, Mathildenplatz 15, 64283 Darmstadt.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist durch Beschluss des Insolvenzgerichts auf 81 438,42 Euro (inklusive des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von 7%) nebst Umsatzsteuerausgleich in Höhe von 5 327,75 Euro festgesetzt worden. Der vollständige Beschluss kann von den Beteiligten in der Geschäftsstelle des Insolvenzgerichts eingesehen werden.

Darmstadt, 5. 12. 2013

Amtsgericht

### 553

662 N 51/98: In dem Konkursverfahren **Artur Thomas GmbH, Hedwigstraße 16, 34117 Kassel**, vertreten durch den Geschäftsführer Artur Thomas, sind Vergütung und Auslagen des Konkursverwalters durch Beschluss des Konkursgerichts festgesetzt worden. Der vollständige Beschluss kann von den Beteiligten in der Geschäftsstelle des Konkursgerichts eingesehen werden.

Kassel, 4. 12. 2013

Amtsgericht

### 554

662 N 51/98: In dem Konkursverfahren **Artur Thomas GmbH, Hedwigstraße 16, 34117 Kassel**, vertreten durch den Geschäftsführer Artur Thomas, wird Termin zur Anhörung der Gläubiger über die Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse, gegebenenfalls zur Abnahme der Schlussrechnung des Konkursverwalters, zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Freitag, den 10. Januar 2014, 10.20 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32–34, 34117 Kassel, Saal 234.

Kassel, 4. 12. 2013

Amtsgericht

## Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muss der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche – getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang

mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös anstelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

### 555

24 K 118/12: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am Donnerstag, dem 13. Februar 2014, 10.30 Uhr, im Amtsgericht Groß-Gerau, Europaring 11–13, Raum 354, III. Stock, das folgende Wohnungseigentum versteigert werden,

Ginsheim, Blatt 6063,

BV 1: 20,40/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Ginsheim, Flur 8, Flurstück 442/5, Gebäude- und Freifläche, Albrecht-Dürer-Straße, Größe 47,95 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nr. 13 des Aufteilungsplanes; zugeordnet ist das Sondernutzungsrecht an den Pkw-Stellplätzen Nr. 101, 205 des Aufteilungsplanes.

Verkehrswert: 110 000,- Euro.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 4. 12. 2013

Amtsgericht

### 556

24 K 4/13: Zur Aufhebung der Gemeinschaft soll am Freitag, dem 14. Februar 2014, 10.30 Uhr, im Amtsgericht Groß-Gerau, Europaring 11–13, Raum 354, III. Stock, das folgende Grundeigentum versteigert werden,

Mörfelden, Blatt 9597,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Mörfelden, Flur 4, Flurstück 569, Gebäude- und Freifläche, Berliner Straße 19, Größe 8,27 Ar.

Verkehrswert: 378 000,- Euro.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 4. 12. 2013

Amtsgericht

### 557

24 K 20/13: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am Donnerstag, dem 13. Februar 2014, 9.30 Uhr, im Amtsgericht Groß-Gerau, Europaring 11–13, Raum 354, III. Stock, das folgende Wohnungseigentum versteigert werden,

Astheim, Blatt 2301,

BV 1: 30,58/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Astheim, Flur 1, Flurstück 512, Gebäude- und Freifläche, Königstädter Straße 16, Größe 6,18 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, den Räumen und dem Balkon, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 3. Zugeordnet ist das Sondernutzungsrecht an dem Pkw-Abstellplatz, im Aufteilungsplan



bezeichnet mit Nr. 3 sowie an der im Lageplan mit grün gekennzeichneten Freifläche.  
Verkehrswert: 201 000,- Euro.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**Groß-Gerau, 6. 12. 2013      Amtsgericht**

### 558

24 K 32/13: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am Freitag, dem 14. Februar 2014, 9.30 Uhr, im Amtsgericht Groß-Gerau, Europaring 11-13, Raum 354, III. Stock, das folgende Grundeigentum versteigert werden, eingetragen im Grundbuch von Büttelborn, Blatt 4538,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Büttelborn, Flur 15, Flurstück 192, Gebäude- und Freifläche, Mierendorffweg 22, Größe 4,02 Ar.

Verkehrswert: 407 000,- Euro.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**Groß-Gerau, 4. 12. 2013      Amtsgericht**

### 559

71 K 44/12: Das im Grundbuch von Biblis, Blatt 5361, eingetragene Grundeigentum, lfd. Nr. 13, Flur 1, Flurstück 358/11, Gebäude- und Freifläche, Darmstädter Straße 47, Größe 3,35 Ar,

laut Gutachten vom 11. Januar 2013:

Mehrfamilienwohnhaus, Baujahr 1997; zweigeschossig, 2 ausgebaute Dachgeschosse, unterkellert, insgesamt 13 Wohneinheiten zwischen rd. 44 qm und rd. 92 qm. Im Erdgeschoss 8 Apartments anstelle der 4 genehmigten Wohneinheiten ausgeführt. Der bauliche Zustand ist befriedigend.

Hinweis: Es bestehen zahlreiche rechtliche Unsicherheiten, wegen derer auf das vollständige Gutachten verwiesen wird, soll am Montag, dem 7. April 2014, 10.30 Uhr, Saal A 05, EG, Hauptgebäude A des Amtsgerichts Lampertheim durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

890 000,- Euro.

Hinweis: Bieter haben auf Verlangen Sicherheit zu leisten. Sicherheitsleistung durch Bargeld ist ausgeschlossen.

Die Bietsicherheit (= 10% des Verkehrswertes) kann an die Gerichtskasse Darmstadt, Landesbank Hessen-Thüringen, Kontonummer 1006048, BLZ 500 500 00, zu dem Kassenzahlen 010050201110 (ist als Verwendungszweck stets anzugeben) überwiesen werden.

Weitere Informationen stehen im Internet unter [www.zvg-portal.de](http://www.zvg-portal.de) zur Verfügung.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**Lampertheim, 9. 12. 2013      Amtsgericht**

### 560

71 K 18/13: Das im Grundbuch von Viernheim, Blatt 14268, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1 und 2/zu 1: 11,5/1 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Viernheim, Flur 3, Flurstück 992/26, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Saarlandstraße 1, Größe 45,02 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 54 bezeichneten Wohnung im 5. Obergeschoss Nord; hierzu Sondernutzungsrecht an dem im Auf-

teilungsplan mit K 75 bezeichneten Kellerabteil sowie an dem mit St 69 bezeichneten Kfz-Abstellplatz; der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt,

laut Gutachten vom 31. Juli 2013: Wohnungseigentum in einem Wohn- und Geschäftshaus mit 118 Wohneinheiten, 5 Ladengeschäften und 32 Tiefgaragenplätzen (16-geschossiges Hochhaus, Flachdach); Baujahr 1971; Energieausweis liegt vor; keine Innenbesichtigung; anscheinend als Mitarbeiterunterkunft genutzt, evtl. vermietet; Wohnfläche rd. 98,4 qm,

soll am Donnerstag, dem 10. April 2014, 10.00 Uhr, Saal A 05, EG, Hauptgebäude A des Amtsgerichts Lampertheim durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

70 500,- Euro.

Hinweis: Bieter haben auf Verlangen Sicherheit zu leisten. Sicherheitsleistung durch Bargeld ist ausgeschlossen.

Die Bietsicherheit (= 10% des Verkehrswertes) kann an die Gerichtskasse Darmstadt, Landesbank Hessen-Thüringen, Kontonummer 1006048, BLZ 500 500 00, zu dem Kassenzahlen 10717001118 (ist als Verwendungszweck stets anzugeben) überwiesen werden.

Weitere Informationen stehen im Internet unter [www.zvg-portal.de](http://www.zvg-portal.de) zur Verfügung.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

**Lampertheim, 10. 12. 2013      Amtsgericht**

#### Neue Abo-Preise Staatsanzeiger für das Land Hessen ab 01.01.2014:

Print: € 48,50 zzgl. € 35,00 Versandkosten pro Jahr (inkl. USt.).

Kombi-Abo Print + Internet: € 83,50 + € 28,80 pro Jahr (inkl. Versandkosten und USt. bzw. nur inkl. USt.).

Reines Online-Abo: € 69,80 (inkl. USt.).

## Andere Behörden und Körperschaften

### Satzung über die Erhebung von Tierseuchenkassenbeiträgen sowie über die Vorauszahlung für Kostenanteile zur Beseitigung von Falltieren für das Wirtschaftsjahr 2014

Aufgrund des § 5 Abs. 2, 5 und 6 und des § 12 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierseuchengesetz (HAGTierSG) in der Fassung vom 14. Dezember 2010 sowie des § 8 Abs. 3 und 4 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (HAGTierNebG) in der Fassung vom 14. Dezember 2010 hat der Verwaltungsrat der Hessischen Tierseuchenkasse folgende Satzung beschlossen:

#### § 1

(1) Für die Berechnung der Beiträge sowie der Vorauszahlung für Kostenanteile zur Beseitigung von Falltieren ist maßgebend, wie viele Tiere am Tag der von der Tierseuchenkasse durchgeführten amtlichen Erhebung vorhanden waren.

(2) Zum Stichtag der amtlichen Erhebung wird der 04.01.2014 bestimmt.

(3) Besitzer von Einhufern, Schafen, Schweinen, Ziegen, Bienen, Geflügel und Gehegewild, die diese Tiere im Lande Hessen halten, sind verpflichtet

a) der Tierseuchenkasse ihren Gesamtbestand – nach Tierarten gegliedert – innerhalb von 2 Wochen nach dem Stichtag mittels eines von der Tierseuchenkasse zugesandten amtlichen Bestandsmeldebogens oder per Internet unter der Adresse [www.hessischetierseuchenkasse.de](http://www.hessischetierseuchenkasse.de) anzugeben,

b) schriftlich bei der **Hessischen Tierseuchenkasse, Mainzer Str. 17, 65185 Wiesbaden** ihren Tierbestand anzuzeigen, wenn sie bis zum 10.01.2014 keinen Meldebogen erhalten haben,

(4) Viehhändler melden 4 v.H. der Anzahl der im Vorjahr – auf eigene Rechnung – umgesetzten Tiere als den für die Berechnung der Beiträge maßgebenden Tierbestand.

(5) Die Berechnung der Beiträge sowie der Vorauszahlung für Kostenanteile zur Beseitigung von Falltieren erfolgt aufgrund der Angaben des Tierbesitzers.

Tierbesitzer nach den tierseuchenrechtlichen Vorschriften ist der Tierhalter im Sinne von § 833 BGB.

(6) Liegt der Tierseuchenkasse bis zum **15.02.2014** keine Tierbestandsmeldung für das Beitragsjahr vor, so kann der Tierbestand des Vorjahres oder der jeweiligen Datenbank Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT) für die Beitragsveranlagung zugrunde gelegt werden.

Die der Tierseuchenkasse durch Fristversäumnisse von Tierbesitzern im Melde- und Erhebungsverfahren entstehenden Kosten werden dem Tierbesitzer auferlegt.

(7) der Tierseuchenkasse ist weiterhin zum Zwecke der Veranlagung unverzüglich mitzuteilen, wenn nach dem Stichtag

a) sich die Zahl der Tiere einer Tierart um mehr als 10 vom Hundert, mindestens jedoch 5 Tiere, erhöht,

b) ein Tierbestand neu begründet wird oder

c) Tiere einer anderen Art in den Bestand aufgenommen werden.

Die Veranlagung aus der Nachmeldung erfolgt anteilmäßig ab dem Monat, in dem die Veränderung eintritt.

(8) Besitzer von Rindern melden ihre Rinder zum Stichtag sowie bei Bestandsveränderungen nicht. Die Bestandszahlen der rinderhaltenden Betriebe am Stichtag sowie die Bestandsveränderungen übernimmt die Tierseuchenkasse aus der Datenbank Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere (HIT)

(9) Für die in Hessen wohnhaften Mitglieder des Landesverbandes Hessischer Imker e.V. (LHI) wird die Zahl der Bienenvölker durch den LHI erfasst und gemeldet.

(10) Wird die Haltung einer Tierart zwischen zwei Stichtagen auf Dauer (mindestens zwölf Monate) aufgegeben, so endet auf schriftlichen Antrag des Tierbesitzers die Beitragspflicht mit dem Ende des Monats, in dem der Antrag bei der Tierseuchenkasse eingeht. Der Antrag muss auch Angaben über den Verbleib der Tiere enthalten. Bei Beträgen unter 5 Euro oder wenn die Beiträge durch

Leistungen aufgebraucht sind, unterbleibt eine anteilige Rückerstattung.

(11) Von der Erhebung von Beiträgen kann abgesehen werden, wenn der Tierbesitzer nachweislich seiner Melde- und Beitragspflicht in einer anderen Tierseuchenkasse im Geltungsbereich des deutschen Tierseuchengesetzes nachgekommen ist und diese Tiere höchstens 4 Wochen in Hessen gehalten werden. Tierbesitzer haben in diesem Fall für die Tiere, einschließlich deren Nachzucht, keinen Anspruch auf freiwillige Leistungen der Hessischen Tierseuchenkasse.

#### § 2

(1) Die Tierseuchenkassenbeiträge sowie die Kostenanteile für die Beseitigung von Falltieren werden wie folgt festgesetzt:

- |        |   |                     |
|--------|---|---------------------|
| 1.     | <b>Pferde</b>   |                     |
| a)     | Beitrag je Tier   | <b>1,61 Euro</b>    |
| b)     | Kostenanteil je Tier  | <b>0,89 Euro</b>    |
| 2.     | <b>Rinder</b> (einschl. Kälber, Färsen, Milchkühe und Bullen) |                     |
| a)     | Beitrag je Tier   |                     |
|        | in amtlich anerkannt  |                     |
|        | BHV1-freien Beständen   | <b>5,69 Euro</b>    |
|        | in nicht amtlich anerkannt                                    |                     |
|        | BHV1-freien Beständen   | <b>7,69 Euro</b>    |
| b)     | Kostenanteil je Tier  | <b>1,21 Euro</b>    |
| 3.     | <b>Schafe</b>   |                     |
| 3.1.   | <b>unter 9 Monate alt</b>                                     |                     |
| a)     | Beitrag je Tier   | <b>0,29 Euro</b>    |
| b)     | Kostenanteil Tier   | <b>0,36 Euro</b>    |
| 3.2.   | <b>über 9 Monate alt</b>                                      |                     |
| a)     | Beitrag je Tier   | <b>0,58 Euro</b>    |
| b)     | Kostenanteil je Tier  | <b>0,77 Euro</b>    |
| 4.     | <b>Schweine</b>   |                     |
| 4.1.   | <b>Ferkel (bis 30 kg Lebendgewicht)</b>                       |                     |
| a)     | Beitrag je Tier   | <b>0,29 Euro</b>    |
| b)     | Kostenanteil je Tier  | <b>0,26 Euro</b>    |
| 4.2.   | <b>Schweine</b>   |                     |
| a)     | Beitrag je Tier   | <b>0,45 Euro</b>    |
| b)     | Kostenanteil je Tier  | <b>0,55 Euro</b>    |
| 5.     | <b>Ziegen</b>   |                     |
| 5.1.   | <b>unter 9 Monate alt</b>                                     |                     |
| a)     | Beitrag je Tier   | <b>0,59 Euro</b>    |
| b)     | Kostenanteil je Tier  | <b>0,91 Euro</b>    |
| 5.2.   | <b>über 9 Monate alt</b>                                      |                     |
| a)     | Beitrag je Tier   | <b>2,77 Euro</b>    |
| b)     | Kostenanteil je Tier  | <b>0,73 Euro</b>    |
| 6.     | <b>Bienen je Volk</b>   | <b>ausgesetzt</b>   |
| 7.     | <b>Geflügel</b>   |                     |
| a)     | Beitrag je Bestand  | <b>5,00 Euro</b>    |
| b)     | Beitrag je Tier für   |                     |
| 7.1.   | <b>Legehennen</b>   |                     |
| 7.1.1. | <b>Halter mit bis zu 999 Tieren</b>                           | <b>0,02 Euro</b>    |
| 7.1.2. | <b>Halter ab 1.000 Tieren</b>                                 | <b>0,04 Euro</b>    |
| 7.2.   | <b>Masthühner</b>   | <b>0,01 Euro</b>    |
| 7.3.   | <b>Puten</b>  | <b>0,09 Euro</b>    |
| 7.4.   | <b>Gänse</b>  | <b>0,06 Euro</b>    |
| 7.5.   | <b>Enten je Tier</b>  | <b>0,04 Euro</b>    |
| 7.6.   | <b>Laufvögel (Strauße, Emus u. Nandus)</b>                    | <b>0,15 Euro</b>    |
| 7.7.   | <b>Fasanen, Perl-/Rebhühner, Wachteln, Tauben</b>             | <b>0,03 Euro</b>    |
| 8.     | <b>Süßwasserfische (Salmoniden)</b>                           | <b>ausgesetzt</b>   |
| 9.     | <b>Gehegewild</b>   |                     |
| 9.1.   | <b>unter 12 Monate alt</b>                                    |                     |
| a)     | Beitrag je Tier   | <b>beitragsfrei</b> |

- 9.2 **über 12 Monate alt**  
 a) Beitrag je Tier **0,50 Euro**
10. **Mindestbeitrag je Bescheid für Tierbesitzer für Viehhändler**  
**5,00 Euro**  
**50,00 Euro**

(2) Für Rinder in amtlich anerkannt BHV1-freien Beständen wird für die Beitragsberechnung ein reduzierter Beitrag zugrunde gelegt;

- a) für Bestände, die am Stichtag (04.01.2014) nach § 1 Abs. 2 Nr. 1 VO zum Schutz der Rinder vor einer Infektion mit dem Bovinen Herpesvirus Typ 1 vom 20.12.2005 (BGBl. S. 3520) BHV1-frei sind.
- b) für reine Mastbetriebe, die ihren Bestand bis zum Stichtag (04.01.2014) geimpft haben und die Impfung in der HIT-Datenbank eingetragen ist.

Auf Anforderung der Tierseuchenkasse ist der Nachweis der BHV1-Freiheit vom Tierbesitzer zu erbringen. Sofern der Status der BHV1-Freiheit erst nach dem Stichtag erreicht wird, kann der reduzierte Beitrag im Beitragsjahr nicht beansprucht werden.

(3) Gemäß § 5 Abs.4 HAGTierSG wird für Bienen und Süßwasserfische die Erhebung von Beiträgen ausgesetzt.

(4) Die Vorauszahlung für Kostenanteile zur Beseitigung von Falltieren wird zusammen mit den Beiträgen erhoben.

Eine Verrechnung erfolgt verursachergerecht mit den tatsächlich angefallenen Kostenanteilen bei den jeweiligen Tierhaltern im Wirtschaftsjahr mit der Beitragsforderung für das Jahr 2015. Sollte eine Verrechnung nicht möglich sein, erfolgt keine Nachforderung bzw. Rückvergütung – im Beitragsjahr – bei Beträgen unter 5 Euro.

(5) Für die Tierarten Geflügel und Gehegewild wird keine Vorauszahlung für Kostenanteile zur Beseitigung von Falltieren erhoben. Die angefallenen Kosten für die Beseitigung von Falltieren werden – nach Abschluss des Wirtschaftsjahres – mit den jeweiligen Verursachern – vollständig abgerechnet.

(6) Der Beitragssatz für Viehhändler beträgt 10 % des Beitragssatzes der jeweiligen Tierart.

### § 3

Für Tiere, die dem Bund oder einem Bundesland gehörenden sowie für Schlachtvieh, das Viehhöfen oder Schlachtstätten zugeführt ist, werden keine Beiträge erhoben.

### § 4

Die Beiträge an die Tierseuchenkasse werden mit Zugang des Bescheides fällig. Die Zahlungsfrist beträgt zwei Wochen.

### § 5

(1) Der Anspruch auf eine Leistung der Tierseuchenkasse entfällt, wenn schuldhaft fehlerhafte oder verspätete Angaben gemacht oder Angaben unterlassen werden, die nach § 1 vorgeschrieben sind, die Beitragspflicht nach § 2 nicht erfüllt wird, insbesondere die Beiträge nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig gezahlt worden sind.

§ 69 Abs. 1 und 2 des Tierseuchengesetzes i.d.F. vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1261, 3588), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2930), bleiben hiervon unberührt.

(2) Ein schuldhafter Verstoß gegen die Melde- und Beitragspflicht zur Tierseuchenkasse liegt auch dann vor, wenn Fehler bei der Meldung zum Stichtag nicht spätestens zwei Monate vor dem Schadensfall berichtigt und die dann fälligen zusätzlichen Beiträge nicht innerhalb von zwei Wochen nach der Zustellung der entsprechenden Beitragsbescheide entrichtet worden sind.

(3) Eine Aufrechnung von Leistungsansprüchen des Tierbesitzers gegen Beitragsforderungen der Tierseuchenkasse wird ausgeschlossen.

(4) Für zusätzlich notwendigen Personal- und Sachaufwand durch schuldhaft nicht fristgerecht erfolgte Meldung des Tierbestands wird von dem jeweiligen Tierbesitzer eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 10,00 Euro erhoben.

### § 6

Die Satzung tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.

Wiesbaden, den 7. November 2013

**Der Vorsitzende des Verwaltungsrates  
der Hessischen Tierseuchenkasse**  
 gez. Friedhelm Schneider

## Wirtschafts- und Haushaltsplan der Hessischen Tierseuchenkasse für das Haushaltsjahr 2014

Der nachstehende Beschluss des Verwaltungsrates der Hessischen Tierseuchenkasse vom 07.11.2013 – über die Feststellung des Wirtschafts- und Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2014 – wurde gemäß § 3 Abs. 1 des HAGTierSG in der Fassung vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I. S. 623) vom Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 28.11.2013 genehmigt.

Wiesbaden, 9. Dezember 2013

**Hessische Tierseuchenkasse**

### Beschluss über die Feststellung des Wirtschafts- und Haushaltsplans der Hessischen Tierseuchenkasse für das Haushaltsjahr 2014

Der Entwurf des Wirtschafts-/Haushaltsplans für das Jahr 2014 gliedert sich in den Erfolgs-, den Finanz- und den Stellenplan, die mit den folgenden Ergebnissen vorgelegt wurden.

#### Erfolgsplan

Der Erfolgsplan weist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit mit **227.548 Euro** aus.

#### Finanzplan

Im Finanzplan werden keine Veränderungen aus Forderungen und Verbindlichkeiten dargestellt. Der im Ergebnis des Finanzplanes ausgewiesene Betrag in Höhe von **227.548 Euro** bedeutet eine Zuführung zu dem Vermögen der HTSK.

#### Stellenplan

Der Stellenplan beinhaltet keine Änderungen gegenüber dem Vorjahr.

## Neue Abo-Preise Staatsanzeiger für das Land Hessen ab 01.01.2014:

Print: € 48,50 zzgl. € 35,00 Versandkosten pro Jahr (inkl. USt.).

Kombi-Abo Print + Internet: € 83,50 + € 28,80 pro Jahr (inkl. Versandkosten und USt. bzw. nur inkl. USt.).

Reines Online-Abo: € 69,80 (inkl. USt.).



# Unser Auftrag: Sie finden Ihren Auftrag in Hessen



## Vergabe24

*Das Vergabeportal für Deutschland.*



Über das Vergabeportal für Deutschland - [www.vergabe24.de](http://www.vergabe24.de), vertreten durch die Verlag Chmielorz GmbH, finden Sie öffentliche Ausschreibungen für alle Bundesländer. Nutzen Sie diese Möglichkeit und abonnieren Sie sich den Zugriff auf neue Aufträge!

Tel.: 0611-36098-98  
Fax: 0611-71184021  
[auftrag.chm@vergabe24.de](mailto:auftrag.chm@vergabe24.de)

[www.vergabe24.de](http://www.vergabe24.de)

## Öffentliche Ausschreibungen

### Baumaßnahme Fraunhofer LBF, Darmstadt

**ZSZe – Zentrum für Systemzuverlässigkeit Schwerpunkt Elektromobilität**

**Vergabenummer 010/755 508 – 15; 010/755 508 – 19**

**Gewerk Estrich und Doppelboden; Tischlerarbeiten/Innentüren/WC-Trennwände**

#### Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

##### I.1 Bezeichnung

Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e. V., Vergabestelle Bau, z. Hd. Steffi Mühlberg, Hansastraße 27c, 80686 München, Deutschland, Telefon/Telefax +49 (0)89/1205-3299/+49 (0)89/1205-7518, Internet/Beschafferprofil [www.fraunhofer.de/ausschreibungen](http://www.fraunhofer.de/ausschreibungen)

#### Abschnitt II: Auftragsgegenstand

##### II.1.1 Verg.Nr.-Bezeichnung 010/755 508 – 15 Estrich und Doppelboden

010/755 508 – 19 Tischlerarbeiten/Innentüren/WC-Trennwände

##### II.1.2 Art des Auftrags

Ausführung von Bauleistungen

##### Ort der Ausführung

Fraunhofer LBF, Darmstadt  
Bartningstraße 47, 64289 Darmstadt

##### Maßnahme

ZSZe – Zentrum für Systemzuverlässigkeit Schwerpunkt Elektromobilität

##### II.1.8 Aufteilung in Lose

Losweise Aufteilung wenn in II.2.1 genannt

##### II.1.9 Nebenangebote

gemäß Vergabeunterlagen; Nebenangebote nur in Verbindung mit Hauptangebot

##### II.2.1 Menge oder Umfang des Auftrages (ca.)

##### 010/755 508 – 15 Estrich und Doppelboden

Demontage und Entsorgung Doppelboden ca. 200 m<sup>2</sup>

Einschneiden Estrich ca. 425 m,

Demontage und Entsorgung Zementestrich ca. 250 m<sup>2</sup>

Schnellzementestrich CT-C50-F7 Fläche ca. 250 m<sup>2</sup>

Schnellzementestrich CT-C50-F7 in Streifen ca. 610 m

Spezialestrich CT-C50-F7 Fläche ca. 210 m<sup>2</sup>

Spezialestrich CT-C50-F7 in Streifen ca. 30 m

Zementestrich CT-C30-F4 ca. 135 m<sup>2</sup>

Trennlage – PE Folie, Fläche ca. 400 m<sup>2</sup>

Trittschalldämmung, MW. 40 mm Fläche ca. 220 m<sup>2</sup>

Trittschalldämmung, MW. 40 mm Streifen ca. 610 m

Trittschalldämmung, EPS 15–40 mm ca. 135 m<sup>2</sup>

Stahlunterkonstruktion Doppelboden aus 9 Stck Rohr-profi/1 00 I 90 mm, L ca. 1630 mm

Doppelboden, Aufbauhöhe 150 mm ca. 40 m<sup>2</sup>

Doppelboden, Aufbauhöhe 70 mm ca. 15 m<sup>2</sup>

##### 010/755 508 – 19 Tischlerarbeiten/Innentüren/WC-Trennwände

Demontage und Entsorgung von Fensterbank-Konstruktion ca. 80 m,

Lieferung und Montage von WC-Trennwänden in unterschiedlichen Aufteilungen ca. 14 Stck.,

Schamwand für Herren-Wes ca. 9 Stck,

Innenfensterbank-Konstruktion ca. 14 cm breit, L-förmig, Holzwerkstoff HPL-beschichtet ca. 350 m,

Innenfensterbank-Konstruktion ca. 45 cm breit, T-förmig, Holzwerkstoff HPL-beschichtet ca. 50 m,

Innenfensterbank Holzwerkstoff melaminbeschichtet ca. 75 m,

Einbauelemente in Wand-Nischen mit Türen und Schließung 3 Stck,

Nachrüstung von Bestandstüren mit Elektro-Öffner + Anschluss an Zutrittskontrolle ca. 5 Stck,

Montage bauseitiger Drücker-Garnituren ca. 95 Stck,

Vollspantüren allgemein + DS Größe 885 x 2010 bis 2010 x 2135 mm (1 x Beh. WC-Tür mit WC-Steuerung, Drehtür-Automatik) ca. 50 Stck.,

Vollspantüren RS Größe 1070 x 2135 bis 2010 x 2570 mm ca. 9 Stck.,

Vollspantüren T30 + T30RS Größe 1010 x 2125 bis 1010 x 2125 mm ca. 7 Stck.

##### II.3

Ausführungsfristen

Beginn:

Ende:

010/755 508 – 15

Estrich und Doppelboden

3. 3. 2014

4. 4. 2014

010/755 508 – 19

Tischlerarbeiten/Innentüren/

WC-Trennwände

7. 4. 2014

2. 5. 2014

#### Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Information

##### III.1.1 geforderte Sicherheiten Bürgschaften gemäß Formblatt 421/422 und 423

##### III.1.2 Zahlungsbedingungen nach VOB und Vergabeunterlagen

##### III.1.3 Rechtsform der Bietergemeinschaften:

gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

##### III.2 Geforderte Nachweise gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 2–3 VOB/A

#### Abschnitt IV: Verfahren

##### IV.1 Verfahrensart

offenes Verfahren gemäß VOB/A

##### IV.2 Zuschlagskriterien

siehe Vergabeunterlagen

##### IV.3.1 Aktenzeichen

siehe II.1.1

##### IV.3.3 Bedingungen für den Erhalt der Vergabeunterlagen

Anforderung Unterlagen erhältlich bei:

Die Vergabeunterlagen können ausschließlich über das Vergabeportal der deutschen e-Vergabe unter [www.deutsche-evergabe.de](http://www.deutsche-evergabe.de) abgerufen werden.

Kosten

010/755 508 – 15

Estrich und Doppelboden

Plattformgebühr

010/755 508 – 19 Tischlerarbeiten/

Innentüren/WC-Trennwände

Plattformgebühr

Die Vergabeunterlagen bestehen aus:

– Vertragsbedingungen als PDF

– Leistungsverzeichnis als PDF und GAEB

– Anlagen – soweit zutreffend – als PDF

##### IV.3.6 Sprache, in der das Angebot abzufassen ist: Deutsch

##### IV.3.7 Bindefrist des Angebots:

siehe Vergabeunterlagen

##### IV.3.8 Angebotseröffnung

Datum

Uhrzeit

010/755 508 – 15

Estrich und Doppelboden

21.01.2014

13.00

010/755 508 – 19 Tischlerarbeiten/

Innentüren/WC-Trennwände

21.01.2014

13.30

Ort:

siehe Vergabeunterlagen

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten

#### Abschnitt VI: Andere Informationen

##### VI.4 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren (gemäß GWB § 104):

Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt

Villemombler Straße 76, 53123 Bonn

## Stellenausschreibungen



Wir suchen zum **1. März 2014** für die Abteilung I  
„Informationstechnologien, Unternehmensregister,  
Gewerbeanzeigen“ einen/eine

### Abteilungsleiter/-in

(Kennziffer 20/2013)

Besoldungsgruppe A 15 / Entgeltgruppe 15 TV-H

Die vollständige Ausschreibung mit näheren Informationen  
zu Aufgabengebiet und Anforderungsprofil finden Sie auf  
unserer Homepage

**[www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)**

unter der Rubrik -> über uns -> Aktuelle Stellenangebote

Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen  
bis zum **15. Januar 2014** an das:

**Hessische Statistische Landesamt**

- Personalbüro -

**Rheinstraße 35/37**

[GESUNDES unternehmen]



**65185 Wiesbaden**

**E-Mail: [personalstelle@statistik-hessen.de](mailto:personalstelle@statistik-hessen.de)**

**(eine PDF-Datei mit max. 4 MB)**

Postvertriebsstück, Deutsche Post  
Verlag Chmielorz GmbH  
Postfach 22 29, 65012 Wiesbaden

Entgelt bezahlt

D 6432 A



**KOMMUNALES DIENSTLEISTUNGSZENTRUM**  
PERSONAL & VERSORGUNG

Das Kommunale Dienstleistungszentrum – Personal und Versorgung – (KDZ), mit Sitz in Wiesbaden, ist eine Verwaltungsgemeinschaft zwischen der Kommunalbeamtenversorgungskasse Nassau (Körperschaft des öffentlichen Rechts) und ihrem rechtsfähigen Sondervermögen, der Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Wiesbaden.

Unsere Hauptaufgaben sind die Gewährung von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften, die Zusatzversorgung der Angestellten des öffentlichen Dienstes, die Festsetzung von Beihilfen, die Bezüge- und Entgeltabrechnung sowie die Kindergeldsachbearbeitung (Landesfamilienkasse).

Zur Verstärkung unseres Hauses suchen wir:

- **Bereichsleiter/in- Hauptabteilungsleiter/in Zusatzversorgung**
- **Sachbearbeiter/in Zusatzversorgung**
- **Sachbearbeiter/in Beamtenversorgung**

Die nähere Beschreibung zu den Stellenprofilen finden Sie unter [www.kdz-wi.de](http://www.kdz-wi.de) / Jobs.

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie bitte per Post oder E-Mail an:

**KDZ Personal & Versorgung • z. Hd. Frau Drebert • Welfenstraße 2 • 65189 Wiesbaden • Telefon 0611/845-401 oder 403 • [kdz-direktion@kdz-wi.de](mailto:kdz-direktion@kdz-wi.de)**

E-Mails an den

## ÖFFENTLICHEN ANZEIGER

zum STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN



**[ralph.wagner@chmielorz.de](mailto:ralph.wagner@chmielorz.de)**

**STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN.** Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Verlag: Verlag Chmielorz GmbH, Inhaber: ACM Unternehmensgruppe GmbH, Marktplatz 13, 65183 Wiesbaden, Telefon: 0611 36098-0, Telefax: 0611 301303. Geschäftsführung: Karin Augsburger, Andreas Klein.

Anzeigenannahme und Vertrieb siehe Verlagsanschrift. Vertrieb: Frank Maier, Telefon: 0611 36098-57. Jahresabonnement: 42,- € + 35,- € Porto und Verpackung.

Bankverbindungen: Nassauische Sparkasse Wiesbaden, Konto-Nr. 111 103 011 (BLZ 510 500 15), Postbank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 1889 70-601 (BLZ 500 100 60).

Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 30. 6. und 31. 12. möglich. Einzelverkaufspreis: 2,50 € + 2,50 € Porto und Verpackung. Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport.

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Ministerialrätin Bettina Nau; Redaktion: Christine Bachmann, Telefon: 0611 353-1674;

Anzeigen: Franz Stypa (Anzeigenverkaufsleitung), Telefon: 0611 36098-40, [franz.stypa@chmielorz.de](mailto:franz.stypa@chmielorz.de); für die technische Redaktion und die Anzeigen des „Öffentlichen Anzeigers“: Ralph Wagner, Telefon: 0611 36098-56, Fax 0611 301303, [ralph.wagner@chmielorz.de](mailto:ralph.wagner@chmielorz.de); Druck: CaPRI PRINT + MEDIEN GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden-Nordenstadt.

Die Buchbesprechungen stehen unter alleiniger Verantwortung der Verfasserin/des Verfassers.

Redaktionsschluss für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenabschluss: jeweils freitags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 33 vom 1. Januar 2013.

**Der Umfang der Ausgabe Nr. 52 vom 23. Dezember 2013 beträgt 32 Seiten.**